

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 10. Mai 1945
bis zum 4. Juli 1945**

NWO-Sonderheft Nr. 78



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 10. Mai 1945 bis zum 4. Juli 1945**

NWO-Sonderheft Nr. 78

Terror der Antichristen vom 10.05.1945-04.07.1945

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. Mai 1945 bis zum 4. Juli 1945	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 10. Mai 1945 bis zum 4. Juli 1945

Ein Teil der Heilung ist es, geheilt werden zu wollen. <i>Lucius Annaeus Seneca (4 vor Christus bis 65 nach Christus, römischer Philosoph)</i>

1945

Im Baltikum kapitulierte die eingeschlossene Heeresgruppe Kurland ("Kurlandarmee"). Generaloberst Karl Hilpert ging am 10. Mai 1945 mit ca. 208.000 deutschen Landsern in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/285).

Prag wurde am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt. Mit der "Prager Operation" beendete die Rote Armee die vollständige Einschließung der deutschen Heeresgruppe Mitte und der Heeresgruppe Ostmark. In der CSR nahm die Rote Armee ca. 860.000 deutsche Soldaten gefangen (x047/238).

Nach der Kapitulation wurden die Übergriffe gegen Zivilisten in Berlin mit aller Schärfe geahndet. In Berlin setzte man vielerorts Moskauer Elitedivisionen ein, um disziplinelose Truppenteile der Roten Armee zu inhaftieren oder auszutauschen. Sexualverbrecher wurden kurzerhand ohne Verfahren durch sowjetische Offiziere erschossen (x037/32).

Berliner Zivilisten berichteten später über die ersten Wochen nach der "sowjetischen Befreiung" (x037/126-127): >>Also wir wohnten in der Nähe der Kommandantur und dadurch sind wir später nicht mehr viel belästigt worden. Denn wenn sie sie beim Vergewaltigen überraschten, wurden sie erschossen. Da haben sie auch nicht viel Mätzchen gemacht. Knall, weg waren sie. ...

Es wurde nachts oft geschossen. Da haben sie wieder mal einen erschossen, der wollte Frauen vergewaltigen. Die (Soldaten der sowjetischen Kommandantur) waren ganz scharf. ... Aber in der Bismarckstraße und die weiter von der Kommandantur weg wohnten, die waren oft schlecht dran. Die Frauen mußten sich noch monatelang verstecken. ...

Nach 14 Tagen, 3 Wochen, kamen ganz scharfe Befehle von Marschall Shukow, und wer dabei gefaßt oder angezeigt wurde ... der wurde mit dem Maschinengewehr hingerichtet, und zwar in dem Bunker Schuman/Ecke Karlstraße. Da ging das Maschinengewehr Tag und Nacht. ...

Ja, auch die, die Uhren klauten und Überfälle machten. Die wurden ganz hart bestraft. ...<<

Der letzte Lagerälteste des befreiten KZ Dachau kündigte am 10. Mai 1945 die Ausrottung der Nazis an (x073/219): >>Rücksichtslos werden wir den organisatorischen Apparat der Nazis zerbrechen. Rücksichtslos werden wir alle Verwaltungsorgane, Schulen, Kultureinrichtungen, Literatur von Vertretern der Verbrecherpartei säubern! Ausrotten werden wir die faschistische Ideologie, gleichgültig, unter welchem Mantel sie auch immer auftreten mag. ...

Wir wollen für uns und unsere Jugend ein neues Deutschland aufbauen, ein Deutschland des Antifaschismus, der Freiheit, der Demokratie! Durch unsere Tat wollen wir den deutschen Namen wieder reinwaschen, damit Deutschland als würdiges Glied ... an den hehren Aufgaben der Menschheit mitarbeitet.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die "Stunde Null" nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes (x878/...): >>Geschichte - Geschichtspertzption – Politik ...

1945 - Stunde Null

Das Kriegsende 1945 markiert für die Deutschen einen Epochenbruch. Es gibt ein Vorher gleichbedeutend mit einem zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914-1918 unterbrochen durch eine Art Atempause/Waffenstillstand bis 1939-1945) und ein Nachher des Wiederaufbaus, der Demokratie, des Friedens. Der Begriff der "Stunde Null" suggeriert einen Neubeginn, eine Art Wiederauferstehung in Unschuld. Was vorher war, war etwas ganz anderes. Aus Nazis wurden überzeugte Demokraten, aus Antisemiten Philosemiten, aus Militaristen Antimilitaristen etc, die jede Anspielung auf das Vorher entrüstet von sich wiesen. Die Stunde Null wurde konstitutiv für das Staatsbewußtsein sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR. Sie vertraten in ihrem Selbstverständnis jeweils das neue, das bessere Deutschland.

Im Ausland wurde das lange Jahrzehnte, ja z.T. sogar bis heute so nicht gesehen. Mancher rieb sich da etwas ungläubig die Augen. Wie auch immer die innere Verfassung Deutschlands sein mochte, hinsichtlich der Außenpolitik gab es einen Konsens in Europa und den USA: die Deutschen mußten für absehbare Zeit an einer eigenen, unabhängigen Außenpolitik gehindert werden. Die deutsche Teilung infolge der unterschiedlichen Interessen der westlichen Besatzungsmächte und der Sowjetunion wurde diesbezüglich von vielen unserer Nachbarn als geradezu hilfreich angesehen. Der Kraftklotz in der Mitte Europas, für den auf Grund seines ökonomischen und demografischen Gewichts die Hegemonie in Europa nicht unmöglich schien, war gebändigt, der Sprengsatz in der Wahrnehmung der meisten Nachbarn entschärft. Mit der deutschen Teilung wurde im übrigen in etwa die Lage vor der deutschen Einheit 1870/1871 wiederhergestellt.

An die Stelle Preußens, bis 1871 Sprachrohr des russischen Zarenreiches in Mitteleuropa, trat die DDR. Die Bundesrepublik war - aus der Sicht mancher - ein leider etwas (zu) groß geratener Rheinbund, aber immerhin fest an Frankreich angebunden. Die Briten waren einen Konkurrenten und Dauerstörer auf dem Kontinent los. Säkulare Interessen von Deutschlands Nachbarn hatten sich durchgesetzt. Für unsere Nachbarn war so gesehen das Jahr 1945 kein Bruch, keine Stunde Null. Es war im Gegenteil die Wiederherstellung, die Rückkehr zu jenem Zustand, wie er als Folge des ersten Dreißigjährigen Krieges 1618-1648 etabliert worden war: Deutschland zerstückelt, Einflußgebiet fremder Mächte, (potentielles) Schlachtfeld. Wie man sich erinnert, waren nicht nur sowjetische atombestückte Raketen während des Kalten Krieges auf Deutschland gerichtet, sondern u.a. auch die Atomsprengköpfe der Force de Frappe.

Es ist viel geschrieben worden über die Kontinuitäten der Zeit vor 1945 in die Zeit danach, in die Bundesrepublik und die DDR. Wie könnte es auch anders sein? Überrascht stellt man aber immer wieder fest, daß auch 60 Jahre nach Kriegsende noch immer nicht alles aufgearbeitet ist. Daß der Bundesnachrichtendienst (BND) von der Abwehr Deutsche Heere Ost geschlossen erst in US-Obhut, dann in die Bundesrepublik überführt wurde und dort personell und auch sonst ein kaum durchschaubares Eigenleben führte, weiß man. Daß in Personalfragen

ähnliches für Gestapo, Bundeskriminalamt und Bundesverfassungsschutz gelten soll, wie kürzlich bekannt wurde, verblüfft denn doch. Auch daß der personelle Wiederaufbau des Auswärtigen Amtes (AA) nach dem Krieg in den Händen bewährter Mitstreiter der Nazis lag, blieb lange Zeit im Halbdunkeln. Man darf gespannt sein, was die von Joschka Fischer eingesetzte unabhängige Historikerkommission zum AA herausfindet. (Vom Widerstandskampf des AA-Staatssekretärs Ernst von Weizsäckers in München 1938 war bereits die Rede.)

Kontinuitäten gibt es aber auch im positiven Sinne. Demokratische Traditionen gab es in Deutschland spätestens seit der Revolution 1848, es gab seit 1871 einen frei, mit allgemeinem gleichen Wahlrecht gewählten Reichstag, es gab die - unglücklich gescheiterte - Weimarer Republik. Die Demokratie ist den Deutschen kein von den Alliierten aus heiterem Himmel dargebrachtes Geschenk, das dann wie durch ein Wunder reüssierte. Es gab wichtige Voraussetzungen, ohne die eine positive Entwicklung undenkbar gewesen wäre. (Insofern ist der Vergleich abwegig, den die Bush-Administration zwischen Deutschland nach 1945 und dem Irak nach 2003 zog; denn im Irak gab es diese Voraussetzungen nicht.)

Auch die Parteien konnten z.T. auf Traditionen aufbauen. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) hat in ungebrochener personeller und organisatorischer Kontinuität seit der Zeit Bismarcks die Geschicke Deutschlands mitgestaltet, war im Bismarck-Reich für mehr Demokratie und die parlamentarische Kontrolle der Regierung eingetreten, hat die Weimarer Republik mitbegründet und als einzige Partei 1933 im Reichstag das Ermächtigungsgesetz Hitlers abgelehnt. Im Untergrund und aus dem Exil hat sie Hitler bekämpft und als ersten Nachkriegsvorsitzenden Kurt Schumacher gewählt, den die Nazis ins Konzentrationslager gesperrt hatten.

Die CDU, die andere große Volkspartei ist hingegen eine Gründung der Nachkriegszeit. Nachdem die bürgerlichen und Rechtsparteien am Ende der Weimarer Republik Hitlers Griff zur Macht zugelassen, um nicht zu sagen, den Weg bereitet haben, und dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zugestimmt hatten, war ein umfassender Neubeginn nötig. Für die CDU als Sammlungspartei der politischen Rechten bedeutet 1945 in der Tat die Stunde Null. Wer den Begriff der Stunde Null auf die Bundesrepublik überträgt, setzt die Geschicke der CDU mit denen der Bundesrepublik quasi gleich, macht die CDU zur Staatspartei - was sie gerne hätte aber was sie ganz sicher nicht ist. Eine CDU-Krise wäre keine Staatskrise. Die Frage "cui bono?" (wem nützt es), ist wie immer erhellend.<<

Konrad Henlein (1898 in Maffersdorf bei Reichenberg geboren, Sohn deutsch-tschechischer Eltern, Reichsstatthalter und Gauleiter des Sudetenlandes) beging am 10. Mai 1945 im US-Gefangenenlager in Pilsen Selbstmord.

Thomas Mann erklärte am 10. Mai 1945 während einer BBC-Rundfunksendung (x111/19): >>... Und dennoch, die Stunde ist groß - nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland -, die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer, Nationalsozialismus genannt, verröchelt und Deutschland von dem Fluch wenigstens befreit, das Land Hitlers zu heißen.<<

Nach einer Mitteilung des US-Kriegsministers vom 10. Mai 1945 sollten schon bald rund 3,1 Millionen US-Soldaten aus Europa abtransportiert werden (x040/285).

Britische Marinestreitkräfte besetzten am 11. Mai 1945 die Insel Helgoland und ordneten die vollständige Evakuierung der Insel an.

Großadmiral Dönitz, das letzte Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, erteilte am 11. Mai 1945 folgende Anordnung für die deutsche Wehrmacht (x033/615): >>... (Das Auftreten bei der Begegnung mit den Alliierten habe) voller Stolz und Würde zu sein, (denn) ohne Flecken an unserer Ehre stehen wir Soldaten da.<<

Der deutsche Schriftsteller Klaus Mann (1906-1949) schrieb am 11. Mai 1945 über die Verhältnisse im Konzentrationslager Dachau (x111/20): >>Zur Zeit meiner Visite war das

Schreckenslager nicht mehr ganz in seinem infernalischen Urzustand, aber noch immer von bemerkenswerter Gräßlichkeit. Durch die kräftigen Gerüche der Desinfektionsmittel hindurch erkannte man, nicht ohne Schauern und leichte Übelkeit, jenes andere Aroma, süßlich-faulige, mit dem die Toten sich in Erinnerung zu bringen belieben. Folterkammer, Öfen und Galgen wurden als makabre Sehenswürdigkeit inspiziert, wie die Eiserne Jungfrau und das Rad im Museum.<<

Sowjetische Truppen landeten am 11. Mai 1945 auf der Insel Bornholm, die mit ostdeutschen Flüchtlingen überfüllt war (x040/285).

Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnete am 11. Mai 1945 folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zugunsten der Nation und des Staates. ...

Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<

Die Heeresgruppe E (Generaloberst Alexander Löhr mit ca. 175.000 Mann) geriet am 11. Mai 1945 in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. Etwa 80.000 deutsche Gefangene kamen später auf den 200 bis 800 km langen "Sühnemärschen" oder in den Gefangenenlagern um (x130/216).

Ein Wehrmachtssoldat berichtete später über die Gefangennahme durch jugoslawische Truppen (x130/211): >>Viele, viele blieben ohne Schuhe, ohne Hemd, ohne Jacke, ja sogar ohne Hose. Ich kenne eine Rotkreuz-Schwester, die inmitten der Soldaten ihres Rockes beraubt marschierte. Was wir an Privateigentum besaßen, wurde zum größten Teil abgenommen: Uhren, Füllfederhalter, Waschzeug, Kamm, Eßbesteck. Ja sogar Brillen wurden vom Gesicht gerissen. Mancher Gefangene, der sich dem widersetzte, mußte dafür mit dem Leben bezahlen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über die Ausplünderung von Kriegsgefangenen (x130/212): >>(Im Artikel 4 der Haager Landkriegsordnung und im Artikel 6 der Genfer Konvention heißt es:) alles was ihnen (den Kriegsgefangenen) gehört, verbleibt ihr Eigentum, mit Ausnahme von Waffen, Pferden und Schriftstücken militärischen Inhalts. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/212): >>Für die Masse der Gefangenen ... hatte sich der Sieger Tito eine Sonderbehandlung ausgedacht. Er wollte seinem ganzen Volk den Triumph der Partisanen über den deutschen Feind demonstrieren. Schon wenige Tage nach der Kapitulation wälzten sich über die staubigen Straßen Jugoslawiens endlose Kolonnen des Elends: Die Deutschen waren zu sogenannten Sühnemärschen angetreten.

Ihrer Uniformen beraubt, die Offiziere meistens in Unterhosen, barfuß quälten sich die Gefangenen zu Zehntausenden durch das Land. Gesunde und Kranke, Unversehrte und Verwundete wurden durch Dörfer und Städte getrieben.

Die Wächter prügeln die Ermatteten und Erschöpften mit langen Stöcken vorwärts, wer zurückblieb, wurde erschossen. Einige dieser Märsche führten über 200, manche über 800 Kilometer. ...<<

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte später über die "Sühnemärsche" in

Jugoslawien (x130/212-214): >>Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke und Tornister. Kadavergeruch begleitete die Kolonne. Gefallene Menschen und tote Pferde verwesten am Straßenrand. ...

In den langen Stunden des Marsches war vielen Gefangenen die Beherrschung geschwunden. Ungeachtet der Todesgefahr, brachen immer einige zu einer Pfütze, einem Bach oder einer Viehtränke aus. Der Kommandant ließ sofort scharf schießen, und er selbst legte mit sicherer Hand diesen oder jenen Gefangenen um. ...

Auf dem Wege bekamen die Gefangenen fast nichts zu essen. Wenn sich ein Soldat oder eine Nachrichtenhelferin aus einem Brunnen Wasser holen wollte, wurden sie von den Begleitmannschaften in den Brunnen hinabgeworfen. Die Frauen wurden bis auf das Hemd ausgezogen und während der Rastpause von den Bewachungsmannschaften vergewaltigt. In Belgrad wurden Mädchen und Soldaten zu fünf aneinandergebunden und dann über eine Brücke in die Donau geworfen. ...

Auch viele Ärzte, Sanitäter und Kameraden, die den Zusammengebrochenen helfen wollten, erlagen einem Gnadenschuß. ...

Sobald der Zug stehenblieb, waren erneut die Ausplünderer am Werk. Allerdings fanden sie nur noch Eheringe oder Goldplomben, die sie auf ganz brutale Weise requirierten. ...

Wer vor Entkräftung nicht mitkam – da zog der Kommissar die Pistole ab, und der Fall war erledigt. ...

Nach einem mißglückten Fluchtversuch traf ich wieder auf die fast endlosen Marschkolonnen der menschlichen Wracks, die einmal deutsche Soldaten waren. Als wir zum Weitergehen aufgetrieben wurden, stand ich neben einem großen Menschen im Ordenskleid der Benediktiner. Ich betrachtete ihn fragend. Daß Frauen in unserem Zug des Elends mitgeschleppt wurden, das hatte ich gewußt. Aber ein Mönch? Wer war das? Wo kam er her?

Es war Abt Adalbert Graf von Neipperg. Seit dem Zusammenbruch 1945 in jugoslawischer Gefangenschaft. Die Partisanen hatten ihn, der nach dem Kriegsrecht als Zivilist zu gelten hatte, aus dem österreichischen Grenzgebiet verschleppt und ihn nun mit uns ehemaligen Soldaten der Wehrmacht auf den "Hungermarsch" durch halb Jugoslawien getrieben. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die völkerrechtswidrigen "Sühnemärsche" in Jugoslawien (x130/215-216): >>Die Sühnemärsche forderten neue Opfer.

Die Gewahrsamsmacht kann sich im Hinblick auf eine etwaige Motivierung dieser Märsche nicht auf Artikel der Genfer Konvention berufen, wo es u.a. heißt:

"Die Kriegsgefangenen sind in möglichst kurzer Frist nach ihrer Gefangennahme nach Sammelstellen zu bringen, die vom Kampfgebiet genügend weit entfernt liegen, so daß sie sich außer Gefahr befinden".

Eine Gefahr bestand nicht mehr, da der Krieg beendet war. Auch widersprechen die geforderten Marschleistungen dem Artikel 7, der in dieser Beziehung fordert:

Bei der Rückführung zu Fuß darf die tägliche Marschleistung in der Regel nicht mehr als 20 km betragen, sofern nicht die Notwendigkeit, Wasser- und Verpflegungsstellen zu erreichen, größere Marschleistungen erfordert.

Die Berichte ehemaliger Marschteilnehmer besagen eindeutig, daß man Wasser- und Verpflegungsstellen nicht nur nicht erreichen konnte, sondern im Gegenteil gar nicht erreichen wollte. Damit entfällt auch das Argument der Notwendigkeit, größere Marschleistungen zu fordern, als völkerrechtlich zulässig sind. Die Meinung eines Heimkehrers, die Kriegsgefangenen hätten "zum Einsatz im Arbeitsprozeß" ins Landesinnere gebracht werden müssen, ist an sich durchaus richtig, erklärt jedoch nicht, ob das auf diese Weise geschehen mußte.

Die Bezeichnung Sühnemärsche ließ vielmehr darauf schließen, daß die Gewahrsamsmacht

hierbei in starkem Maße propagandistische Ziele verfolgte, wie sie auch von der Sowjetunion bei den bekannten Moskauer und Kiewer Märschen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 angestrebt wurden ...

Die Zahl der auf den "Sühnemärschen" ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird auf Grund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt. Eine in ihrer Stärke nicht auszumachende Gruppe von ihnen erreichte zwar noch das Ziel (Lager), die Männer verstarben jedoch unmittelbar darauf infolge der während des Marsches eingetretenen Entkräftung, so daß sie als Marschopfer zu gelten haben. ...<<

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/31): >>Zertrümmerung des deutschen Industriestaates

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieunternehmen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 12. Mai 1945 über kleine Grabhügel im Berliner Tiergarten und den Anblick der Reichskanzlei (x111/20-21): >>Hastig aufgeworfen, noch hastiger vollendet. Zwei Latten auf ihm. Mit Bindfaden zum Kreuz verschnürt. "Hier ruhen ein Hauptmann, ein Leutnant, zwei Unteroffiziere und sechs Grenadiere" steht mit Blaustift auf dem Querbalken. Regen hat die Schrift verwischt. Wie blaue Tränen rinnt es von den Buchstaben. ...

Ein zerschundener Steinkoloß. Öde starren seine Fensterhöhlen auf den trümmerübersäten Wilhelmplatz. Nichts regt sich hinter den Mauern, die die Überreste Adolf Hitlers bergen. Vor der Auffahrt wacht ein russischer Soldat. Sein Gewehr über den Knien, sitzt er, behaglich zurückgelehnt, in einem grünseidenen Polstersessel. Mitten im sog. Ehrenhof, ein Urbild des Friedens. ...<<

Die deutsche Schriftstellerin Karla Höcker (1901-1992) schrieb am 12. Mai 1945 über eine Villa in der Berliner Ebereschenallee, in der die Sowjets elektrisches Licht durch ein Stromaggregat erzeugten (x111/21): >>... Nach den langen dunklen Wochen wirkte der Anblick märchenhaft; alles pilgerte zu diesem Haus und berauschte sich am Licht der anderen.<<

Zur Kontrolle von Druckschriften, Rundfunk, Nachrichtendienst, Film, Theater und Musik wird am 12. Mai 1945 in den westlichen Zonen die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 erlassen.

Diese Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 vom 12. Mai 1945 untersagte z.B. (x111/21): >>... Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen gedruckten (mechanisch) vervielfältigten Veröffentlichungen.<<

Der deutsche Schriftsteller Klaus Mann (1906-1949) schrieb am 12. Mai 1945 über seine Ankunft in München (x111/21): >>Ich hatte mir's erst schlimm vorgestellt, aber es war noch schlimmer. München ist nicht mehr da. Das ganze Zentrum, vom Hauptbahnhof bis zum Odeonplatz, besteht nur noch aus Trümmern. Ich konnte kaum den Weg zum Englischen Garten

finden, so schauerlich entfremdet und entstellt waren die Straßen, in denen ich jedes Haus gekannt. War dies die Heimkehr? Alles fremd, fremd, fremd. ...

Mit Kreide steht an die linke Stirnseite der Münchener Feldherrnhalle geschrieben: KZ Dachau – Velden – Buchenwald: Ich schäme mich, daß ich ein Deutscher bin! ...

Goethe, Diesel, Haydn, Rob. Koch: Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. ...<<

Dr. Benesch (Chef der tschechischen Exilregierung) erklärte am 12. Mai 1945 vor der begeisterten Brünner Bevölkerung (x294/194): >>Mein Programm ist es - und ich verheimliche dies nicht -, daß wir die deutsche Frage in der Republik endgültig liquidieren müssen. ...<<

Der tschechische Unterrichtsminister Nejedly erläuterte am 12. Mai 1945 das neue Volksbildungsprogramm der Regierung (x004/95): >>Selbstverständlich werden alle deutschen Schulen geschlossen werden. ...<<

3 Regimenter der serbischen Staatswache ergaben sich am 12. Mai 1945 in Österreich den Briten. Diese Kriegsgefangenen, die bis zum Kriegsende auf deutscher Seite gekämpft hatten, wurden 20 Tage später an Titos Truppen ausgeliefert.

Churchill ließ am 12. Mai 1945 folgendes Telegramm an US-Präsident Truman senden (x043/98): >>Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. Ich erfahre, daß die Hälfte, der in Europa stehenden amerikanischen Fliegerkräfte bereits die Verlegung nach dem Fernen Osten eingeleitet hat. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über den massiven Abzug der amerikanischen Armeen aus Europa hinaus.

Auch unsere Armeen dürften auf Grund früherer Beschlüsse wesentlich reduziert werden. Die Franzosen sind schwach und schwer zu behandeln. Es liegt offen zutage, daß unsere Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahinscheiden wird und dort nur noch bescheidene Kräfte zur Niederhaltung Deutschlands verbleiben.

2. Was aber soll dann in bezug auf Rußland geschehen? Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan bis hinunter nach Griechenland, die uns von ihnen in Wien bereiteten Schwierigkeiten ... und vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich ebenso sehr wie Sie.

Wie wird sich die Lage in ein bis zwei Jahren darstellen, wenn die britischen und amerikanischen Armeen nicht mehr existieren und die Franzosen noch keine beachtliche Armee aufgestellt haben, so daß wir nur über eine Handvoll Divisionen, davon die Mehrzahl französischer, verfügen, während Rußland zwei- bis dreihundert unter den Fahnen hält?

3. Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck - Triest - Korfu schon binnen kurzem völlig in sowjetischer Hand sein wird. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine 2. Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitzische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. Und dann wird der Vorhang von neuem bis auf einen schmalen Spalt, wenn nicht gänzlich niedergehen. Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Eisernen Vorhang (x051/-145): >>Eiserner Vorhang, von Goebbels am 25.2.45 in der Wochenschrift "Das Reich" geprägte, aber allgemein Churchill (Telegramm an Truman 12.5.45, Rede in Fulton, USA, 5.3.46) zugeschriebene Bezeichnung für die radikalen sowjetischen Maßnahmen zur Abschottung des sowjetischen Herrschaftsbereiches im Zeichen der Entfremdung gegenüber den Westalliierten und des beginnenden kalten Krieges.

Der scharf bewachte und stark befestigte Eisernen Vorhang zerschnitt vor allem Deutschland längs der 1.346 km langen Westgrenze der sowjetischen Besatzungszone von der Lübecker Bucht bis zur deutsch-tschechoslowakischen Grenze.<<

General von Saucken kapitulierte gegenüber der 2. Weißrussischen Front und ging am 14. Mai 1945 mit der "Armee Ostpreußen" (rd. 150.000 Soldaten) in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).

Am 14. Mai 1945 lief das letzte ostdeutsche Flüchtlingsschiff im Flensburger Hafen ein. An Bord des Schiffes "Hoffnung", das für die Fahrt von Hela nach Flensburg fünfeinhalb Tage benötigte, waren 135 Verwundete, Flüchtlinge und Soldaten.

Der Kapitän, der nicht einmal einen Kompaß besaß, sagte nach seiner Ankunft (x031/193): >>Das einzige, was ich hatte, war Gottvertrauen. ...<<

Die französische Militärregierung befahl am 14. Mai 1945, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündete am 14. Mai 1945 während der "Brünner Befreiungsaktion" (x004/105): >>... Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschifft werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<

US-Präsident Truman genehmigte am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067/6 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wurde.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete (x063/613): >>... Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte Feindnation. ... (Die Befehlshaber werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berühmte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die "Befreiung" nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes (x878/...): >>**Geschichte - Geschichtssperzeption – Politik ...**

II. 1945 - Befreiung ?

In der zu Recht berühmten Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 wird die deutsche Niederlage 1945 als Befreiung gedeutet: "Der 8. Mai (1945) war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden Sy-

stem des Nationalsozialismus". Danach hat es eine bis heute nicht abgeschlossene Diskussion gegeben, ob diese Perzeption und Deutung des Kriegsendes zutreffend ist. In den veröffentlichten Medien: Zeitungen, Fernsehen, Rundfunk erfährt die Deutung als Befreiung mehr und mehr Unterstützung.

Die Frage ist, ob hierbei nicht auch Opportunitätsdenken ein Motiv ist. Die Deutschen werden entlastet, auch sie waren letztlich "Opfer der Nazis". Zumindest muß der Frage nachgegangen werden, ob hier nicht eine neue Legende geschaffen wird, die uns den Zugang zur historischen Realität versperrt. Auch sie könnte einmal in Form von falschem Politikerhandeln auf uns zurückschlagen.

Für diejenigen, die im KZ die Torturen und Todesselektionen überlebt hatten, als politische Gefangene in Zuchthäusern und Gefängnissen vegetierten, in Strafbataillonen dienen mußten, auf andere Weise verfolgt wurden oder als Zwangs- und Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene in Deutschland festgehalten wurden, war das Kriegsende die Befreiung - ohne jeden Zweifel. Für viele Namenlose und bekannte Persönlichkeiten, die den inneren Abstand zum Naziregime bewahrt hatten, war das Kriegsende schon zweischneidig. War man auf der einen Seite froh, daß die Nazierrschaft beendet wurde, bereitete das Kriegsende, die Niederlage und bedingungslose Kapitulation Deutschlands Kummer und tiefe Trauer.

Den Untergang Deutschlands wollten sie nicht, nicht so und auch nicht auf andere Weise. Mit Sorge blickten sie in die Zukunft, beobachteten die Politik der Alliierten, die Besatzung und die sich abzeichnende Teilung Deutschlands. Sie engagierten sich früh und schnell, um die Folgen der totalen Niederlage abzumildern und soweit wie möglich zu revidieren.

Für die ganz große Masse der Zivilbevölkerung brachte das Kriegsende das Ende der kriegsbedingten Zerstörungen und Menschenverluste und damit gewiß ein Aufatmen. Das Kriegsgeschehen zog vorbei. Man war noch einmal davon gekommen. Zurück blieben die Trümmer und die Trauer um die Toten. Aber die Not war nicht zu Ende. In den großen städtischen Agglomerationen brach die Versorgung weitgehend zusammen. Die USA schickten sogar Hilfslieferungen an Lebensmitteln aus der Schweiz für die Hunderttausenden an deutschen Kriegsgefangenen in den Massenlagern am Rhein zurück.

Noch vorhandene Industrieanlagen wurden zum Teil (systematisch) demontiert, Wälder abgeholzt, Personen verschleppt. Die konkrete Erfahrung der Masse der deutschen Bevölkerung widerspricht der These der Befreiung diametral. Das gilt für die Besatzungszonen. Das gilt noch mehr für die ehemaligen deutschen Ostgebiete: Ostpreußen, Schlesien Pommern sowie Danzig. Die 12-15 Millionen Flüchtlinge, von denen (schätzungsweise) 1 - 1,5 Millionen auf der Flucht umkamen, haben das Kriegsende kaum als Befreiung erlebt. Ganz sicher nicht. Daran ändert sich auch nichts, wenn man ihnen erklärt, daß das Unheil mit dem deutschen Angriff auf Polen 1939 begonnen habe.

Wenig im öffentlichen Bewußtsein ist die lange militärische Agonie Deutschlands im letzten Kriegsjahr vom Sommer 1944 bis Mai 1945. Der Krieg war im Sommer 1944 nach der alliierten Landung in der Normandie und dem Durchbruch der Roten Armee im Mittelabschnitt der Ostfront definitiv und ohne jedes wenn und aber verloren. (Zu gewinnen war er schon ab Dezember 1941 nicht mehr, als die USA nach der Kriegserklärung Hitlers aktiv in den Krieg eintraten und die Wehrmacht vor Moskau zum Stehen gekommen war, die Sowjetunion also nicht durch einen Blitzkrieg niedergeworfen werden konnte.) Trotz alliierter Luftherrschaft ab 1944 und erdrückender militärischer Überlegenheit, dauerte es noch ein Jahr, bis das 3. Reich im Mai 1945 endgültig besiegt war. Anders als 1918, als das Militär bei klarer Erkenntnis der militärischen Niederlage einen Waffenstillstand einforderte und dann die Waffen streckte, wehrte sich das 3. Reich bis zum Schluß.

Als Nachgeborener glaubt man kaum, daß die Rote Armee vom 16. April 1945, dem Beginn der letzten Offensive zur Eroberung Berlins bis zur Einnahme Berlins am 2. Mai 1945

304.000 Mann Verluste hatte. Zwischen Spreeknie, wo heute in Berlin das neue Kanzleramt und die Schweizer Botschaft stehen, und dem Reichstag, fielen noch tausende Soldaten den Kämpfen zum Opfer. Die Rote Armee hatte auf dem Reichstag - von Stalin als Symbol des Sieges ausersehen - bereits die Rote Fahne gehißt, da wurde aus dem Keller des Reichstags noch fast einen Tag lang zurück geschossen (vgl. Antony Beevor, Berlin. "The Downfall 1945", Penguin Books, 2002). Die Kämpfe an der Westfront, in den Ardennen, im Hürtgenwald bei Aachen, im Elsaß waren für die Alliierten aufgrund ihrer erdrückenden materiellen Überlegenheit zwar nicht annähernd so verlustreich wie für die Rote Armee, aber der deutsche Widerstand verdarb ihnen doch gründlich das Konzept eines schnellen Vorstoßes.

Die hinhaltenden Abwehrkämpfe über ein ganzes Jahr, der Kampf bis zum Schluß, wirft trotz der gezogenen Lehren aus dem angeblichen Dolchstoß 1918 Fragen auf. Der Kampf war objektiv aussichtslos. Nicht nur die Attentäter um Stauffenberg wußten das. Für den einzelnen Soldaten und Offizier waren mythologische Überhöhungen und Untergangsszenarien wie "Nibelungentod" oder "Götterdämmerung" sicherlich kein Grund zum Kämpfen und Sterben. Im Familienkreis des Autors (oral history) war die Forderung der Alliierten nach "bedingungsloser Kapitulation", die Weigerung, sich einem fremden Willen, dem Willen der Alliierten zu unterwerfen, der entscheidende Grund.

Wie auch immer, es gibt m.E. noch Aufklärungs- und Erklärungsbedarf, warum im Deutschland des letzten Kriegsjahres in aussichtsloser Lage mit extrem hohen Verlusten weit über den Kreis von SS-Verbänden und eingeschworener Nazis (letztere drückten allerdings eher anderen die Waffe in die Hand) bis zum Schluß gekämpft wurde?

(Befragt werden könnten z.B. Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt, beides kluge und verantwortungsbewußte Leute. Sie sind meines Wissens bis Kriegsende nicht von der Fahne gegangen. Wie viele andere waren sie beide längere Zeit an der Ostfront eingesetzt und mußten von den dortigen Verbrechen der Wehrmacht und SS Kenntnis gehabt haben. Sie stehen stellvertretend für die vielen anderen.)

Von einer "Befreiung" kann in diesem Kontext überhaupt keine Rede sein. Die historische Wahrheit sieht anders aus. Dieser Wahrheit müssen wir ins Auge sehen. Die "Befreiung" ist eine Geschichtslüge, deren Erfolg sich nur aus dem deutschen Bedürfnis nach Anerkennung durch die Sieger, als Demutsgeste und Reuezeugnis erklären läßt. Seht her! 40 Jahre nach Kriegsende (1985), haben wir die notwendige Reife erlangt, wir sehen es selbst ein. Ihr habt uns auf den guten, richtigen Weg zurückgeführt, wenn auch mit Gewalt. (Die Siegermächte hörten das sicher gern und die Befreiungsthese war 1989/1990 im Zuge der Wiedervereinigung durchaus von Nutzen. Dabei sollten wir es auch belassen.) Denn gesiegt hatten die Alliierten allemal, ihre Truppen standen im Land. Wenn sich Deutschland wieder aufrichten oder gar wiedervereinigen wollte, dann nur mit deren Einverständnis.

Daß mit Begriffen Politik gemacht wird, ist nichts Neues. Man staunt allerdings über die Fähigkeiten der von Weizsäckers, Geschichte auf den Begriff zu bringen und zu deuten. Hatte doch der Vater Richards von Weizsäcker, Ernst von Weizsäcker, sein Mitwirken am Münchner Abkommen von 1938 als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als Akt des Widerstands dargestellt und umgedeutet. (Darauf muß man erst mal kommen!) Das 3. Reich war auch nicht "zusammengebrochen", wie es vielfach bei Historikern, Publizisten etc. unscharf heißt. Der Begriff weckt Assoziationen von Selbstaflösung oder gar Zusammenfallen eines Kartenhauses. Genau das war es nicht. Tatsache ist, daß aus dem Keller des Reichstags noch viele Stunden zurückgeschossen wurde nachdem die Sowjets schon auf dem Dach die Siegesfahne gehißt hatten. Das ist ebenso symbolträchtig wie das Hissen der roten Fahne auf dem Reichstag selbst. ...<<

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge

aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche (vermeintliche "Werwolf-Angehörige").

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein. Hier wurden durchschnittlich ca. 2.000 Berliner Häftlinge interniert (x126/163).

Die "Tägliche Rundschau" berichtete am 15. Mai 1945 (x037/32, x116/53): >>Die Rote Armee kam nach Deutschland als Siegerin, aber nicht als Unterdrückerin. ... Vielen sowjetischen Soldaten, die heute durch die Straßen Berlins gehen, sind zu Hause nur abgebrannte Häuser und zerstampfte Felder geblieben: ... Greise und Kinder zuhauf erschossen, Millionen Mütter, Schwestern, Frauen, Bräute wurden in die deutsche Sklaverei getrieben. Trotzdem - die Rote Armee hat das deutsche Volk niemals mit der Hitlerclique gleichgesetzt und wird es niemals mit ihr gleichsetzen. ...<<

>>... Die Verdunkelung ist aufgehoben, und die Aufenthaltsgenehmigung auf den Straßen ist nicht mehr begrenzt. Die Bevölkerung nimmt an den Wiederaufbauarbeiten sehr aktiven Anteil. ... 17 Kinos ... sind bereits in Berlin wieder eröffnet worden. Es werden Sowjetfilme vorgeführt. Der Andrang des Publikums ist sehr bedeutend.<<

In Berlin wurden am 15. Mai 1945 neue Lebensmittelkarten ausgegeben.

Diese neuen Lebensmittelkarten waren in fünf Stufen unterteilt (x111/23):

>>Karte I Schwerarbeiter und hervorragende Persönlichkeiten der Verwaltung, Wirtschaft und Kultur;

Karte II alle sonstigen Arbeiter;

Karte III Angestellte;

Karte IV Kinder;

Karte V Nichtberufstätige.

Pro Tag werden auf Karte I 600 g Brot, auf Karte V 300 g Brot verteilt. An Fleisch entfallen auf Karte I 100 g täglich, auf Karte V 20 g.<<

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten würde.

General Eisenhower widerrief am 15. Mai 1945 alle bisherigen Befehle, deutsche Kriegsgefangene freizulassen (x131/66).

Bischof Adamski aus Kattowitz forderte am 15. Mai 1945 die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).

Die jugoslawische Armee besetzte am 15. Mai 1945 das Klagenfurter Becken in Kärnten (britische Besatzungszone). Jugoslawien forderte anschließend Südkärnten und Grenzkorrekturen in der Steiermark (x006/577).

Die Briten lieferten am 15. Mai 1945 sämtliche kroatischen Kriegsgefangenen und Zivilisten, die sich nach Kriegsende der 8. britischen Armee widerstandslos ergeben hatten, an Titos Partisaneneinheiten aus. Etwa 80.000 kroatische Kriegsgefangene und ca. 30.000 Frauen, Kinder und Greise wurden danach schon zwischen Bleiburg und Marburg umgebracht (x044/45).

Die alliierten Militärbehörden stellten Italien am 15. Mai 1945 rund 200.000 deutsche Kriegsgefangene zur Verfügung, um Wiederaufbauarbeiten durchzuführen.

Die "United Press" berichtete am 15. Mai 1945 (x043/33): >>... Auf die Frage, warum Dönitz in seiner ersten Deklaration die Fortsetzung des Kampfes gegen den Bolschewismus verlangte, erwiderte Graf Schwerin von Krosigk:

"Dönitz wollte Zeit gewinnen, damit die aus den östlichen Provinzen vor den Russen fliehenden Zivilisten weiter nach Westen gelangen könnten, bevor sie von den eigenen zurückflutenden Streitkräften oder den Russen überrannt würden."

Dönitz fürchtete auch, daß im Falle einer allgemeinen Kapitulation, die an der russischen Front stehenden Streitkräfte dem Befehl zur Niederlegung der Waffen keine Folge leisten

könnten, bevor sich diese Flüchtlinge in Sicherheit brachten. Sobald die notwendige Zeit gekommen war, ergab sich Dönitz. ...<<

Der sowjetische Stadtkommandant von Berlin setzte am 17. Mai 1945 den Magistrat für Groß-Berlin ein.

Der britische General Alexander telegraphierte am 17. Mai 1945 an den Gemeinsamen Stab der Alliierten (x133/376): >>... Um uns bei der Beseitigung der Überfüllung in Südösterreich behilflich zu sein, bitten wir dringend um Weisung bezüglich der endgültigen Verfügung. ...

Ungefähr 50.000 Kosaken, einschließlich 11.000 Frauen, Kinder und alte Männer. Sie waren Teil der deutschen Streitkräfte und haben gegen die Alliierten gekämpft. ... Sie umgehend in ihre Heimat zurückzuschicken, könnte jedoch für ihre Gesundheit tödlich sein. Erbitten baldmögliche Entscheidung über endgültige Verfügung. <<

Ilja Ehrenburg schrieb am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>... Wir erretteten die menschliche Kultur, die aus alter Zeit stammenden Steine Europas, seine Museen und Bücher. ... Wenn der Traum eines goldenen Zeitalters jemals Wirklichkeit werden sollte, dann wird dies deshalb geschehen, weil die Soldaten der Freiheit Tausende von Werst marschierten, um das Banner der Freiheit, der Brüderlichkeit und des Lichtes aufzupflanzen. ...

Das ist der Grund dafür, warum nicht nur in unserem Land, sondern überall in der Welt Stalins Name mit dem Ende der Nacht und dem ersten Morgen des Glücks verbunden ist. <<

Prof. Tarle berichtete am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" über Berlin bzw. Brandenburg-Preußen (x046/219): >>Seit über 2 Jahrhunderten sei durch Preußen ein mächtiges Gangsterlager im Herzen Europas geschaffen und in Berlin sei der Plan gefaßt worden, Europa, Rußland, 2 Kontinente, die ganze Welt zu erobern. (Raub und Plünderung, das sei) das Hauptziel der politischen Existenz Deutschlands gewesen. ...<<

Der tschechische Minister für Erziehung erteilte am 18. Mai 1945 folgende Weisung (x004/96): >>Der Unterricht deutscher Schüler wird sofort eingestellt. Schüler deutscher Nationalität werden nicht in tschechische Nationalschulen aufgenommen. ...<<

Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtete am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

Der 1. sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Bersarin (1904-45), erklärte am 19. Mai 1945 vor dem Berliner Magistrat (x116/15): >>... Wir wollen den Frieden in der ganzen Welt. Wir wollen, daß die Völker der ganzen Erde frei und froh leben und ein friedliches Leben führen. ...

Vor allem ist es notwendig, daß alle diejenigen aus dem Weg geräumt werden, die uns an der Arbeit stören. Hier wurde die Frage gestellt, ob die früheren Faschisten ausgeschaltet werden sollten. Ich meine hierzu: Wer in der Praxis des Faschismus fortfährt und sich für ihn betätigt, muß entfernt werden. Außerdem sind diejenigen Faschisten, die mitschuldig sind am Unglück der Welt, zu beseitigen. ...<<

Ein gefangener Feldwebel der Wehrmacht berichtete am 19. Mai 1945 über das US-Kriegsgefangenenlager Rheinberg mit mehr als 100.000 deutschen Kriegsgefangenen (x131/58-59): >>... Kameraden äußern die Absicht, bei Nacht und Nebel aus dem Lager zu fliehen. Einige wagen es. Manche kommen durch, manche werden wieder gefangen.

Einer erzählt mir: "Wir gingen zu zehnt über den Stacheldraht. Alles schien zu klappen. Da – ein Geräusch. – Der Posten schießt. – Die einen rennen vorwärts, die anderen zurück. Jagd auf die Ausreißer. Einige strecken die Hände hoch, sich zu ergeben. Sie werden erbarmungslos erschossen. – Ich werfe mich auf den Boden und stelle mich tot. Der Ami stößt mich mit dem Fuß an – ich rühre mich nicht. Als er sich entfernt, zwänge ich mich wieder unter dem Draht

durch ins Lager zurück. – Die Flucht ist mißlungen, doch ich lebe noch." ...<<

Der Präsident der Republik erließ am 19. Mai 1945 ein Dekret über die Ungültigkeit von vermögensrechtlichen Rechtsgeschäften aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen und Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und verschiedener Organisationen und Anstalten (x004/204-205): >>Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich: ...

§ 2 (1) Das im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik befindliche Vermögen der staatlich unzuverlässigen Personen wird gemäß den weiteren Bestimmungen dieses Dekretes unter nationale Verwaltung gestellt. ...

§ 4 Als staatlich unzuverlässige Personen sind anzusehen:

a) Personen deutscher oder madjarischer Nationalität.

b) Personen, die eine gegen die staatliche Souveränität ... der Tschechoslowakischen Republik gerichtete Tätigkeit entfaltet haben ...

§ 6 Als Personen deutscher oder madjarischer Nationalität sind Personen anzusehen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahre 1929 zur deutschen oder madjarischen Nationalität bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen, Formationen oder politischer Parteien geworden sind, die sich aus Personen deutscher oder madjarischer Nationalität zusammensetzten. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) berichtete am 19. Mai 1945 aus der US-Botschaft in Moskau (x116/35): >>Man kann getrost behaupten, daß kein anderer Personenkreis irgendwo auf der Welt sich der entscheidenden Wichtigkeit der Zeit nach dem Waffenstillstand, ihrer Möglichkeiten und Gefahren stärker bewußt ist als die Führer der Sowjetunion.

Selber Träger eines Regimes, das aus dem chaotischen Nachspiel des Ersten Weltkriegs erwuchs, sehen sie in aller Klarheit, daß es die jetzt während des auf die Militäraktionen folgenden allgemeinen Durcheinanders gezogenen Linien sind, die sich verfestigen und Bestand haben und das Gewicht der Zukunft bestimmen werden.

Die Entscheidungen der nächsten paar Wochen halten sie für wichtiger als selbst die Beschlüsse zukünftiger Friedenskonferenzen. Denn diese werden nach Auffassung der Sowjets wenig mehr ergeben als eine Bestätigung der Landmarken, die aufgestellt wurden als alles im Fluß war. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien am 19. Mai 1945 (x026/86-87): >>Durch Train- und LKW-Kolonnen wurde die Marschgruppe Arndt am Abend des 19. Mai stark auseinandergezogen. Es war in der Gegend des ... Ortes Steinbrück ...

Am Straßenrand lungerten Halbwüchsige und Partisanen herum. Ein oder zwei Bewaffnete packten sich diesen oder jenen Deutschen und beraubten ihn. Uhren, Ringe, Brillen, Schuhe, Waffenröcke, Taschen und Tornister, alles war begehrt. Was die Straßenräuber enttäuschte, wurde vernichtet. So wurden Brillen zertreten, Kompaßgeräte zerschlagen, Medikamente und Verbandszeug zugrunde gerichtet. Die Marschgruppe hastete in wilder Verzweiflung vorwärts. Offensichtlich machten die Posten mit den Plünderern gemeinsame Sache, sie blieben während der ganzen Strecke durch den Ort unsichtbar. Es ging auch ohne sie weiter, weil jeder wieder aufs freie Feld wollte.

Um die Menschen noch weiter einzuschüchtern, trieb eine Gruppe von Partisanen durch die ganze Menge unter fürchterlichen Kolbenhieben eine aneinandergefesselte Kette von etwa dreißig ... langhaarigen königstreuen "Cetnici" (Tschetniks) des Generals Mihailovic, hindurch. Die hageren Gesichter dieser Männer waren verzerrt zu Masken der verkörperten Todesangst. Es schoß überall, schlimmer als in manchem Gefecht. Von Angst überflügelt, hetz-

ten die Männer voran. ...<<

Im KZ Bergen-Belsen wurde am 21. Mai 1945 die letzte Baracke niedergebrannt. Von den ca. 60.000 befreiten KZ-Häftlingen starben später noch rund 13.000 (x111/25).

Heinrich Himmler (ehemaliger Reichsführer SS, Chef der deutschen Polizei und "oberster Herrscher aller Konzentrationslager und Vernichtungslager") geriet am 21. Mai 1945 zunächst unerkant in britische Gefangenschaft.

Der britische General Keightley erteilte am 21. Mai 1945 in Österreich folgenden Befehl (x133/347-348): >>>Betrifft: Definition sowjetischer Staatsangehöriger. ...

Folgende sind als sowjetische Staatsangehörige zu behandeln:

Ataman-Gruppe.

15. Kosaken-Kavallerie-Korps (inklusive Kosaken und Kalmücken).

Reserve-Einheiten von Generalleutnant Schkuro.

Kaukasier (inklusive Muselmanen).

2. Einzelfälle werden nicht in Betracht gezogen, es sei denn auf speziellen, dringenden Antrag. In diesen sowie auch in anderen Fällen des Einspruchs weiterer Einheiten und Verbände gelten folgende Richtlinien:

a) Jede Person in unserem Gewahrsam, die zur Zeit des Beitritts in die deutschen Streitkräfte oder des Beitritts zu einer Einheit, die mit den deutschen Streitkräften kämpfte, innerhalb der 1938 gültigen UdSSR-Grenzen lebte, ist in bezug auf die Repatriierung als sowjetischer Staatsangehöriger zu behandeln.

b) Jede Person, die, obwohl russischer Abstammung, vor dem Beitritt zu den deutschen Streitkräften seit 1930 nicht in der UdSSR gelebt hat, ist bis auf weiteres nicht als sowjetischer Staatsangehöriger zu behandeln.

c) In allen Zweifelsfällen sind die Personen als sowjetische Staatsangehörige zu behandeln.<<
Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Die Verratenen von Jalta" über diese Definition der sowjetischen Staatsangehörigkeit (x133/348): >>>Dieses Dokument sah mit einigen Ausnahmen eindeutig vor, daß dann eine Überprüfung stattfinden sollte, wenn Personen, die nach den gegebenen Definitionen nicht als Sowjetbürger galten, das Augenmerk auf ihren Status lenkten.

Diese Richtlinie räumte den Befehlshabern eine gewisse Freiheit der Interpretation ein, ermächtigte sie jedoch nicht, Personen auszuliefern, die Anspruch auf nichtsowjetischen Status stellten und in der Lage waren, ihn dokumentarisch zu belegen (durch einen Paß oder einen Nansen-Ausweis).

Obgleich der Wortlaut einige Unklarheiten enthielt, konnten sie jedoch einem humanen Befehlshaber (ganz gleich, wie wörtlich er sie nahm) zur Rettung vieler Menschenleben dienen.

...<<

In Halle vereinbarten die Siegermächte am 22. Mai 1945, daß sämtliche befreiten west- und osteuropäischen Staatsbürger in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollten (x133/427): >>>Alle früheren Kriegsgefangenen und Staatsbürger der UdSSR, die von den alliierten Streitkräften befreit worden sind, sowie die Staatsbürger der alliierten Nationen, die von der Roten Armee befreit worden sind, (sind) über die jeweiligen Linien der Armeen hinweg an die zuständigen Armeebehörden beider Seiten auszuliefern. ...

Mit der Auslieferung und dem Empfang wird 24 Stunden nach Unterzeichnung dieses Planes begonnen werden.<<

Verschleppung von umgesiedelten bzw. geflohenen Rußland-Deutschen und "Straftätern" aus Mitteldeutschland sowie die Heimführung der "befreiten Sowjetbürger"

Nach dem Kriegsende wurden die Rußland-Deutschen (volksdeutsche Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten der Sowjetunion) grundsätzlich wie sowjetische Staatsbürger bzw. Volksverräter behandelt und gewaltsam in die Sowjetunion verschleppt.

Tausende von Rußland-Deutschen wurden sogar in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten festgenommen und deportiert. Die amerikanischen und britischen Besatzungstruppen lieferten nicht selten Rußland-Deutsche unaufgefordert an die sowjetischen Deportationskommandos aus. Die Sowjets verschleppten ca. 300.000 Rußland-Deutsche (sog. "Zwangsrepatriierte") in die Zwangsarbeitslager der UdSSR (x026/91) und deportierten ferner ca. 40.000 Reichsdeutsche (unter ihnen waren z.B. auch Rotkreuzschwestern, Nachrichtenhelferinnen und verurteilte "Straftäter") aus Mitteldeutschland (x026/063).

Stalin duldete auch nach dem Kriegsende keine politischen Gegner. Wer sich verdächtig machte oder als unzuverlässig galt, geriet schnell in ein sowjetisches Strafarbeitslager. Ungezählte Sowjetbürger, die das NS-Regime während des Zweiten Weltkrieges als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich verschleppt hatte, wurden nach ihrer Befreiung in der UdSSR inhaftiert. Man schätzte, daß in der Nachkriegszeit mehr als 10 Millionen Gefangene in Stalins Arbeitslagern inhaftiert wurden (x149/131).

Ein ehemaliger NKWD-Beamter berichtete später über das Schicksal der "befreiten und heimgeführten Sowjetbürger" (x133/572-573): >>Im ganzen wurden von 1943-1947 über 5,5 Millionen Russen aus den ehemals besetzten Gebieten repatriiert. 20 % wurden zum Tode oder zu 25 Jahren in den Lagern verurteilt (im Grunde ein verlängertes Todesurteil);

15-20 % erhielten Strafen von 5-10 Jahren;

10 % wurden für mindestens 6 Jahre in die Grenzgegenden Sibiriens verbannt;

15 % wurden als Zwangsarbeiter in den Donbas, Kusbas und andere verwüstete Gebiete geschickt. Ihnen wurde nach Ablauf der Strafzeit nicht erlaubt, in die Heimat zurückzukehren;

15-20 % durften heimkehren, fanden jedoch als nichtregistrierte Arbeitskräfte nur selten Arbeit.

... Die fehlenden 15-20 % sind vermutlich "Schwund", Menschen, die in Rußland "untertauchten", während der Reise umkamen oder flüchteten. ...<<

Ein Pfarrer aus Schwerin berichtete später über seine 5jährige Haft in der UdSSR (x149/131):

>>Die Gefangenen sind die Zwangskolonisatoren unerschlossener Gebiete, eine Reservearmee unbegrenzter Ausbeutung. Der Zwangsarbeiter ist ein Arbeiter, dem man die härtesten Lebensbedingungen, das ungesündeste Klima, die primitivste und schmutzigste Unterbringung und eine Entlohnung zumuten kann, die sein Leben eben noch fristet. ...

Von der Bahnstrecke Kotlas - Workuta, an deren Fertigung ich noch teilgenommen habe, erzählten die Kameraden, die die ersten Stadien dieser Verlegung mitgemacht haben, daß damals so viele Menschen verhungert, erfroren und an Erschöpfung gestorben seien, daß gleichsam unter jeder Schwelle des Bahnkörpers ein Toter liege. ...<<

Die Direktive Nr. 1 der PWD (Psychological Warfare Division) trat am 22. Mai 1945 in Kraft (x111/25, x115/270): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<

>>... Der tiefe Graben, der die Besatzungsarmeen von den besiegten Deutschen trennt, ist ausdrücklich zu betonen. ... Eine Politik der "austerity" (Härte) hat an die Stelle aller Schmeicheleien zu treten, die von der psychologischen Kriegsführung als erforderlich angesehen wurden. ...<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Benz berichtete später in seinem Lexikon "Legenden Lügen Vorurteile" (x268/15): >>Zum Arsenal rechtsradikaler Propaganda gehört die Behauptung, die Alliierten hätten die These von der Kollektivschuld aller Deutschen an den Verbrechen des Hitlerregimes propagiert und darauf gestützt die Bestrafung und Umerziehung der Deutschen ... betrieben. ...

Diese Mühe ist auch deshalb vergeblich, weil die These einer Kollektivschuld der Deutschen

niemals Bestandteil der alliierten Politik gegenüber Deutschland gewesen ist oder zur Begründung dieser Politik nach 1945 herangezogen wurde. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung in den Jahren 1945/46 (x306/109-111): >>... Chef der psychologischen Kriegführung unter Eisenhower war der General Robert A. McClure, Eisenhowers Propagandaberater. Trotz des militärischen Kopfes bestand General McClures Abteilung in Rumpf und Gliedern aus Zivilisten. Deutsche Emigranten wurden nur in untergeordneten Stellungen verwendet, da sie zum "tenderhearted appeal to the German public" geneigt hätten. Es mag überraschen, daß die psychologische Kriegführung unter Eisenhower nicht durch Psychologen betrieben wurde.

Lerner schrieb über die zentrale Nachrichtenabteilung, deren Leiter Oberstleutnant Murray I. Gurfein ehemaliger Herausgeber des "Harvard Law Journal" und wohl Frankfurter Schüler war, daß sich in ihrem Vernehmungsteam nicht ein Psychiater befand. "Dagegen umfaßte es Historiker und Sozialwissenschaftler, darunter recht bekannte, in Mengen." Die Psychiatrie wurde vom britischen Direktorat für Armeepsychiatrie ausgeborgt. Der britische Armeepsychiater, Oberstleutnant H. V. Dicks, und seine Mitarbeiter arbeiteten die Fragebogen und Richtlinien aus.

Da es Aufgabe der psychologischen Kriegführung ist, die Kampfmoral des Gegners zu schwächen und in seinen Reihen Uneinigkeit zu stiften, ließ sich der antigermanische Slogan "alle Deutschen sind gleich" als Arbeitshypothese nicht verwenden. Vielmehr mußten die Deutschen, um einen Teil von ihnen gegen den anderen auszuspielen, in Kategorien unterteilt werden. Die grundlegende Einteilung, die von Dicks und dem amerikanischen Soziologen Edward A. Shils ausgearbeitet wurde, war die nach dem Grade des Nazismus.

Die Deutschen (soweit sie in der deutschen Armee dienten) ließen sich in fünf Gruppen unterbringen:

1. die hartgesottenen Nazis (10 %)
2. die gemäßigten, Vorbehalte machenden Nazis (25 %)
3. die unpolitischen Deutschen (40 %)
4. die passiven Antinazis (15 %)
5. die aktiven Antinazis (10 %).

Bei der ersten Gruppe wurde zwischen den idealistischen Eiferern, den Schlägern, die mehr dem Verein als der Sache zugetan waren, und den versteckten Fanatikern, die in einer mit den nationalsozialistischen Vorstellungen zusammenfallenden Phantasiewelt lebten, unterschieden. Die zweite Gruppe machten die Pseudo-Zweifler, die trotz Verurteilung der Auswüchse des Nationalsozialismus (Grausamkeiten, Antisemitismus) sich an eine "autoritäre Haltung" klammerten, die Idealisten, die einem anderen, aber vom Nationalsozialismus nicht weit entfernten Ziel zustrebten, und die Zyniker aus.

Die Gruppe der Unpolitischen setzte sich aus der Landbevölkerung, den kleinen Beamten und den Berufssoldaten zusammen, die sich vor allem um Familie und Haus kümmerten. In der vierten Gruppe der passiven Antinazis wurden die enttäuschten Idealisten, die älteren Leute, die noch der guten alten Zeit nachtrauerten, die ganz Jungen, die "Edelweiß Banden" bildeten, sowie die Opportunisten, "die den 20. Juli aus Kastensolidarität unterstützten", eingereiht.

Die Gruppe der aktiven Antinazis schließlich umfaßte die nationalistischen Konservativen, die Sympathien für die Engländer als "Herrenvolk" empfanden, aber von der "Demokratie" nicht viel hielten, die Anhänger des Zentrums, die sich im politischen Leben konservativen Anstand wünschten, und die "Demokraten", die sich aus den Resten der Arbeiterbewegung und einer kleinen Zahl von Intellektuellen zusammensetzten, die ihren "gemäßigt liberalen und sozialistischen Vorstellungen treugeblieben waren". Hinzu kamen die Kommunisten, die

hauptsächlich mit dem Überleben beschäftigt seien, und die religiösen Antinazis.

Der Einmarsch in Deutschland hätte eigentlich das Ende der psychologischen Kriegführung bringen müssen, denn wenn der militärische Krieg beendet war, dann mußte auch der psychologische aufhören. Doch die Psycho-Krieger waren (wie die Wirtschaftskrieger) der Ansicht, daß der psychologische Krieg (wie der wirtschaftliche) nie zu Ende geht.

Die Abteilung für psychologische Kriegführung wurde in Abteilung für Informationskontrolle umgetauft und nahm (weiterhin unter General McClure) ihren Sitz in Bad Homburg, von wo sie im Frühjahr 1946 nach Berlin, dem Sitz des Militärgouverneurs, verlagert wurde. Die Abteilung für Informationskontrolle war eine der Abteilungen der Militärregierung und für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens (mit Ausnahme der Erziehung und Religion) zuständig.

Die Übernahme der psychologischen Kriegführung in den Apparat der Militärregierung ging nicht ohne Reibungen vor sich, da General McClure der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie zu tun hätten, während der stellvertretende Militärgouverneur General Clay der Meinung war, daß die Militärregierung den Deutschen sagen solle, was sie nicht zu tun hätten, und ihnen das übrige selbst überlassen könne.

General Clay hielt dafür, daß Demokratie sich auf der freien Initiative unter Beschränkung der Staatstätigkeit aufbaue. Die Eingriffe der Militärregierung sollten die Hindernisse, die einer freien Initiative im Wege stünden, beiseite räumen.

General McClure hingegen sah in der demokratischen eine inhaltlich umrissene Denkweise, die auf bestimmten Persönlichkeitszügen aufbauend durch die Militärregierung mittels zweckentsprechender Eingriffe herstellbar war.<<

An der Save-Brücke bei Podsused erschossen jugoslawische Soldaten der 1. Partisanenarmee am 22. Mai 1945 neunzig gefangene deutsche Soldaten (x130/212).

In den ersten 14 Tagen nach der Kapitulation ermordeten jugoslawische Soldaten allein 1.600 gefangene Soldaten der Waffen-SS-Division "Prinz Eugen" (x130/212).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über einen Todesmarsch von deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien (x026/87-88): >>... Noch in der Nacht zum 22. Mai wurde die Marschgruppe Arndt auf Weidekoppeln des nur wenige Kilometer entfernten Staatsgutes bei Dugo Selo vorgezogen. Da hockten sich die geschundenen Menschen ins dichte, taufeuchte Gras. Sehr viele litten unter argen Durchfällen oder hatten bereits die Ruhr. So besetzten die Gequälten auf den latrinlosen Koppeln hart an die Lagernden heran den Rand. Sie hockten lange und immer wieder da, zuweilen von den Posten aufgescheucht. Die Koppeln hatten Viehtränken, die nun ständig umlagert waren.

Hier lag die Marschgruppe bis zum Nachmittag des 22. Mai. Hier gab es am Mittag je Mann einen knappen Viertelliter gekochtes Wasser mit jeweils einer schmalen Scheibe von einer gekochten Kartoffel darin. Die Prozedur der Ausgabe dieser ersten Mahlzeit in jugoslawischer Regie seit der Kapitulation dauerte drei Stunden. Aber dafür erhielt fast jeder etwas. Man schrieb Pfingstdienstag, den 22. Mai. Die Deutschen hatten am 9. Mai kapituliert.

Gegen 16 Uhr entstand wieder Leben auf der Koppel. Eine neue Postenkette ließ antreten. Heißer Wind trieb in heftigen Stößen dichte Staubwolken vor sich her und den Abrückenden ins Gesicht. Das machte den Durst noch quälender. Da auf der Koppel alle Voraussetzungen zur Einrichtung eines Reviers gefehlt hatten, war von den Ärzten auch den Fieberkranken geraten worden, mitzumarschieren.

Die neuen Posten sorgten von Anfang an für eine bis dahin ungewohnte verschärfte Marschzucht. Zu 8 in jeder Reihe, die Reihen dicht aufgeschlossen, so wurde mit groben Stockhieben ein militärischer Marschschritt erzwungen. Da die Straße aber nicht überall der 8 Mann tiefen Rotte das Passieren erlaubte, so stockte öfters für den rückwärtigen Teil der breiten Reihen

der Schritt. Die ersten mußten im alten Tempo voran, folglich waren alle anderen nach Überwindung der Stockung gezwungen, im Laufschrift aufzuholen.

Wohlgemerkt, viele waren krank, alle waren matt, ausgehungert und durstig; viele liefen barfuß. Die Schwachen gingen am Schlußteil des Zuges und ihnen blühte nun immer von neuem der Wechsel zwischen Dauerlauf und Warten, und auf sie krachten die meisten Hiebe. Fast alle Posten hatten mannshohe Stöcke zum Schlagen.

In den Dörfern, durch die der Weg führte, machten sich die Partisanen ein Sondervergnügen: sie ließen die ganze Marschgruppe im Laufschrift durchhetzen. Es waren kroatische Dörfer, deren Einwohner anders als in Slowenien oder Serbien den Deutschen durchwegs wohlgesinnt waren. Sie standen eingeschüchtert an den Hofzäunen, die Frauen, die ihre zur Ustascha gepreßten Angehörigen dem gleichen Los überantwortet wußten, weinten oft angesichts dieses schaurigen Sühnespiels. Sie versuchten zuweilen Wasser auszuteilen, doch duldeten Kommissar und Posten es nicht. ...<<

Die Sowjets übergaben am 23. Mai 1945 den südlichen Teil Ostpreußens ("Bezirk Masuren") an Polen (x111/26).

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt.

Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Himmler bringt sich am 23. Mai 1945 nach seinem ersten Verhör in Lüneburg um (Giftkapsel).

Die polnische Regierung erließ am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).

General Charles Keightley (1901-1974, Kommandeur des 5. britischen Korps) befahl am 24. Mai 1945 in Österreich, die Auslieferung von ca. 50.000 gefangenen Kosaken vorzubereiten (x130/264): >>Es ist von allergrößter Wichtigkeit, daß sämtliche Offiziere und in Sonderheit die höheren Dienstgrade aufgebracht werden und daß wir keinen von ihnen entkommen lassen. Die sowjetischen Streitkräfte legen darauf ganz besonderen Wert; wahrscheinlich betrachten sie die Auslieferung der Offiziere als einen Prüfstein des britischen Wohlverhaltens. ...<<

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böldcker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Auslieferung der gefangenen Kosaken (x130/264-265): >>... Lord Nicolas Bethell, der als erster die offiziellen Akten der britischen Regierung über die Auslieferung der Kosaken an ihre Todfeinde ausgewertet hat, kommentiert in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" diesen Befehl: "Keightley ignorierte ein sehr wichtiges Faktum, nämlich, daß bis auf einen die führenden Kosakenoffiziere Altemigranten waren, die Rußland um 1920 verlassen hatten. Nach dem Jalta-Abkommen fielen sie nicht unter die Zwangsrepatriierung.

Das war den Engländern unbequem, weil sie wußten, wie sehr die Sowjets gerade auf diese Leute aus waren, und sie wollten ihrem Verbündeten so gefällig sein wie nur möglich".

Die britischen Offiziere begannen nun ein schäbiges Ränkespiel, um die Kosaken über ihr zukünftiges Schicksal zu täuschen. Sie deuteten den Kosakenführern an, das Reitervolk könne möglicherweise als eine Art Fremdenlegion in den Dienst der britischen Krone treten. Ein andermal hieß es, die Kosaken würden nach dem Pazifik verschifft, um mit den Engländern zusammen gegen die damals noch im Krieg stehenden Japanern zu kämpfen.

Selbst der Oberkommandierende der Kosakendivision, der deutsche Generalleutnant von Pannwitz, glaubte den Gerüchten. Einer seiner deutschen Offiziere berichtet: "Pannwitz hatte

die Vorstellung, das Korps bleibt intakt. Es werde nach dem Iran geschickt, um dort den Kommunisten Widerstand entgegenzusetzen, die die Provinz Aserbeidschan in ihre Gewalt bringen wollten".

Pannwitz lehnte den Vorschlag eines seiner Offiziere ab, das Korps aufzulösen und eine Massenflucht in Gang zu setzen. ...<<

Generalfeldmarschall Robert Ritter von Greim (1892 in Bayreuth geboren, letzter Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe) beging am 24. Mai 1945 in einem Lazarett in Kitzbühl/Tirol Selbstmord (x033/618).

Stalin erklärte am 24. Mai 1945 beim Empfang der Befehlshaber der Roten Armee im Kreml (x243/146): >>Genossen! ...

Ich möchte einen Toast auf das Wohl unseres Sowjetvolkes und vor allem auf das Wohl des russischen Volkes ausbringen. Ich trinke vor allem auf das Wohl des russischen Volkes, weil es die hervorragendste Nation unter allen zur Sowjetunion gehörenden Nationen ist. ...<<

Ilja Ehrenburg schrieb am 24. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>Wir gewannen diesen Krieg, weil wir Eroberungskriege hassen. ...<<

520 US-Fernbomber warfen am 23./24. Mai 1945 rd. 750.000 Phosphorbrandbomben über Tokio ab (x040/287).

US-Militärgouverneur Eisenhower gab am 25. Mai 1945 bekannt, daß etwa 1.500.000 sowjetische Zivilisten (ehemalige Zwangsarbeiter) in die UdSSR zurückgebracht werden sollten (x033/618).

Die US-Militärregierung verkündete am 25. Mai 1945 in München (x111/26): >>Politischen Parteien, Organisationen, Truppen oder antinationalsozialistischen Gruppen und Organisationen ist es nicht erlaubt, sich zu organisieren, Büros einzurichten oder Versammlungen irgendwelcher Art abzuhalten. Sie sind ferner nicht ermächtigt, Kraftwagen, Nahrungsmittel oder Gebäude zu beschlagnahmen. Die Verteilung oder Aufstellung von Plakaten, Büchern, Flugblättern und anderem Schrift- und Druckmaterial ist verboten. Alle diese Tätigkeiten müssen sofort eingestellt werden. ...<<

Informationsminister Kopecky berichtete am 25. Mai 1945 im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken. ...<<

Tito forderte am 25. Mai 1945 die Abtretung der besetzten Gebiete Südkärntens (x040/287).

Die westlichen Alliierten lehnten diese Forderung jedoch ab. Sämtliche jugoslawischen Truppen mußten diese Gebiete später räumen.

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

Kundmachung des nationalen Sicherheitsdienstes der Stadt Troppau, Sudetenland, vom 26.

Mai 1945 (x004/315): >>Mit sofortiger Gültigkeit wird angeordnet, daß alle Personen deutscher Nationalität vom 6. Lebensjahr an folgende Kennzeichnung tragen; eine weiße Scheibe im Durchmesser von 15 cm und auf ihr, aus schwarzer Leinwand aufgenäht, ein "N" in der Stärke von 2 cm, dessen Rand 1 cm von der Umrißlinie des Kreises entfernt ist. Diese Kennzeichnung wird auf der linken Brustseite getragen.

Deutsche, die in der NSDAP, in der SA, SS, NSV, NSKK, HJ oder in anderen Gliederungen der Partei organisiert waren, müssen diese Zeichen auch auf dem Rücken tragen, also 2 - eines auf der Brust und das zweite auf dem Rücken.

Allen Deutschen wird die Fahrt mit öffentlichen Beförderungsmitteln, der Besuch öffentlicher (Einrichtungen) und Unterhaltungslokale und Anlagen (Parkanlagen) verboten. Allen Deutschen ist verboten, ab 20 Uhr ihre Wohnungen zu verlassen. Bei Begegnungen eines russischen oder tschechoslowakischen Offiziers müssen die Deutschen den Hut abnehmen und müssen in entsprechendem Abstand vorbeigehen. Der Einkauf in den Geschäften ist eine Stunde vor der Sperre erlaubt.

Die Abzeichen laut angeordnetem Muster muß jeder Deutsche sich selbst anschaffen. Die Nichtbefolgung dieses Befehls ist strafbar. Strafbar macht sich ebenfalls jeder Bürger anderer Nationalität, der auf irgendeine Weise die Deutschen begünstigt oder ihnen hilft.

Die österreichischen Staatsangehörigen unterliegen diesen Bestimmungen nur dann, wenn sie bei der NSDAP, der SA, SS, NSV ... oder in einer anderen Gliederung der NSDAP organisiert waren.<<

Das britische Foreign Office bestätigte am 26. Mai 1945 die Auslieferung von sowjetischen Staatsbürgern an die UdSSR (x133/343): >>Alle Personen, die Sowjetbürger sind, die dem britischen Gesetz unterliegen, müssen repatriert werden, und ... alle Personen, die dem britischen Gesetz unterliegen und nicht Sowjetbürger sind, dürfen nicht in die Sowjetunion repatriert werden, es sei denn auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Personen.<<

500 US-Fernbomber bombardierten am 26. Mai 1945 Tokio und verwüsteten über 50 % der bebauten Fläche Tokios (x040/287).

General Eisenhower rief am 27. Mai 1945 in der "Frankfurter Presse" zum Kampf gegen den "Schleichhandel" auf (x111/27): >>... Unter der alliierten Besatzung darf es weder Hamstern noch Schleichhandel geben. Die Militärregierung wird über den ordnungsgemäßen Bedarf hinausgehende Vorräte an Lebensmitteln und anderen Gütern beschlagnahmen und an Bedürftige verteilen lassen.

Landwirte werden daher gut daran tun, bisher verborgene Vorräte an die von der Militärregierung eingerichteten Märkte zu bringen und dort zu den amtlichen Preisen zu verkaufen, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten.<<

Konrad Adenauer (ab 1949 deutscher Bundeskanzler) schrieb am 27. Mai 1945 (x095/15): >>Die Verwaltung haben die Nazis in einem geradezu skandalösen Zustand zurückgelassen, man muß buchstäblich ganz von vorn wieder anfangen. Es ist unbeschreiblich schwer. Es sieht überall sehr böse aus. Man kann sich noch gar kein Bild machen, wie alles werden soll. ...<<

Stalin teilte US-Sonderbotschafter Hopkins am 27. Mai 1945 mit, daß die Nordamerikaner allein in Westböhmen 135.000 deutsche Kriegsgefangene an die Sowjets ausgeliefert hätten (x004/20).

Die "New York Times" kritisierte am 27. Mai 1945 die strenge Zensur des US-Oberkommandos (x131/82): >>Dem amerikanischen Volk werden Nachrichten vorenthalten, auf die es ein Anrecht hat. ... Es hat beinahe den Anschein, als verbrächten jetzt, wo es keinen Feind mehr zu bekämpfen gibt, hohe Offiziere der Armee einen großen Teil ihrer Zeit damit, Weisungen zur Eingrenzung der Bewegungsfreiheit und Tätigkeit von Kriegskorrespondenten zu schreiben. ...<<

Oberst Bryar informierte am 28. Mai 1945 alle britischen Offiziere über die Repatriierung der Kosaken, die in Spittal/Österreich als Kriegsgefangene inhaftiert waren, und erteilte Sicherheitsmaßnahmen, um eine reibungslose Auslieferung an die Sowjets zu gewährleisten (x133/247-248): >>1. Jeder Widerstandsversuch ist konsequent durch Scharfschießen zu unterbinden.

2. Jeder Selbstmordversuch eines Offiziers muß verhindert werden, vorausgesetzt, daß unsere Truppen dadurch nicht gefährdet werden. Falls unsere Truppen dabei der geringsten Gefahr ausgesetzt sind, soll der Selbstmord erlaubt werden. ...<<

General Helmuth von Pannwitz (1898-1947, Oberkommandierender einer Kosakendivision) wurde am 28. Mai 1945 mit 144 deutschen Offizieren durch die Briten in Judenburg/Österreich an den sowjetischen NKWD-Geheimdienst ausgeliefert (x133/321).

Die Briten berichteten später über die Auslieferung des Oberkommandierenden der Kosakendivision, General von Pannwitz (x130/265): >>General von Pannwitz war, als er aus dem Wagen stieg, der ihn über die Grenze der sowjetischen Besatzungszone in Österreich gebracht hatte, offensichtlich überrascht, die Russen zu sehen. Er warf die Arme hoch und rief: "Mein Gott". ...<<

Der tschechische Informationsminister Kopecky erklärte am 29. Mai 1945 vor Kulturschaffenden in Prag (x004/88): >>Wir wollen unseren großen Sieg über die Deutschen zu einer gewaltigen nationalen Offensive ausnutzen, um das Grenzgebiet unseres Landes von den Deutschen zu säubern.

General Svoboda schickt seine Truppen und bewährte Partisaneneinheiten, um diese Gebiete von Deutschen zu säubern. Den Truppen werden tschechische Wirtschaftler, tschechische Arbeiter folgen. Mit ihnen werden tschechische Schulen, Theater, Filme, Zeitungen und Künstler kommen. ...<<

Am 29. Mai 1945 wurde die Kundmachung Nr. 2 des Garnisonskommandanten von Neustadt-Tafelfichte/Sudetenland in tschechischer und deutscher Sprache veröffentlicht (x004/316):

>>1. Ich ordne allen Reichsdeutschen an, soweit sie nicht nachweisbar vor dem 30.09.1938 auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik ... wohnhaft waren, bis heute 18 Uhr das Gebiet des tschechoslowakischen Staates zu verlassen. Nur das nötigste Handgepäck mit persönlichen Notwendigkeiten im Gewicht von 30 kg ist erlaubt mitzunehmen. Lebensmittel auf 3 Tage.

2. Ich verbiete der gesamten Bevölkerung den Zutritt in den Wald. Arbeitseinheiten aus den Reihen der deutschen Bevölkerung dürfen nur unter Aufsicht der tschechischen Wehrmacht den Wald betreten. ... Jede Unterstützung von Wehrmachtsangehörigen der deutschen Armee, die nicht polizeilich gemeldet sind, in der Form von Lebensmitteln und jede andere Hilfe, wird mit dem Tode bestraft.

3. Ich verbiete Privatfahrten auf Motorfahrzeugen. Alle Treibstoffmittel sind an das Garnisonskommando abzuliefern. ...

4. Sämtliche privaten Telefongespräche der deutschen Bevölkerung sind verboten.

5. Sämtliche Mitglieder der NSDAP kennzeichnen sich selbst mit dem Hakenkreuz in schwarzer Farbe auf gelben Streifen. Breite der Armbinde 10 cm und Breite der Linie des Hakenkreuzes 15 mm. Diese Armbinde trägt jedes Mitglied der NSDAP - Männer und Frauen - auf dem linken Arm anstatt der weißen Binde. Durchführung bis 16 Uhr. ...

6. Sollte aus irgendeinem Hause geschossen werden, werden sämtliche Bewohner des Hauses erschossen.

7. Für jede Erschießung von tschechischen Soldaten, werden 10 Deutsche erschossen. ...

9. Jeder in der letzten Zeit unrechtmäßig erworbene Anzug- und Kleiderstoff ist sofort am Rathaus abzuliefern. Wer die oben angeführten Befehle nicht befolgt, wird verhaftet und bestraft. ...<<

Obwohl es sich bei den Kosaken (ca. 50.000 Männer, Frauen und Kinder) vielfach um Alt-emigranten handelte, die Rußland schon um 1920 verlassen hatten und nach dem Jalta-Abkommen nicht an die Sowjets ausgeliefert werden mußten, begannen die Briten in Österreich am 29. Mai 1945 mit der Auslieferung sämtlicher Kosaken (x130/264-265).

In der zerstörten Reichshauptstadt beseitigten am 30. Mai 1945 "zentralgeleitete Arbeitskräfte" zwangsweise die ersten Trümmerberge (x111/28): >>Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! ...<<

Montgomery erklärte am 30. Mai 1945 in der britischen Besatzungszone (x111/28): >>Mein unmittelbares Ziel ist es, für alle ein einfaches und geregeltes Leben zu schaffen. In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung folgendes hat: Nahrung, Obdach, Freisein von Krankheit. ...

Alle deutschen Soldaten, Flieger und Matrosen werden nach ihren Handwerken und Berufen gemustert. In wenigen Tagen wird damit angefangen werden, sie von der Wehrmacht zu verabschieden, damit sie mit der Arbeit beginnen können. Vorrecht in der Dringlichkeit hat die Ernte; darum werden Landarbeiter zuerst entlassen. Die Entlassung von Männern in anderen Handwerken und Berufen erfolgt, sobald es taktisch möglich ist.<<

In Brünn begann am 30. Mai 1945 die gewaltsame Austreibung von etwa 25.000 Deutschen. Der lange Marsch an die österreichische Grenze wurde für ungezählte Deutsche zum Todesmarsch.

Im Gefangenenerlager Peggetz/Österreich wurde am 30. Mai 1945 die Auslieferung von weiteren Kosaken vorbereitet.

Verzweifelte Kosaken-Offiziere übergaben dem britischen Oberst Malcolm am 30. Mai 1945 mehrere Bittschriften, die an König Georg VI., den Erzbischof von Canterbury und an Winston Churchill gerichtet waren (x133/279): >>Wir ziehen den Tod der Rückkehr nach Sowjetrußland vor, wo wir zu langwieriger und systematischer Ausrottung verdammt sind. Wir, Ehemänner, Frauen, Mütter, Brüder, Schwestern und Kinder beten für unsere Rettung!!! ...<<

Die polnischen Behörden ordneten am 31. Mai 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen "wilde Ausweisungen" an. In den folgenden Wochen und Monaten trieb die Miliz mehrere hunderttausend Deutsche gewaltsam über die Oder und Neiße nach Westen. Zur gleichen Zeit staute sich am westlichen Ufer der Neiße, im Raum Görlitz, ein großer Rückwanderungsstrom.

NKWD-Einheiten richteten Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein. Die deutschen Häftlinge kamen hauptsächlich aus den sowjetischen Internierungslagern Mühlberg, Torgau und dem NKWD-Gefängnis Magdeburg (x126/182).

Berlins Oberbürgermeister Werner rief am 31. Mai 1945 zum Arbeitseinsatz auf (x111/28-29): >>Berliner!

Hitlers Kriegsverbrechen hat unsere Heimatstadt in die tiefste Katastrophe ihrer Geschichte gestürzt. Es gibt jetzt nur einen Ausweg: Durch friedliche Arbeiten den Schutt und die Ruinen wegräumen und dann wieder aufbauen.

Jeder der uns daran hindert, ist ein Volksfeind, ein gewissenloser Verbrecher an unserer Heimat, an unseren Frauen und Kindern. ...

Die verdiente Strafe wird jeden Attentäter und Brandstifter treffen. Er wird mit seinem Leben büßen.

Jeder, der einen Anschlag auf einen Angehörigen der Besatzungstruppen oder einen Träger der öffentlichen Funktionen unternimmt oder aus politischer Feindschaft eine Brandstiftung verübt, reißt außerdem 50 ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei mit sich in den Abgrund. Ihr Leben ist zugleich mit dem Leben des Attentäters oder Brandstifters verwirkt.<<

In den Westzonen hielten sich am 31. Mai 1945 noch etwa 4.250.000 "Displaced Persons" auf (x118/197): >>1.500.000 Russen, 1.200.000 Franzosen, 600.000 Polen, 350.000 Italiener,

200.000 Holländer, 200.000 Belgier, 100.000 Jugoslawen, 60.000 Tschechoslowaken sowie je 10.000 Luxemburger, Griechen, Dänen und Norweger.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die "Displaced Persons" (x024/195-196): >>... 1945 befanden sich auf dem deutschen Gebiet in den vier Besatzungszonen rund 11,3 Millionen Menschen, die nicht dem deutschen Volk angehörten. In den drei Westzonen waren es etwa 6,4 Millionen. Die Amerikaner faßten sie mit dem Begriff "DP" – Displaced Persons – zusammen, obwohl sie völlig unterschiedlicher Herkunft waren. Die "entheimateten" Ausländer waren z.B. ehemalige "Fremdarbeiter", KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene oder Angehörige der Wlassow-Armee, die auf deutscher Seite gekämpft hatte. Die Sammelbezeichnung verwischte im Bewußtsein der Öffentlichkeit die gravierenden Unterschiede.

So wie die Politik der Siegermächte darauf angelegt war, die Deutschen für das "Dritte Reich" zu bestrafen, so trieben sie jetzt für die DPs eine Art Wiedergutmachungspolitik, die eine wesentliche Besserstellung gegenüber den Deutschen bewirken sollte. Die Deutschen hatten aus der Sicht der Alliierten gerechterweise jetzt auch für die Ernährung und Unterbringung der heimatlosen Ausländer zu sorgen.

Da die ehemalige deutsche Regierung für die Anwesenheit dieser Menschen verantwortlich war, war es durchaus naheliegend, diese Folgelasten den Deutschen aufzubürden. Ungerecht aber war der krasse Unterschied, der jetzt – geradeso wie im deutschen Unrechtsstaat – wiederum zwischen den Menschen gemacht wurde.

Obwohl für eine ausreichende Ernährung alle Menschen die gleiche Nahrungsmenge brauchen, gab es zwischen Deutschen und den DPs bei der Kalorienzuteilung jetzt große Unterschiede. Während erstere täglich eine Nahrungsmenge von 1.550 Kalorien erhalten sollten, die aber in vielen Monaten nicht erreicht wurden und zeitweilig auf nur 800 Kalorien absanken, wurde von der UNRRA, der Wiederaufbau- und Rehabilitationsorganisation der Vereinten Nationen, die tägliche Ration der Nahrungsmenge für die von ihr betreuten DPs auf 2.650 Kalorien festgesetzt – also fast das Doppelte. ...<<

Die nationalsozialistische Benesch-Partei veröffentlichte am 31. Mai 1945 die Broschüre "My a Nemci" - "Wir und die Deutschen" - (x004/71): >>Der Teufel spricht deutsch. Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere. Derjenige tschechische Vater, der seine Kinder nicht zum Haß gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater. ... Wie kann man nur ein tschechisches Kind dazu erziehen, solche deutschen Mitmenschen zu lieben? ...

Das ganze deutsche Volk ist für Hitler, Himmler, Henlein und für Frank verantwortlich, und das ganze Volk muß auch die Strafen für die begangenen Verbrechen tragen. Jeder von uns müßte es als inhuman, unmenschlich betrachten, wenn die Deutschen ihrer totalen Bestrafung entgehen würden.<<

Tausende von geflüchteten Schlesiern verließen am 31. Mai 1945 das Sudetenland, um in ihre Heimat zurückzukehren.

SS-Gruppenführer Globocnik wurde am 31. Mai 1945 in Kärnten verhaftet und beging in britischer Gefangenschaft Selbstmord (Zyankali). Globocnik (Spitzname: "Globus") war u.a. auch für die Errichtung der Vernichtungslager Belzec, Sobibór, Majdanek und Treblinka verantwortlich.

Ein deutscher Wehrmachtssoldat berichtete damals über die Kriegsgefangenschaft im Fort Knox in Kentucky (x292/206): >>... Ohne zu wissen, was uns erwartete, wurden an einem Sonntagnachmittag Ende Mai alle Lagerinsassen in ein Filmtheater geführt. Man zeigte uns die Filmaufnahmen, die amerikanische Frontberichterstatter unmittelbar nach der Befreiung des KZ Buchenwald gedreht hatten.

Lähmendes Entsetzen, Trauer und Scham packten uns angesichts dieser grauenvollen Bilder. Auch beim letzten Zweifler hätte nun endlich die Erkenntnis reifen müssen, daß wir einem verbrecherischen Regime gedient hatten und schändlich mißbraucht worden waren. Es war ein furchtbarer Friede – selbst im entfernten Fort Knox. ...<<

NKWD-Einheiten errichteten im Mai 1945 im Dorf Weesow (nordöstlich von Berlin) ein sowjetisches Internierungslager. Das Internierungslager Weesow wurde danach überwiegend als Durchgangslager genutzt (x126/168).

Ein Angehöriger der US-Besatzungstruppen berichtete im Mai 1945 über die Zustände in Frankfurt/Main (x114/2.57): >>Frankfurt ist zu 80 bis 90 Prozent zerstört. Nach der Ausgangssperre um 19 Uhr schallen die Stiefel der GIs wie Schritte in einer Gruft. Man hört keine Hunde bellen und keinen Laut von anderen Tieren. Die Leute, die im Stadtgebiet bleiben, verkriechen sich in die Keller, haben vielleicht nur das Wasser, was sie in Kübeln von einer zentralen Zisterne holen, und haben kein Licht, ganz zu schweigen von anderen Einrichtungen, die ihre Lage erleichtern könnten.

Wir waren in den Überresten eines Hotels untergebracht; ein paar Räume waren notdürftig zurechtgezimmert worden, und der Besitzer des Hotels stellte jedem von uns einen kleinen Kübel mit Wasser zur Verfügung. Andere Einrichtungen gab es nicht, und die GIs hatten in der ehemaligen Grünanlage vor dem Eingang provisorisch eine Grube gegraben. Die Einheimischen erledigten dieses Geschäft offenbar wie die Tiere, d.h. sie erledigten es irgendwo in den Trümmern und deckten nachher alles zu.

Das trifft natürlich nur auf die Armen zu. Die Reichen leben von all dem ziemlich unberührt in den Vororten oder den umliegenden Städten wie Bad Homburg oder Ursel; sie wohnen dort mit ihren Dienern und haben fast allen Luxus.

Ich weiß das, weil ich mehrere Direktoren und Techniker aus ihren Häusern abgeholt und die Gelegenheit wahrgenommen habe, mir die Häuser sehr gründlich anzusehen. Außerdem hatte die Bourgeoisie anscheinend reichlich zu essen, frisches Gemüse, Eier und Milch, ausreichend Eingemachtes und Konserven aller Art.

Die in den Städten zurückgebliebenen Armen stehen fast den ganzen Tag an, um das bißchen zu erhalten, was sie überhaupt bekommen konnten.<<

Im Mai 1945 wollten immer mehr ostdeutsche Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.

In Brünn wies Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen würde und daß die Liquidierung der Deutschen 100 %ig sein müßte (x025/95).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 z.B. über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/105-115): >>... Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" ("odsun") vorbereitet und kann nur so verstanden werden.

Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des Exilpräsidenten Benes (Benesch) mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. ...

Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten als spontane Handlungen radikaler Elemente, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden. Aber als diese Aktionen den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der

SNB, vor allem die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda, beteiligt.

... Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln. Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt.

In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt. Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich die Elendsmärsche, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brünnener Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau. ...

Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurde. ... Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.

Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihre Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzesten Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen.

Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.

Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwachposten gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch, wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren. Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polnischen Austreibungsaktionen. ...

Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge staute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrte. ...

Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. ... Am berüchtigtsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brünnener Deutschen. Über 20.000 Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden ... am 30. Mai zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt.

Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzposten den weiteren Übertritt verhinderten, brachte

man die Masse dieser 20.000 in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.

Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter von Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung so vieler Menschen fehlte, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.

In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. ...

Der Höhepunkt der ersten "wildern" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli. ... Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechische Gebiete geschafft wurden. ...

Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Ausiedlung interniert wurden. Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. ...

Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden. ...

Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutsche trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige Rechtlosigkeit brachten. ...

Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industriebezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und -mähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden. Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten.

Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab. ...

Die Austreibungsaktionen von Kriegsende bis in den Spätsommer 1945 scheinen zwar nicht von einer offiziell damit betrauten zentralen Stelle gelenkt worden zu sein wie die spätere organisierte Ausweisung, ihre Durchführung wäre aber ohne die Weisung und das Wissen hoher Regierungsstellen nicht möglich gewesen. Die planmäßige Verwendung der Svoboda-Armee bei den Austreibungen im Regierungsbezirk Aussig und auch die Bereitstellung des umfangreichen Eisenbahnmaterials für den Abtransport von Hunderttausenden sprechen dafür. ...

Die Mahnung zur Mäßigung, die auch Benes in einer Rede in Pilsen am 15. Juni aussprach, war dagegen nicht ein Abrücken von der Austreibung selbst, sondern nur ein Versuch, den vor allem in England laut gewordenen Vorwürfen und Bedenken zu begegnen, damit das Vertrei-

bungsprogramm in seiner Gesamtheit auf der bevorstehenden alliierten Konferenz nicht gefährdet würde.

Der Sanktionierung der bereits begonnenen Vertreibung des gesamten Sudetendeutschtums galten daher alle diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung. Ministerpräsident Fierlinger vergewisserte sich Ende Juni während seines Moskauer Besuchs noch einmal der sowjetischen Unterstützung für die tschechischen Pläne. In einer Note, die den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion am 3. Juli überreicht wurde, ersuchte die tschechoslowakische Regierung um die Aufnahme des Vertreibungsprogramms in die Tagesordnung der Potsdamer Konferenz und legte den drei Großmächten am 22. Juli einen Plan für die Ausweisung der Deutschen vor.

Die Potsdamer Konferenz hieß dann auch den "Bevölkerungstransfer" aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im ganzen gut, knüpfte daran allerdings die Aufforderung, u.a. auch an die tschechoslowakische Regierung, vorerst weitere Austreibungen aufzuschieben, bis der Kontrollrat das ganze Problem geprüft habe. ... Angesichts des vollen diplomatischen Sieges, den die tschechische Regierung in der Frage des "Odsun" damit grundsätzlich erreicht hatte, kam sie dieser Forderung der Großmächte nach. ...<<

Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mittleuropa

Das Schicksal der deutschen Flüchtlinge wurde damals in erster Linie durch die Angriffsrichtung und Schnelligkeit der sowjetischen Truppen bestimmt. Da die Rote Armee überraschend schnell nach Westen stürmte, wurden viele Flüchtlingstrecks frühzeitig eingeholt und wichtige Fluchtwege versperrt, so daß schon im Januar 1945 große Rückkehrbewegungen entstanden. Bis zum Kriegsende zogen ununterbrochen Tausende von Flüchtlingen, die durch feindliche Truppen überholt worden waren, in ihre Wohnorte zurück. Nach der Kapitulation im Mai 1945 folgten weitere Rückwanderungswellen.

Aufgrund der z.T. großen Entfernungen, der ständigen Überfälle und der langen Zwangsaufenthalte dauerte die Rückkehr nicht selten Wochen oder sogar Monate. Falls die Heimkehrer nicht gerade Zwangsarbeiten leisten mußten oder willkürlich inhaftiert wurden, schafften sie täglich etwa 20 km.

Der Fußmarsch von Kolberg (Ostpommern) bis nach Heilsberg (Ostpreußen) dauerte z.B. 12 Tage.

Weitere Beispiele: Küstrin (Ostpommern) - Heilsberg (Ostpreußen) = 20 Tage.

Karthaus (Westpreußen) - Kreis Bartenstein (Ostpreußen) = 59 Tage.

Nach den unendlichen Flucht- und Rückkehrstrapazen war der körperliche und seelische Allgemeinzustand aller Ost- und Volksdeutschen katastrophal. Tausende von Flüchtlingen kamen sterbenskrank oder zu Tode erschöpft in ihren Heimatorten an. Hier warteten weitere Schicksalsschläge auf die völlig abgerissenen, halbtoten Rückkehrer. Die Häuser und Wohnungen waren im allgemeinen völlig ausgeplündert, sinnlos zerstört oder wurden schon von neuen "Eigentümern" bewohnt.

Bis zur Kapitulation konnten nur ca. 8.375.000 (49 %) Reichs- und Volksdeutsche in den Westen des Deutschen Reiches bzw. in die Tschechoslowakei (CSR) fliehen. In Mitteldeutschland und im Sudetenland gerieten später aber noch Hunderttausende in sowjetische Gewalt, so daß etwa 1.717.000 Flüchtlinge zwangsweise oder freiwillig in ihre Heimat zurückkehrten. Im Juni 1945 hielten sich rd. 10.270.000 Reichs- und Volksdeutsche in Ost-Mittleuropa (ohne spätere DDR) auf.

Die Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mittel-europa (ohne zum Kriegsdienst eingezogene Männer). In Zahlen und Prozenten (Anteil der deutschen Bevölkerung in v.H.):

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
<u>Memelland</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	134.000	100
Nach Ostpreußen flüchten ab Oktober 1944	- 70.000	- 52
Nach Westen flüchten ab Oktober 1944	- 34.000	- 26
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	<u>30.000</u>	<u>22</u>
<u>Ostpreußen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944 1)	2.519.000	100
Flüchtlinge aus dem Memelland (Oktober 1944)	70.000	3
Evakuierung und "stille Abwanderung" bis Ende 1944	- 765.000	- 30
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.350.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	474.000	19
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>296.000</u>	<u>11</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>770.000</u>	<u>30</u>
<u>Ostpommern</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	1.861.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 1.011.000	- 54
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	850.000	46
Rückkehrer aus Danzig	<u>150.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>1.000.000</u>	<u>54</u>
<u>Ostbrandenburg</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	660.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 360.000	- 55
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	300.000	45
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	<u>50.000</u>	<u>8</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>350.000</u>	<u>53</u>
<u>Schlesien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	4.718.000	100
Nach Sachsen und Thüringen flüchten ab Januar 1945	- 1.618.000	- 34
Flucht in den Reichsgau Sudetenland ab Januar 1945	- 1.600.000	- 34
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	1.500.000	32
Rückkehrer aus den westlichen Reichsgebieten	200.000	4
Rückkehrer aus dem Reichsgau Sudetenland	<u>800.000</u>	<u>17</u>
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	<u>2.500.000</u>	<u>53</u>
<u>Danzig</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	404.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 204.000	- 50
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	200.000	50
Rückkehrer	_____.	_____.
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>200.000</u>	<u>50</u>
<u>Polnische Gebiete des Reichsgaues Danzig/Westpreußen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	372.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 232.000	- 62
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	140.000	38
Rückkehrer aus Danzig und Ostpommern	<u>46.000</u>	<u>12</u>
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	<u>186.000</u>	<u>50</u>

Deutsche Bevölkerung in Zahlen:	Flüchtlinge	%
<u>Reichsgau Wartheland, Ostoberschlesien und Generalgouvernement</u>		
Bevölkerungsstand Februar/März 1944	1.230.000	100
Nach Westen flüchten ab Januar 1945	- 770.000	- 63
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	460.000	37
Rückkehrer	154.000	13
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Juni 1945)	614.000	50
<u>Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei</u>		
Bevölkerungsstand Januar 1945	3.600.000	100
Flüchtlinge aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien	100.000	3
Flüchtlinge aus Schlesien	1.600.000	44
Nach Westen flüchten ab April 1945	- 911.000	- 25
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene 2)	4.389.000	122
Rückkehrer nach Schlesien	- 800.000	- 22
Rückkehrer nach Ungarn und in die Slowakei	- 100.000	- 3
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (ab Mai 1945)	3.489.000	97
<u>Estland, Lettland und Litauen</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	23.000	100
Nach Westen flüchten in 1944	—	—
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	23.000	100
Rückkehrer	—	—
Bevölkerungsstand 1944/45	23.000	100
<u>Jugoslawien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	360.000	100
Nach Westen flüchten bis September 1944	- 160.000	- 44
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	200.000	56
Rückkehrer	—	—
Bevölkerungsstand 1944/45	200.000	56
<u>Rumänien</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	504.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	-100.000	- 20
Unterwegs überrollt und Zurückgebliebene	404.000	80
Rückkehrer	—	—
Bevölkerungsstand 1944/45	404.000	80
<u>Ungarn</u>		
Bevölkerungsstand im Februar/März 1944	543.000	100
Nach Westen flüchten bis Oktober 1944	- 60.000	- 11
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	483.000	89
Rückkehrer	21.000	4
Bevölkerungsstand vor der Vertreibung	504.000	93
<u>Ost-Mitteleuropa (ohne UdSSR):</u>		
Bevölkerungsstand 1944/45	16.928.000	100
Nach Westen flüchten 1944/45	-8.375.000	- 49
Unterwegs Überrollte und Zurückgebliebene	8.553.000	51
Rückkehrer aus westlichen Reichsgebieten	1.717.000	10
Bevölkerungsstand vor der Austreibung (Mai/Juni 1945)	10.270.000	61

Quellen: "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (x001/78E, x004/17-18, x006/89E, x007/75E, x008/40E).

1) Einschl. der 765.000 Ostpreußen und "Bombenflüchtlinge", die bereits bis Ende 1944 evakuiert wurden oder flüchteten.

2) Ca. 800.000 schlesische Flüchtlinge, die nach dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgetrieben wurden, und ca. 100.000 Flüchtlinge (aus der Slowakei, Ungarn und Rumänien) sind nicht enthalten.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/70E-76E):

>>Die Rückwanderung innerhalb der Oder-Neiße-Linie begann schon sehr zeitig. In den polnischen Gebieten, in Ostpreußen, in Ostbrandenburg, in Teilen Westpreußens und im südlichen Streifen Ostpommerns machten sich bereits seit den letzten Januartagen Tausende auf den Rückweg, nachdem das schnelle Vordringen der Russen eine weitere Flucht unmöglich gemacht hatte.

Eine neue Welle der Rückwanderung folgte vor allem im März, als von Ostpommern und Danzig her zahlreiche Deutsche aus Ost- und Westpreußen wieder in ihre Heimat zogen und gleichzeitig auch die während der Flucht von sowjetischen Truppen überrollte Bevölkerung Ostpommerns in ihre Heimatorte zurückstrebte.

Eine Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen aus Gegenden außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete erfolgte dagegen erst nach dem Waffenstillstand und zwar im wesentlichen nur aus den Flüchtlingsaufnahmegebieten Böhmens und Mitteldeutschlands, die entweder schon bei Kriegsende von russischen Truppen besetzt waren oder später der russischen Besatzungsmacht unterstellt wurden. ...

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der durch die Flucht versprengten deutschen Bevölkerung durchaus nicht einheitlich. Die auf der Flucht befindlichen Trecks, die unterwegs in russische Hände fielen, wurden in vielen Fällen sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen wenigstens die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Heimatorte erteilt. In anderen Fällen wieder kümmerte man sich wenig um sie, ließ sie bleiben, wo sie waren, registrierte sie an ihren Zufluchtsorten und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...

Auch an anderen Stellen erscheint die Haltung der Russen undurchsichtig und widerspruchsvoll. ...

Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute. Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. ...

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behindert oder vereitelt. Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. ...

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. ...

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. ...

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in die Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. ...

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rd. 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden.

... Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann. ... Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Art beteiligten.

...

Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert. ... Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

... An der schlesischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen. ...

Zusammen mit rd. 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, waren es rd. 1,0 Millionen Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rd. 2,5 Millionen Menschen angewachsen ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141-142): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.

Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlorenen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten.

Die Rückkehr spielte sich in verschiedenen Phasen ab. Die ersten, die zurückkehrten, waren die Flüchtlinge, die vom raschen sowjetischen Vormarsch abgeschnitten worden waren. Bereits in den letzten Januartagen 1945 kehrten viele Ostpreußen in die heimatlichen Orte zurück. Dann folgten eine zweite Welle der Rückwanderung im März und eine dritte nach der Kapitulation am 7./8. Mai 1945.

Die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten – in Sachsen, Brandenburg und Westpommern – hatten ihre Heimorte vor der Roten Armee verlassen,

ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein. Deshalb wollten sie ihr weiteres Schicksal lieber in der Heimat abwarten, zumal sich die russischen Truppen nach der Kapitulation sehr viel disziplinierter zeigten als vorher.

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der Flüchtlinge durchaus nicht einheitlich. In vielen Fällen wurden Trecks sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen die Erlaubnis zur Rückkehr erlaubt. In anderen Fällen registrierte man sie und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung. ...

Es scheint, daß vor der Potsdamer Konferenz die russischen Militärbefehlshaber keine Anweisungen über die geplante Vertreibung der Deutschen erhalten hatten. Es war zunächst militärisch sinnvoll, Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung dadurch zu erreichen, daß jeder in sein Heimatgebiet zurückkehrte.

Insgesamt gesehen war die sowjetische Haltung undurchsichtig und widerspruchsvoll, denn manchmal haben die Russen die von den polnischen Behörden schon vor der Potsdamer Konferenz begonnenen Ausweisungsaktionen in Einzelfällen behindert, in den meisten Fällen aber gebilligt. ...

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, bis sie ihre Heimat erreichten, und viele mußten erleben, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch übertraf. Der Eisenbahnverkehr lag still, Trecks waren ihrer Pferde beraubt worden, Gepäckstücke waren restlos ausgeplündert.

Die Rückkehrer zogen meistens zu Fuß durch abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Leichen von Soldaten und Zivilisten verwesten. Es gab kein Deutsches Rotes Kreuz mehr, keine Hilfeleistungen von deutschen Soldaten oder Regierungsstellen. Hunger und Durst forderten neue Opfer. Sie fürchteten nicht nur die sowjetischen Truppen, sondern auch die polnische Miliz. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr aus der CSR (x004/26-27): >>Der größte Teil der aus dem Ostsudetenland und dem östlichen Protektoratsgebiet geflohenen Deutschen wurde in Westmähren und den unmittelbar benachbarten Bezirken Böhmens vom Ausbruch des tschechischen Aufstandes und vom deutschen Zusammenbruch überrascht.

Besonders hart war das Schicksal derjenigen, die sich zu diesem Zeitpunkt im innertschechischen Gebiet befanden; denn neben den Drangsalierungen durch Rotarmisten waren sie der Willkür und den Haßgefühlen der tschechischen Aufständischen, aber auch der Behörden und der Zivilbevölkerung ausgeliefert. Der Verlust der geretteten Habe durch Plünderung und Konfiskation war noch das geringste Übel. Die Not steigerte sich durch Ausschreitungen aller Art und den Entzug der persönlichen Freiheit mit Zwangsarbeit und Internierung. Soweit die Flüchtlinge den Internierungs- und Sammellagern entgehen konnten, schlugen sie sich unter großen Entbehrungen in ihre Heimatsorte durch.

Im Osten des Schönhengstgaus (in den Kreisen Mährisch Trübau, Zwittau, Landskron und Hohenstadt), wo der größte Teil der aus dem östlicheren Sudetenland geflohenen deutschen Bevölkerung eine Zuflucht gefunden hatte und auch in anderen Gebieten wurden die Flüchtlinge von den neugebildeten tschechischen Verwaltungsorganen zur sofortigen Rückkehr aufgefordert, und zwar mit dem Hinweis, daß der bei der Flucht zurückgelassene Besitz bei einer längeren Abwesenheit des Besitzers beschlagnahmt würde. ...

Da aber plündernde Rotarmisten die Hauptstraßen unsicher machten, zogen die meisten ... auf kaum befahrbaren Seiten- und Gebirgsstraßen und oft auf weiten Umwegen heimwärts. Meist blieben alle diese Vorsichtsmaßnahmen erfolglos. Trotz Umgehung der von den Sowjets oder Tschechen besetzten Ortschaften und Übernachtung in Wäldern griffen Streifen viele Rückkehrer auf, konfiszierten Pferde und Wagen und lieferten die Menschen in Sammel- und In-

ternierungslager ein. Soweit sie nur vorübergehend festgehalten wurden, mußten sie zu Fuß den Weg fortsetzen, da die Benutzung der Verkehrsmittel für die Deutschen inzwischen verboten worden war.

Die Evakuierten, die seinerzeit mit Autobussen oder der Bahn abtransportiert worden waren, erhielten nur in wenigen Fällen eine Fahrgenehmigung, oder wurden, als Deutsche erkannt, aus dem Zug geholt; meist mußten sie auch zu Fuß den Rückweg antreten. Sie ließen das gerettete Gepäck in ihren bisherigen Aufenthaltsorten, in der Hoffnung, es später einmal nach Normalisierung der Verhältnisse holen zu können. ...

Die Heimkehrenden fanden ihre Wohnungen und Höfe, soweit sie nicht schon in den Kämpfen zerstört worden waren, entweder ausgeplündert oder beschlagnahmt und von Tschechen besetzt vor. Sie mußten bei Nachbarn, Verwandten oder Bekannten Unterkunft suchen oder wurden gleich in Lager eingewiesen, die vor allem im tschechischen Gebiet vielerorts errichtet worden waren. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die Rückkehr nach Jugoslawien (x006/101E-102E): >>Aus Deutschland gelangten nur wenige an die jugoslawische Grenze, meist indem sie sich den Rücktransporten der jugoslawischen Deportierten anschlossen. Aus Österreich machten sich Jugoslawien-Deutsche in Richtung Slowenien in geschlossenen Transporten, die z.T. von der amerikanischen Militärregierung zusammengestellt wurden, auf den Weg nach Österreich. Sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen, nach Ungarn abgelenkt oder über Agram in Durchgangslager wie Pisаница gebracht, von wo sie bald wieder nach Hause entlassen wurden.

Rückwanderertrucks aus Niederösterreich, der CSR und Ungarn, wo das Kriegsende die Flüchtlinge überrascht hatte, erreichten nach dem Anmarsch durch Südungarn den Norden der Woiwodina. Auch sie wurden entweder an der Grenze abgewiesen oder nach kurzem Aufenthalt im Sammellager Subotica außer Landes verwiesen, häufig heimlich über die ungarische Grenze getrieben oder in das Lager Sekic geschafft, aus dem sie Ende 1945 nach Gakovo gebracht wurden. ...

Nachträglich wurde so auch die Flucht dieser nunmehr Rückkehrwilligen dadurch zur Vertreibung, daß man ihnen die Heimkehr und den Aufenthalt im Lande verweigerte. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Rückkehr nach Rumänien (x007/93E-97E): >>Fast schwerer als das Los der in Rumänien Zurückgebliebenen war das Schicksal derjenigen Volksdeutschen, die als Umsiedler oder Flüchtlinge in den "eingegliederten" polnischen Gebieten, in der Tschechoslowakei und in den östlichen Teilen Österreichs vom Strudel des deutschen militärischen Zusammenbruchs erfaßt wurden.

Mit der übrigen deutschen Bevölkerung der Ostgebiete hatten zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 1945 auch die in den damaligen "Reichsgauen" Danzig-Westpreußen und Wartheland ausgesiedelten Volksdeutschen aus Bessarabien, der Bukowina und der Dobrudscha den Evakuierungsbefehl erhalten. ...

Für die östlichsten deutschen Gemeinden war der Fluchtbefehl zu spät, gekommen, so daß eine geregelte Flucht nicht mehr möglich war. Ein Teil der Flüchtlingstrecks wurde noch vor Erreichen der Oder von den vordringenden Sowjets überholt und zur Umkehr gezwungen. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer wurden teilweise sofort erschossen, die übrigen in die Sowjetunion verschleppt. Frauen und Kinder mußten nach Plünderung ihrer Habe durch die erbitterten Polen an ihre Ansiedlungsorte zurückkehren, um dort, teils in Lagern, teils unmittelbar polnischen Bauern zugewiesen, zur Arbeit eingesetzt zu werden.

Für die aus der Sowjetunion stammenden Volksdeutschen, zu denen auch Bessarabien- und Nordbuchenland-Deutsche gezählt wurden, ordneten die sowjetischen Militärbehörden eine Rückführung an, der in den meisten Fällen eine Verschleppung von Volksdeutschen ins Innere

der Sowjetunion folgte; eine größere Gruppe von Volksdeutschen aus der Nord-Bukowina lebt noch heute in Stalinabad in der asiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan.

Ungeachtet ihrer deutschen Staatsangehörigkeit wurden wie die von der Sowjetunion beanspruchten Volksdeutschen auch ein Teil der im rumänischen Teil der Bukowina sowie in der Dobrudscha beheimateten Deutschen in den Jahren 1945/46 nach Rumänien zurücktransportiert. Die übrigen mußten, soweit sie nicht vorher fliehen konnten, vielfach jahrelang warten, bis sie, zum Teil erst 1950, nach Deutschland entlassen wurden. ...

... Sie hatten ihre rumänische Staatsbürgerschaft und alle Besitzansprüche verloren. Ihre Dörfer und Höfe waren verfallen oder anderweitig ... belegt worden. Von den Grenzbehörden nach kurzer Untersuchung und Registrierung entlassen, wurden die volksdeutschen Rückkehrer in ihren Heimatbezirken vielfach sofort wieder erfaßt und in Arbeitslager in verschiedenen Teilen des Landes eingewiesen. Soweit sie in ihren alten Dörfern Unterkunft fanden, mußten sie sich mit Erntearbeit, Aushilfe in rumänischen Haushalten und Gelegenheitsarbeiten aller Art unter erbärmlichen Bedingungen ihr Brot verdienen.

Wenn sie die alteingesessene rumänische und tatarische Bevölkerung auch oft bedauerte, ja ihnen sogar zu helfen suchte, so waren sie doch, besonders von den Neuzugezogenen, zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt. So machten die meisten der Rückwanderer von der gebotenen Möglichkeit Gebrauch, sich Anfang 1947 auf Antrag aus Rumänien ausweisen zu lassen, um dann in geschlossenen Transporten zunächst in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands übergeführt zu werden.

Die Gesamtzahl der von den Sowjets nach Kriegsende nach Rumänien repatriierten volksdeutschen Umsiedler ist nicht genau feststellbar. ...

... Einigen Trecks war auf Befehl des zuständigen Gauleiters noch kurz vor Linz die Weiterfahrt in das mit Flüchtlingen überfüllte Oberösterreich untersagt worden. Schon Ende Mai 1945 erging allgemeiner Rückführungsbefehl der sowjetischen Besatzungsmacht, auf Grund dessen die örtlichen österreichischen Stellen die Flüchtlinge unter Verweigerung weiterer Lebensmittelkarten zum Aufbruch nötigten.

Wiederum kam es zu Trecks, die auf wohlbekanntem Wege, diesmal unter russischer Eskorte in mehrwöchigem Marsch nach Rumänien zurückzogen. Daneben wurden auch in Österreich im Laufe des Juni zahlreiche Bahntransporte zusammengestellt. Die Versorgung war in jedem Fall schlecht. Züge wie Trecks wurden, trotz z.T. anständigen Verhaltens der sowjetischen Begleitmannschaften, vielfach überfallen und ausgeraubt. ...

Insgesamt dürften im Sommer 1945 ... zwischen 15.000 und 20.000 volksdeutsche Flüchtlinge aus Siebenbürgen und dem Banat nach Rumänien zurückgekehrt sein. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1956 über die Rückkehr nach Ungarn (x008/67E-69E): >>... Seit 1945 sind Rückkehrer, einzeln oder in Gruppen, freiwillig und auf eigene Faust oder in geschlossenen Transporten wieder nach Ungarn eingeströmt. ...

Viele Evakuierte wurden noch in Österreich oder in der Tschechoslowakei in ihren Notquartieren von den Russen überrollt, die einer gewünschten Rückkehr nichts in den Weg legten, sie in den meisten Fällen sogar befürworteten oder anbefahlen. In dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet - z.B. in Thüringen - wurden ganze Flüchtlingszüge zusammengestellt, die um die Jahreswende 1945/46 in Ungarn eintrafen. ...

Man schickte zunächst alle Flüchtlinge ganz allgemein in ihre Heimatorte zurück, um Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine genauere Kontrolle der Bevölkerung zu erreichen. Diese Maßnahmen stehen in keinem Zusammenhang mit der grundsätzlichen Einstellung der sowjetischen Politik zur Vertreibung. Ebenso suchten die Amerikaner in Bayern, die obdachlosen Flüchtlinge wieder in die Heimat abzuschieben.

Gegen offizielle Transporte konnten die Madjaren nichts unternehmen, die private Rückkehr

suchten sie durch Sperrung der Grenzen zu verhindern. Einzelne zusammengebliebene Trecks gelangten mit einigem Glück trotzdem wieder in ihre Heimatorte. Die meisten wurden an der Grenze gestoppt. Sie warteten dann wochenlang in Österreich auf eine günstige Gelegenheit, um durchzuschlüpfen zu können und suchten endlich ihre alten Quartiere auf oder blieben für dauernd in Österreich. ...

Die heimkehrenden Kriegsgefangenen hatten es als Einzelpersonen beim Grenzübertritt leichter, da sie nicht auf die offiziellen Übergangsstellen angewiesen waren. Um so vorsichtiger mußten sie im Lande selbst sein. Als ehemalige Angehörige der Waffen-SS gehörten sie zu der am meisten belasteten Kategorie und wurden gleich nach ihrem Auftauchen im Heimatort verhaftet, zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt oder zum mindesten interniert. Wer von ihnen Glück hatte und den Razzien entging, arbeitete eine Zeitlang als Knecht in einer möglichst weit vom Heimatort entfernten Gegend und schlug sich dann auf Schleichwegen über Österreich nach Deutschland durch.

... Im Oktober und November 1947 folgten Aufhebungsverordnungen für Industrie- und Landarbeiter sowie für unentbehrliche Handwerker, die auch als Volksbundmitglieder und SS-Zwangsrekrutierte nicht mehr ausgesiedelt werden durften. Diese Bestimmungen gewannen allerdings keine besondere Bedeutung mehr, weil im Herbst 1947 die Vertreibungsaktion ohnedies eingestellt wurde. ...<<

Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte.

Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte. Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfbgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungs-

gebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besetzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-89E):

>>Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjetunion zugesprochen werden solle. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. ...

Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenig Tausend Deutsche. Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden.

...

Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. ... Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte.

Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.

Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausenden, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen. ... Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über das Schicksal der Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich

der Oder-Neiße-Linie (x001/104E,109E-112E): >>Während sich das reguläre polnische Militär als Besatzungstruppe offenbar im allgemeinen korrekter verhielt als die russischen Truppen, wurde die aus bewaffneten polnischen Zivilisten bestehende polnische Bürgermiliz bald von der deutschen Bevölkerung mehr gefürchtet als die Truppen der Roten Armee. ... <<

>>... Als "Organ der öffentlichen Sicherheit" herrschte in den deutschen Dörfern und Städten die polnische Miliz. ... Meist nach dem Belieben der einzelnen sowjetischen Kommandanten und der polnischen Ortsgewaltigen aufgestellt, waren die lokalen Milizeinheiten oft aus sehr fragwürdigen Elementen zusammengesetzt. Ihre überstürzte Aufstellung führte dazu, daß sich häufig arbeitsunlustige junge Leute oder aber Personen anschlossen, die sich von der Tätigkeit der Miliz ein einträgliches Geschäft versprachen.

Von Ausnahmen abgesehen hat diese von den polnischen Behörden aus dem Boden gestampfte Miliz eine für die deutsche Bevölkerung verhängnisvolle Rolle gespielt. Sie mißbrauchte ihre Ordnungsgewalt zu zahllosen Plünderungen, ließ ihren nationalen Haßgefühlen hemmungslosen Lauf und quälte und mißhandelte zahlreiche völlig unschuldige Deutsche.

Im Sommer und Herbst 1945 wurde in den unter polnische Verwaltung gestellten ostdeutschen Provinzen allgemein der Zloty als Währung eingeführt. Die deutschen Orts- und Straßennamen wurden beseitigt, und polnische Namen traten an ihre Stelle. Die polnische Sprache wurde als Amtssprache obligatorisch ...

Eines der ersten Anzeichen der Verwaltungsübernahme durch die Polen war es, daß eine neue Verhaftungswelle in den Städten und Dörfern einsetzte. Die Festnahme und Verschleppung von Tausenden ehemaliger Nationalsozialisten und anderer der Besatzungsmacht verdächtiger Personen durch die Russen genügte den polnischen Behörden nicht. Der durch die jahrelange nationalsozialistische Okkupation Polens und die dort verübten Untaten genährte Haß forderte jetzt Vergeltung und fragte nicht viel nach schuldig oder unschuldig.

Es begann damit ein neues furchtbares Kapitel der grausamen Verfolgung vieler Menschen, die, obwohl persönlich meist unschuldig, für das büßen mußten, was während der Kriegsjahre im Namen Deutschlands an Polen oder polnischen Juden begangen worden war. Die Gefängnisse in den Städten füllten sich mit Deutschen. ... Die Einrichtung von Sonderstrafgerichten für die Fahndung nach allen Verdächtigen schuf einen Zustand, der eine nur auf Verdachtsmomente gestützte Verhaftungswelle begünstigen mußte und der Willkür alle Türen öffnete. Erst am 17.10.1946 wurden die Sonderstrafgerichte abgeschafft.

Bis zu dieser Zeit aber wurde bei den Verhören und Verhaftungen von Deutschen oft schreiendes Unrecht begangen.

Wie zu allen Zeiten eines Regimewechsels blühte das Denunziantentum unter Polen und Deutschen, dazu kam der blinde Haß der Angehörigen der polnischen Miliz und des staatlichen Sicherheitsdienstes (UB), die mit der Ausführung der Verhaftungen und der Bewachung und Vernehmung in den Gefängnissen beauftragt waren und bisweilen mit den Verhaftungen eine üble Geschäftemacherei verbanden.

Wie einst die Bewachungsmannschaften der SS in den Konzentrationslagern, deren Vergehen man sühnen wollte, so hatten jetzt die polnischen Sicherheitsorgane freie Hand, und es spielten sich in den Gefängnissen Ostpreußens, Pommerns und Oberschlesiens die gleichen Folterungen und Mißhandlungen ab. Anders als bei den Verhaftungen durch die Russen begegneten den Deutschen seitens der Polen vielerorts ein ausgeprägter Deutschenhaß und ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Formen der Erniedrigung. ...

Tausende von Deutschen, die wegen Parteizugehörigkeit oder aus anderen Gründen beschuldigt waren, wurden aus Oberschlesien in Lager nach dem polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, mußten dort jahrelang härteste Zwangsarbeit leisten und waren fortgesetzten Mißhandlungen sowie Hunger und Krankheiten infolge unzureichender Verpflegung ausgesetzt. Die Vergeltungsmaßnahmen beschränkten sich in Oberschlesien nicht auf Einzel-

verhaftungen, so ungerechtfertigt auch diese oft schon waren. In manchen Teilen des Landes wurde die Bevölkerung ganzer Dörfer geschlossen in Lager eingewiesen, gleich ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. ...

Lager dieser Art, in denen jeweils 3.000 – 5.000 Deutsche untergebracht wurden, bestanden u.a. in Lamsdorf, Kreis Falkenberg, und in der Stadt Grottkau. Bis zur Ausweisung der Internierten und Auflösung der Lager im Sommer 1946 war eine überaus große Anzahl der Häftlinge an den Mißhandlungen sowie den zahlreichen Seuchen und Krankheiten, die durch die schlechte Ernährung und die unhygienischen Zustände verursacht wurden, gestorben. Es muß damit gerechnet werden, daß die sehr hohe Sterblichkeit in den Lagern, die vom Sommer 1945 bis zum Winter 1946 herrschte, Verluste bis zu 50 Prozent verursacht hat, besonders unter Kindern und alten Leuten.

Die schweren Mißhandlungen und die Zugrunderichtung von zahlreichen Deutschen in Lagern und Gefängnissen unter dem Vorwand von Sühne und Strafmaßnahmen waren ein grobes Unrecht, auch wenn dieser oder jener der Inhaftierten wirklich verantwortlich für Vergehen an Polen oder polnischen Juden gewesen ist. Die Masse der Betroffenen war zweifellos unschuldig. Wie einst für die nationalsozialistischen Machthaber, so war die Kollektivbeschuldigung auch für große Teile der polnischen Behörden und der polnischen Miliz die letzte Weisheit eines engstirnigen Chauvinismus.

Infolge des durch die nationalsozialistische Herrschaft genährten Deutschenhasses, der durch das leidenschaftliche polnische Temperament noch gesteigert wurde, verfielen die Polen mehr als die westlichen Siegnationen, ja selbst mehr als die Russen der Versuchung anheim, vergangenes Unrecht durch gleiches Unrecht zu vergelten. In augenfälliger Weise wurde dies an manchen öffentlichen Lynchaktionen deutlich, die vor allem in Polen, aber hier und da auch in den deutschen Ostgebieten vorkamen.

Zu einer offenen Demonstration, die in tragischer Weise die Verkettung von altem und neuem Unrecht deutlich machte, kam es überall dort, wo Massengräber von polnischen Arbeitern, polnischen Kriegsgefangenen oder polnischen Juden gefunden wurden, die aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft stammten. In solchen Fällen war es eine beliebte Maßnahme, die Deutschen aus der umliegenden Gegend an den aufgefundenen Massengräbern zusammenzutreiben und sie unter den anfeuernden Rufen eines schaulustigen Publikums unter Schlägen und Mißhandlungen zu zwingen, die Gräber auszuheben und die Leichen zu bergen. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die polnischen Milizionäre (x294/102): >>... Die Staatsmacht verfügte in den ehemals deutschen Gebieten 1945 über kein Personal, die Verwaltungsstrukturen entstanden aus einem - auch personellen - Nichts und waren auf Freiwillige angewiesen.

Was lag da näher, daß der "szabrownik" ("Plünderer") seinen Vetter oder Nachbarn in die entstehende Polizei oder Kommunalverwaltung gehen ließ – und dieser ihm die notwendigen Unterlagen ausstellte, die die Einweisung des bisherigen Besitzers ins Lager als sicherheitspolizeilich erforderlich und die Beschlagnahme seiner Habe als legitime Wiedergutmachung auswiesen? Es sollte Jahre dauern, bis der Staat, die solcherart entstandene organisierte Kriminalität in den Griff bekam. ...<<

Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schuften.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türcargen, Fenster, Holztreppe, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).

Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Tragbalken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".

Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte. Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>Abgesehen von geringfügigen Aufräumarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Inangangsetzung der Betriebe. Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt.

Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektri-

sche Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. –

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts desto weniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war. Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. –

Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont. Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen ...

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft.

Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen. Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. ...

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden. ...

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. ... Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die Plünderungen und Zerstörungen in Schlesien (x294/92-93): >>... Wie überall deportierten die Sowjets nicht nur Menschen, sondern sie demontierten auch ganze Betriebe. Die polnische Zentralverwaltung der Hüttenindustrie befürchtete im Frühjahr 1945 nicht ohne Grund, man werde statt der noch im Januar intakten Stahlwerke "nackte Wände übernehmen".

Die Plünderung von Land und Menschen blieb für Wochen ein Dauerzustand. Im April, fast zehn Wochen nach Ende der Kriegshandlungen, berichtete die neue polnische Stadtverwaltung Gleiwitz von ihren ersten Eindrücken: "Das Verhalten der Roten Armee gegenüber der Bevölkerung ist generell rücksichtslos, nach Aussage des (sowjetischen) Kommandanten der Militärkommandantur der Roten Armee können die Soldaten keinen Unterschied zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung machen".

Ein Offizier, der die ersten Wochen polnischer Herrschaft zusammenzufassen versuchte, notierte einen Monat später: "Die Armee requiriert Lebensmittel und Vieh ohne Rücksicht auf das Ausmaß der bisher erbrachten Leistungen und ohne irgendein System. Aber das schlimmste Übel sind die willkürlichen Plünderungen und Gewalttaten, die grauenhafte Ausmaße angenommen haben (...). Die Bevölkerung des Oppelner Landes, das seit 120 Jahren keinen Krieg auf seinem Territorium erlebt hat, ist ganz einfach entsetzt und hält die Russen für völlige Barbaren". ...<<

"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.

Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Be-

ginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>... Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint. ...

Ehe noch die Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

... Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt (Danzig) durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. ...

Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massive Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt. Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

... Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging. ...

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesien betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren. ...

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. Neiße. Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden.

In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ost-

deutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos. Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten. Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde. ...

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, das schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. ...

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/93-95):
>>... Die Langsamkeit des Übergangs von Krieg zu Frieden, die monatelange Angst und Unsicherheit dürfte eines der wichtigsten kollektiven Erlebnisse der Deutschen östlich von Oder und Neiße gewesen sein.

In diesem Zustand warteten etwa 5 Millionen von ihnen, in der Regel apathisch, erschrocken, von den Nachrichten abgeschnitten, auf den weiteren Gang der Ereignisse. Die wenigsten werden geglaubt haben, daß Breslau (das erst am 6. Mai kapitulierte und wo während der Belagerung rund 40.000 Menschen umgekommen waren) oder die ebenfalls weitgehend zerstörten Stettin und Königsberg nicht zum Reich zurückkehren würden.

Indessen übergaben die Sowjets nach und nach die zivile Verwaltung in den meisten Gebieten östlich von Oder und Neiße an die Polen. Hier und da herrschte noch die reine Militärverwaltung, die Regel war jedoch ein Nebeneinander von polnischen Zivil- und sowjetischen Militärbehörden, wobei Letztere im Zweifelsfall weiterhin das Sagen hatten.

Diese Dominanz der Sowjets entschied auch über den Ausgang der ersten Welle der Zwangsaussiedlung vor der Potsdamer Konferenz, als die polnischen Behörden versuchten, möglichst viele Deutsche so schnell wie möglich zu vertreiben und damit vor dem Gipfeltreffen der Großen Drei vollendete Tatsachen zu schaffen. Die sogenannten Militäraussiedlungen im Juni und Juli 1945 mußten nach wenigen Wochen abgebrochen werden, da die sowjetische

Besatzungszone in Deutschland nicht bereit war, Hunderttausende hungriger, arbeits- und obdachloser Menschen aufzunehmen.

Im Ergebnis sind vor Potsdam wohl nicht mehr als eine viertel Million Menschen aus ihrer bisherigen Heimat vertrieben worden; Hunderttausende kehrten nach oft tagelangen Fußmärschen von der Grenze zurück in ihren alten Heimatort.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der Tschechoslowakei (x004/87-88): >>... Schon längst vor den gesetzlichen Enteignungsmaßnahmen, die schließlich alle Lebensgrundlagen der Sudetendeutschen in der CSR zerstörten und die Vertreibung vorbereiteten, hatte die Durchsetzung der Grenzgebiete mit Angehörigen des tschechischen und slowakischen Volkes begonnen. Bereits im Regierungsauftrag vom 11. Mai war die Bevölkerung aufgefordert worden, das Eigentum der Deutschen, Verräter und Kollaboranten sicherzustellen und es der öffentlichen Verwaltung zu übergeben. In Presseartikeln wurde die Bevölkerung aufgefordert, in die Grenzgebiete zu gehen und sich dort niederzulassen. ...

Von einer organisierten und kontrollierten tschechischen Durchdringung und Besiedelung des Sudetenlandes konnte in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand kaum gesprochen werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der ersten Zuwanderer gar nicht die Absicht hatte, im Grenzgebiet sesshaft zu werden. Amtliche Maßnahmen, private Willkürakte, Plündereien und Raubaktionen waren im einzelnen nicht zu unterscheiden.

Erst durch die zur Zeit der ersten "wilden" Austreibungen erlassenen Dekrete und Verordnungen versuchte die Regierung den Zustrom der Tschechen zu lenken und alle deutschen Grenzgebiete mit Aussiedlern systematisch zu durchdringen. Dies war notwendig, da nach den ersten Austreibungsaktionen, die Ende Mai einsetzten, zahlreiche Ortschaften des Ostsudetenlandes von ihren Bewohnern entblößt waren und es nun galt, eine ausreichende Zahl tschechischer Bewohner in diese Regionen zu bringen.

Dafür sprachen innen- und außenpolitische Motive: Der "größte Moment in der tschechoslowakischen Geschichte", von dem die tschechoslowakischen Politiker wiederholt sprachen, sollte rasch genutzt, der Beweis für die Fähigkeit der tschechischen Nation, die Sudetengebiete zu besiedeln und auf ihrer von den Deutschen geschaffenen Höhe zu halten, sofort erbracht werden, um skeptischen Einwänden vor allem in Westeuropa zuvorzukommen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1961 über die "wilden Austreibungen" der Deutschen aus Jugoslawien (x006/99E-100E): >>Das Aide-memoire (vom 19.01.1946) forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit nach Deutschland", blieb indessen ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.

Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete. Obwohl der Nationalitäteng Gegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. ...

Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus, das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen ... völlig gesäubert werden. ... Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet. Flüchtlingstrecks (wurden) in improvisierte Lager – z.B. bei Cilli und Tüchern

gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden.

Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: So auf Schloß Herberstein in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten. Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. ...

... Auch aus Valpovo (und Krndija) versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschieben. Am 10.07.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.07.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.

Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<

Die Kunstschatze der Breslauer und Berliner Bibliothek (505 Kisten, die man in das schlesische Benediktinerkloster Grüssau ausgelagert hatte) wurden am 1. Juni 1945 durch polnische Milizen nach Krakau transportiert (x111/29-30).

Anfang Juni 1945 begann die Umsiedlung der polnischen Bevölkerung Ostpolens in die deutschen Ostgebiete (x039/228).

Die Sowjets gründeten am 1. Juni 1945 eine deutsche Grenz- und Schutzpolizei ("Volkspolizei").

Die "Bayerische Landeszeitung" berichtete am 1. Juni 1945 (x114/2.92): >>**Strenge Bestrafung für Stehlen von Eigentum der alliierten Streitkräfte**

Die Militärregierung gibt folgende Warnung bekannt: Täglich erhält die Militärregierung Berichte über Verhaftungen von Zivilisten, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befand.

Die Militärregierung weist die Zivilbevölkerung daraufhin, daß alle Personen, in deren Besitz sich Eigentum der alliierten Streitkräfte befindet, strengstens bestraft werden. Die Entschuldigung, daß die gestohlenen Dinge nicht als Eigentum der alliierten Streitkräfte erkannt wurden, wird nicht anerkannt.

Sicherstellung von geplündertem Gut

Auf Befehl der Militärregierung wird für das Land Bayern angeordnet:

1. Geplünderte oder widerrechtlich erworbene und übermäßig verteilte Lebensmittel und Bedarfsgegenstände aller Art sind sofort zurückzufordern und sicherzustellen.
2. Die angeordneten Verbrauchersätze sind einzuhalten und eine Überschreitung ist im Auftrage der Militärregierung zu ahnden.
3. Die noch vorhandenen Bestände und Lager sind zu erfassen und sicherzustellen. Über diese Bestände verfügt ausschließlich der Leiter des Amtes für Ernährung und Landwirtschaft in Bayern.<<

Lindau am Bodensee wurde am 1. Juni 1945 das Hauptquartier der französischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Der "Braunschweiger Bote" veröffentlichte am 1. Juni 1945 einen Hirtenbrief des Erzbischofs von Canterbury, Dr. G. F. Fisher (x043/31): >>...Wir dürfen nicht vergessen, daß es Deutsche

gibt, die sich dem Nationalsozialismus widersetzen und dafür in Konzentrationslagern leiden mußten.

Die unerträglichen Enthüllungen der Zustände in den Konzentrationslagern haben uns vor Augen geführt, wie tief das deutsche Volk gesunken war. Es ist nach den ganzen Umständen schwer, nicht die ganze Rasse zu verurteilen. Aber wir dürfen uns nicht hinreißen lassen, über die Tatsache hinwegzusehen, daß es auch Deutsche gab, die das Übel bekämpft haben.<<

In Österreich lieferten die Briten 3.161 Kosaken (Kriegsgefangene, Frauen und Kinder) an die Sowjets aus. Die Ausgelieferten wurden am 31. Mai und 1. Juni 1945 in Güterwagen nach Judenburg in ein Stahlwerk transportiert. Dort wurde wahrscheinlich ein großer Teil der ausgelieferten Kosaken sofort durch sowjetische Hinrichtungskommandos erschossen (x133/-259,282).

Britische Offiziere berichteten später über das Schicksal der ausgelieferten Kosaken (x130/267): >>... Ich fürchte einige von Ihnen gingen nicht allzuweit. Einige Minuten später hörten wir Schußsalven, und ich bin sicher, eine ganze Menge von ihnen wurde an Ort und Stelle erschossen – nicht gleich auf dem Bahnsteig selbst, aber um die Ecke hinter dem Wald. Zwar bin ich nicht absolut sicher, daß die von uns gehörten Salven den Gefangenen galten, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß zu diesem Zeitpunkt aus irgendeinem anderen Grunde geschossen wurde. ...

Man brauchte nicht viel Phantasie, um zu wissen, was mit diesen Leuten geschehen sollte.<<
Lord Nicholas W. Bethell (1938-2007) schrieb später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" (x130/267-268): >>... Viele britische Soldaten, die dort waren, bezeugten, daß sie kurz nach der Abführung der Gefangenen in der Nähe das Rattern von Maschinengewehren hörten.

Kein Soldat hat tatsächlich gesehen, wie ein Gefangener erschossen wurde. Man kann also nicht mit Sicherheit schließen, das dies geschah; aber - wie einer der Fahrer ... sagte: "Wir meinten, die MG-Salven, mußten ihr Ende sein. Wir dachten, sie wurden einfach nach hinten gebracht und abgeschlachtet. Das war unsere allgemeine Ansicht."<<

Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtete am 20. Februar 1978 über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>... Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ...

Mr. Harold Macmillan sollte, als Staatsminister für den Mittelmeerbereich in den Jahren 1944-45 angesichts dieser Enthüllungen sein großes Ansehen in die Arena bringen und alles berichten, was er darüber weiß. ...

Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete später (am 13. April 1979) über das Buch "Die Verratenen von Jalta" des britischen Historikers Nikolai Tolstoy: >>Millionen Menschen waren unter das Rad der Geschichte geraten. Was scherte es die Welt da schon, welches Schicksal den Soldaten und Zivilisten aus der Sowjetunion bevorstand, die in deutschen Dienst getreten oder gepreßt waren?

Als die Briten im Mai 1945 die Kosakenregimenter der Wehrmacht an die Sowjetunion auslieferten, wurde das als Episode empfunden, für die Historie allenfalls eine Fußnote. Heute begreift man jene Auslieferung als den Katastrophenakt in einer "Tragödie, die in den Annalen des 20. Jahrhunderts ihresgleichen sucht".

Solches Urteil, korrigiert selbstverständlich durch den Hinweis auf die Vernichtung des europäischen Judentums, trifft Heinz Höhne in seinem positionsbestimmenden Vorwort zu einem Buch, das ein verwirrendes Geschehen detailgenau entwirrt:

Nikolai Tolstoy: "Die Verratenen von Jalta"...

Der Untertitel klagt an: "Englands Schuld vor der Geschichte."

Die Widmung lautet: "Den Opfern zum Gedenken." Der Autor verbirgt in keinem Kapitel, keinem Absatz, keinem Satz nahezu, daß er mit mehr als nur mit Forschungseifer bei der Sache ist.

Nikolai Tolstoy, 43 Jahre alt, ist Historiker. Als britischer Staatsbürger macht er keinen Hehl daraus, wie sehr er, dessen Vater von den Oktoberrevolutionären vertrieben war, sich dem Russischen noch verbunden fühlt. Seine Kinder heißen Alexandra und Anastasia, wie die Frau und die jüngste Tochter des letzten Zaren. Mit Lew Nikolajewitsch Tolstoi, dem Dichter, ist er entfernt verwandt. Sein Ahne, der erste Graf Tolstoi, war der Geheimkanzlist Peters des Großen.

Zu seinen Recherchen wurde Nikolai Tolstoy auch durch den Zufall angeregt, daß sein Familienname mit jener Konferenz verknüpft war, auf der britische Diplomaten den Sowjets die Zwangsrepatriierung der Russen im deutschen Machtbereich zusagten; das Treffen, im Oktober 1944 in Moskau, hatte die Codebezeichnung "Tolstoi".

Alles Engagement, das in diesem Buch steckt, und der verhaltene Zorn, der besonders in der Schilderung entsetzlicher Auslieferungsszenen spürbar ist, beeinträchtigen aber keineswegs die streng wissenschaftliche Methode des Autors. Die Quellennachweise und quellenkritischen Anmerkungen füllen allein 54 Seiten. In seiner Akribie ist das Buch keine leichte Lektüre; doch in vielen Passagen erfüllt es die Forderung, die Alexander Solschenizyn in einem Kapitel des "Archipel Gulag" stellt: welcher Tolstoi dieses Borodino beschreiben werde, dieses grausame Geschehen bei der Auslieferung von Russen an Russen.

In Jalta, im Februar 1945, waren Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Überläufer nur ein Randthema der Konferenz. Man schloß ein besonderes Abkommen. Es enthielt keine Verfügung über Bürger der Sowjetunion, die sich ihrer Repatriierung widersetzen. Der amtierende amerikanische Außenminister Grew hatte zwar eine Schutzklausel einbringen wollen; aber die Briten, die sich in der Tolstoi-Konferenz schon ziemlich festgelegt hatten, redeten es ihm aus. Der "Uncle-Joe-Kult", dem westliche Diplomaten sich nicht immer entzogen, mag eine Rolle gespielt haben, Stalin als Onkel, den man nicht zu ärgern habe. Jalta jedenfalls konnte die Tragödie der "patriotischen Verräter" Rußlands nicht wenden, eine Tragödie freilich, die schon mit dem ersten Schuß des Krieges im Osten begonnen hatte. Ihr Ausmaß lassen einige Zahlen ahnen:

Im Ersten Weltkrieg hatten die Mittelmächte von 1914 bis 1917 rund 2,4 Millionen russische Kriegsgefangene; von ihnen starben siebzigtausend. Im Zweiten Weltkrieg wurden von 1941 bis 1945 rund (genau weiß es offenbar niemand) 5,1 bis 5,7 Millionen sowjetische Soldaten gefangengenommen; von ihnen überlebten 1,15 Millionen das Kriegsende (und niemand weiß auch, wie viele von ihnen nach der Rückkehr in sowjetischen Straflagern umkamen). Ins deutsche Herrschaftsgebiet wurden zudem 2,8 Millionen russische Arbeiter verschleppt, mehr oder minder freiwillige und Zwangsarbeiter; von ihnen fanden 800.000 den Tod.

Aber rund eine Million Sowjetbürger, Überläufer und Kriegsgefangene, die nun die Chance nutzen wollten, gingen in den Dienst der Wehrmacht. Der im Sommer 1942 in Gefangenschaft geratene General Wlassow wurde der Führer der ROA, der "Russischen Befreiungsarmee", die als Armee allerdings nur durch die deutsche Propaganda geisterte. Ihre Mitglieder waren in Arbeitskolonnen der Organisation Todt, in einigen militärischen Hilfseinheiten und als "Hiwis", als Hilfswillige in regulären deutschen Truppenteilen, eingegliedert. Sie wurden oft brutal behandelt. Nach der Invasion schlossen sich achttausend Russen den französischen Widerstandskämpfern an. Hilfseinheiten in deutscher Uniform waren aber auch an Greuelthaten beteiligt. General Wlassow erhielt erst 1945 Befehlsgewalt.

Das Drama von Mißtrauen, Verrat und Hoffnung erreichte seinen Höhepunkt im südöstlichen Österreich, wo die nach Westen verschlagenen Kosaken ein letztes Asyl hatten und wohin bei Kriegsende einer der seltsamsten Truppenteile des deutschen Heeres sich zurückgezogen hatte

- das vom deutschen General von Pannwitz und von deutschen Stabsoffizieren geführte 15. Kosaken-Kavallerie-Korps. Hitler hatte es 1943 von der Ostfront, wo es entstanden war, zum Kampf gegen die Partisanen nach Jugoslawien verlegen lassen. Zuletzt geriet es auch in Kampf mit Sowjettruppen. In diesem Korps wurde ein letztes Mal das Zarenreich beschworen. Weißrussische Generalsveteranen machten Besuch in den Lagern der Kosaken. Zaristische Offiziere, die einst emigriert waren, taten Dolmetscherdienst oder wurden in diesem Korps reaktiviert. Die Kapelle spielte "Gott schütze den Zaren"; die alten Ränge und Uniformen tauchten wieder auf.

Die teils mit List, teils mit Gewalt betriebene Auslieferung der Kosaken durch das britische Militär ist von Nikolai Tolstoy bis in alle Einzelheiten recherchiert. Was er schildert, ist nach dem Urteil des britischen Ostexperten Edward Crankshaw "eines der schändlichsten Kapitel in unserer Geschichte". Anders als die Amerikaner und Franzosen, hatten die britischen Diplomaten und (wenigen) hohen Militärs, die damals die Verantwortung für das Geschehen hatten, sich bluffen lassen; sie hatten geglaubt, sie müßten den Forderungen der Sowjets rigoros entgegenkommen, um Repressalien an Engländern in sowjetischer Hand, rund 20.000, zu verhindern.

Die Sowjets verlangten die Zwangsrepatriierung aller, auch der Russen, die nie in der Sowjetunion gelebt hatten. Und damit nutzten sie die Gelegenheit, eine allerletzte Rache an ihren Feinden im Bürgerkrieg zu nehmen und die allerletzte Regung weißrussischer Aktivität zu ersticken. Man darf sagen: Jetzt erst war die Oktoberrevolution ganz und gar zu Ende.

Als das Buch, Originaltitel "The Victims of Yalta", vor einem Jahr in England erschienen war, griff die Times das Thema in einem Leitartikel auf: "Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten (nun endlich) dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln ... Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus."

Weil es Geschehen gibt, das man nicht verteidigen kann, wird sie weiterhin ausbleiben. Bestehen aber bleibt die Warnung dieses Buches, das Exempel, was dem Menschen droht, wenn eine sogenannte Realpolitik das Menschenrecht vom Konferenztisch wischt.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Auslieferung von Kosaken und Angehörigen der Wlassow-Armee an die Sowjetunion (x024/196): >>... Es ist eines der traurigsten Kapitel der westlichen Geschichte, daß sie diese Menschen größtenteils der Rache Stalins auslieferten. Die Angehörigen der Wlassow-Armee und die Kosaken mit ihren Familien wurden meist sofort erschossen oder zu langjähriger Haft in sibirische Lager eingewiesen. Ganze Kosakenfamilien verübten lieber gemeinsam Selbstmord, als dem Schicksal ausgeliefert zu sein, das in der Sowjetunion auf sie wartete.

Während also Millionen deutscher Vertriebener gewaltsam ihre Heimat hatten verlassen müssen, sträubten sich umgekehrt ... Ausländer dagegen, wieder in ihre Heimat zurückgebracht zu werden, weil sie wußten, daß es ihr Todesurteil bedeutete. ...<<

In London begann am 1. Juni 1945 eine internationale Konferenz (Teilnehmer aus 16 Nationen), um eine Kriegsverbrecherliste zu erstellen.

Während US-General John H. C. Lee (1887-1958) am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army 3.878.537 deutsche Kriegsgefangene aufhalten würden, meldete SHAEF (Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa) eigenartigerweise am selben Tag nur 2.927.614 inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Die Differenz der fehlenden **950.923** Kriegsgefangenen wurde später wahrscheinlich per Buchungstrick an die Sowjetunion "ausgeliefert".

Die "Ost-Dokumentation" berichtete am 2. Juni 1945 über tschechische Gewalttaten in Klö-

sterle/Regierungsbezirk Aussig im Sudetenland (x010/85): >>2 Deutsche werden unter zwangsweiser Anwesenheit der Bevölkerung öffentlich erschossen. ... Täter: Tschechen.<<
Stalin forderte die schwedische Regierung am 2. Juni 1945 auf, alle baltischen und deutschen Soldaten an die Sowjetunion auszuliefern, die an der Ostfront gekämpft hatten und anschließend nach Schweden geflohen waren (x130/193).

In den Wäldern der Gottschee/Jugoslawien liquidierten Titos Partisaneneinheiten am 2. Juni 1945 ca. 11.000 ausgelieferte Gefangene der slowenischen Hilfsverbände und 3 Regimenter der serbischen Staatswache (x040/286).

Papst Pius XII. erklärte am 2. Juni 1945 in einer Radioansprache (x111/30): >>... Der Krieg hat eine Not und Hoffnungslosigkeit zurückgelassen, die jetzt überwunden werden müssen. Die Völker, besonders die kleinen und mittleren Nationen, fordern, daß sie ihr Schicksal selbst gestalten. ...

Welche Tragödie wäre es, wenn nach so vielen Jahren des Leidens und der Entbehrungen die Anstrengungen der Menschheit für Frieden und Sicherheit umsonst bleiben würden, wenn der Geist der Unterdrückung wieder über die Hoffnungen der Menschheit den Triumph davontragen sollte. ...

Möge das deutsche Volk sich aus dem Abgrund erheben und in Demut den rechten Weg finden.<<

Churchill warnte die US-Regierung am 4. Juni 1945 vor Stalins Einflußnahme in Westeuropa und lehnte die Übergabe Mitteldeutschlands ab (x118/29): >>... Ich sehe dem im Mittelabschnitt unserer Front beabsichtigten Rückzug der amerikanischen Armee auf unsere Zonen Grenzen mit größtem Unbehagen entgegen, ist doch der Vormarsch der Sowjetmacht ins Herz Westeuropas und die Senkung eines eisernen Vorhangs zwischen uns und dem ganzen Osten verbunden.

Ich hatte gehofft, dieser Rückzug würde, falls er überhaupt erfolgen muß, von der Regelung vieler wesentlicher Dinge begleitet sein, die allein eine echte Grundlage des Weltfriedens darstellen könnten. Noch ist nichts von Bedeutung geregelt.<<

Der Prager Rundfunk berichtete am 5. Juni 1945 über tschechische Plünderer (x004/88): >>... Den Nationalausschüssen und Sicherheitsorganen wurde die Weisung gegeben, gegen die im Grenzgebiet auftretenden Elemente, die sich auf Staatskosten an dem konfiszierten Eigentum bereichern, streng vorzugehen.<<

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm (Übernahme der "absoluten Autorität").

In der Erklärung (Berliner Deklaration) der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/185-188): >>**Erklärung**

in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen For-

derungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden.

Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführung der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen.

Unter diesen Umständen ist es notwendig, unbeschadet späterer Beschlüsse, die hinsichtlich Deutschlands getroffen werden mögen, Vorkehrungen für die Einstellung weiterer Feindseligkeiten seitens der deutschen Streitkräfte, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland und für die Verwaltung des Landes zu treffen und die sofortigen Forderungen zu verkünden, denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.

Die Vertreter der obersten Kommandobehörden des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und der Französischen Republik, im folgenden "Alliierte Vertreter" genannt, die mit der Vollmacht ihrer betreffenden Regierungen und im Interesse der Vereinten Nationen handeln, geben dementsprechend die folgende Erklärung ab:

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.

Kraft der obersten Regierungsgewalt und Befugnisse, die die vier Regierungen auf die Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist:

Artikel 1

Deutschland und alle deutschen Behörden des Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe und alle Streitkräfte unter deutschem Befehl stellen sofort auf allen Kriegsschauplätzen die Feindseligkeiten gegen die Streitkräfte der Vereinten Nationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ein.

Artikel 2

a) Sämtliche deutschen oder von Deutschland kontrollierten Streitkräfte, einschließlich Land-, Luft-, Flugabwehr- und Seestreitkräfte, die Schutzstaffeln, die Sturmabteilungen, die Geheime Staatspolizei und alle sonstigen mit Waffen ausgerüsteten Verbände und Hilfsorganisationen, wo sie sich auch immer befinden mögen, werden restlos entwaffnet, indem sie Waffen und Gerät an die örtlichen Alliierten Befehlshaber bzw. an die von den Alliierten Vertretern namhaft zu machenden Offiziere abliefern.

b) Nach dem Ermessen des Obersten Befehlshabers der Streitkräfte des betreffenden Alliierten Staates wird, bis weitere Entscheidungen getroffen werden, das Personal der Verbände und Einheiten sämtlicher im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte für Kriegsgefangene erklärt und unterliegt den von den betreffenden Alliierten Vertretern festzulegenden Bestimmungen und Weisungen.

c) Sämtliche im Absatz a) bezeichneten Streitkräfte, wo sie sich auch immer befinden mögen, verbleiben bis zur Erteilung von Anweisungen der Alliierten Vertreter an ihren jeweiligen

Stellen.

d) Gemäß den von den Alliierten Vertretern zu erteilenden Anweisungen räumen die genannten Streitkräfte sämtliche außerhalb der deutschen Grenzen (nach dem Stande vom 31. Dezember 1937) liegenden Gebiete.

t) Zivile Polizeiabteilungen, die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und der Leistung des Wachdienstes nur mit Handwaffen auszurüsten sind, werden von den Alliierten Vertretern bestimmt.

Artikel 3

a) Alle Militär-, Marine- und Zivilflugzeuge jeder Art und jeder Nationalität, die sich in Deutschland und in von Deutschland besetzten oder beherrschten Gebieten und Gewässern befinden, verbleiben bis zur Erteilung von weiteren Anweisungen auf dem Boden bzw. auf dem Wasser oder an Bord Schiff. Ausgenommen sind die in Alliierten Diensten stehenden Flugzeuge.

b) Alle deutschen oder von Deutschland beherrschten Flugzeuge, die sich auf oder über Gebieten und Gewässern außerhalb des deutschen Machtgebietes befinden, haben sich sofort nach Deutschland oder an irgendeinen anderen von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Ort zu begeben.

Artikel 4

a) Alle deutschen und von Deutschland beherrschten Über- und Unterwasserkriegsschiffe, Marinehilfsfahrzeuge, Handelsschiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge, wo sie sich zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung auch immer befinden mögen, sowie alle anderen in deutschen Häfen befindlichen Handelsschiffe jeder Nationalität haben in den von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkten zu verbleiben bzw. sich sofort dorthin zu begeben. Die Besatzungen der genannten Fahrzeuge bleiben bis zur Erteilung weiterer Anweisungen an Bord.

b) Alle Schiffe und sonstigen Wasserfahrzeuge der Vereinten Nationen, die zur Zeit der Abgabe dieser Erklärung zur Verfügung Deutschlands stehen oder von Deutschland beherrscht sind, begeben sich an die von den Alliierten Vertretern zu bestimmenden Häfen oder Stützpunkte, und zwar zu den Zeiten, die ebenfalls von den Alliierten Vertretern bestimmt werden. Es ist unerheblich, ob der Rechtstitel nach prisengerichtlichen oder sonstigen Verfahren übertragen worden ist.

Artikel 5

a) Alle oder jeder einzelne der folgenden Gegenstände im Besitz der deutschen Streitkräfte oder unter deutschem Befehl oder zur deutschen Verfügung sind unversehrt und in gutem Zustand zur Verfügung der Alliierten Vertreter zu halten für die Zwecke, zu den Zeiten und an den Orten, die von letzteren bestimmt werden:

I. alle Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kriegsgerät, Kriegsvorräte und alle anderen Kriegsmittel sowie sonstiges Kriegsmaterial jeder Art;

II. alle Über- und Unterwasserkriegsschiffe jeder Kategorie, Marinehilfsfahrzeuge und Handelsschiffe, ob schwimmend, zur Reparatur aufgelegt oder im Bau befindlich;

III. alle Flugzeuge jeder Art sowie alle Geräte und Vorrichtungen, die der Luftfahrt und der Flugabwehr dienen;

IV. alle Einrichtungen und Gegenstände des Verkehrs und des Nachrichtenwesens, zu Lande, zu Wasser und in der Luft;

V. alle militärischen Einrichtungen und Anlagen, einschließlich Flugplätze, Wasserflugzeughäfen, See- und Kriegshäfen, Lagerplätze, ständige und vorläufige Land- und Küstenbefestigungen, Festungen und sonstige befestigte Gebiete sowie Pläne und Zeichnungen aller derartigen Befestigungen, Einrichtungen und Anlagen;

VI. alle Fabriken, Industrieanlagen, Betriebe, Forschungsinstitute, Laboratorien, Prüfstellen,

technischen Unterlagen, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die bestimmt oder geeignet sind, die unter I., II., III., IV. und V. oben bezeichneten Gegenstände und Einrichtungen zu erzeugen bzw. deren Erzeugung oder Gebrauch zu fördern oder überhaupt die Kriegsführung zu unterstützen.

b) Auf Verlangen sind den Alliierten Vertretern zur Verfügung zu stellen:

I. die Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen, die zur Erhaltung oder zum Betrieb jeder der sechs unter a) oben bezeichneten Kategorien erforderlich sind; und

II. alle Auskünfte und Unterlagen, die in diesem Zusammenhang von den Alliierten Vertretern verlangt werden können.

c) Auf Verlangen der Alliierten Vertreter sind alle Mittel und Einrichtungen für die Beförderung alliierter Truppen und Dienststellen mit deren Ausrüstung und Vorräten, auf Eisenbahnen, Straßen und sonstigen Landverkehrswegen oder zur See, auf Wasserstraßen und in der Luft zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Verkehrsmittel sind in gutem Zustand zu erhalten und die hierzu notwendigen Arbeitskräfte, Versorgungsmittel und Betriebsanlagen müssen zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 6

a) Die deutschen Behörden übergeben den Alliierten Vertretern nach einem von letzteren vorzuschreibenden Verfahren sämtliche zur Zeit in ihrer Gewalt befindlichen kriegsgefangenen Angehörigen der Streitkräfte der Vereinten Nationen und liefern vollständige Namenslisten dieser Personen unter Angabe der Orte ihrer Gefangenhaltung in Deutschland bzw. in von Deutschland besetzten Gebieten. Bis zur Freilassung solcher Kriegsgefangenen haben die deutschen Behörden und das deutsche Volk ihre Person und ihren Besitz zu schützen und sie ausreichend mit Lebensmitteln, Bekleidung, Unterkunft, ärztlicher Betreuung und Geld gemäß ihrem Dienstrang oder ihrer amtlichen Stellung zu versorgen.

b) Die deutschen Behörden und das deutsche Volk haben auf gleiche Weise alle anderen Angehörigen der Vereinten Nationen zu versorgen und freizulassen, die eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind, sowie alle sonstigen Personen, die aus politischen Gründen oder infolge nationalsozialistischer Handlungen, Gesetze oder Anordnungen, die hinsichtlich der Rasse, der Farbe, des Glaubensbekenntnisses oder der politischen Einstellung diskriminiert, eingesperrt, interniert oder irgendwelchen anderen Einschränkungen ausgesetzt sind.

c) Die deutschen Behörden haben auf Verlangen der Alliierten Vertreter die Befehlsgewalt über Orte der Gefangenhaltung den von den Alliierten Vertretern zu diesem Zweck namhaft zu machenden Offizieren zu übergeben.

Artikel 7

Die zuständigen deutschen Behörden geben den Alliierten Vertretern:

a) alle Auskünfte über die im Artikel 2, Absatz a), bezeichneten Streitkräfte; insbesondere liefern sie sofort sämtliche von den Alliierten Vertretern verlangten Informationen über die Anzahl, Stellung und Disposition dieser Streitkräfte sowohl innerhalb wie auch außerhalb Deutschlands;

b) vollständige und ausführliche Auskünfte über Minen, Minenfelder und sonstige Hindernisse gegen Bewegungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie über die damit verbundenen sicheren Durchlässe. Alle solche Durchlässe werden offengehalten und deutlich gekennzeichnet; alle Minen, Minenfelder und sonstigen gefährlichen Hindernisse werden soweit wie möglich unschädlich gemacht und alle Hilfsmittel für die Navigation werden wieder in Betrieb genommen. Unbewaffnetes deutsches Militär- und Zivilpersonal mit der notwendigen Ausrüstung wird zur Verfügung gestellt und zu obigen Zwecken sowie zum Entfernen von Minen, Minenfeldern und sonstigen Hindernissen nach den Weisungen der Alliierten Vertreter eingesetzt.

Artikel 8

Die Vernichtung, Entfernung, Verbergung, Übertragung, Versenkung oder Beschädigung von Militär-, Marine-, Luftfahrt-, Schiffs-, Hafen-, Industrie- und ähnlichem Eigentum und Einrichtungen aller Art sowie von allen Akten und Archiven, wo sie sich auch immer befinden mögen, ist verboten; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 9

Bis zur Herbeiführung einer Aufsicht über alle Nachrichtenverkehrsmittel durch die Alliierten Vertreter hören alle von Deutschland beherrschten Funk- und Fernnachrichtenverkehrseinrichtungen und sonstigen Draht- und drahtlosen Nachrichtenmittel auf dem Lande oder auf dem Wasser zu senden auf; Ausnahmen können nur von den Alliierten Vertretern angeordnet werden.

Artikel 10

Die in Deutschland befindlichen, von Deutschland beherrschten und in deutschem Dienst oder zu deutscher Verfügung stehenden Streitkräfte, Angehörigen, Schiffe und Flugzeuge sowie das Militärgerät und sonstige Eigentum eines jeden anderen mit irgendeinem der Alliierten im Kriegszustand befindlichen Staates unterliegen den Bestimmungen dieser Erklärung und aller etwaigen kraft derselben erlassenen Proklamationen, Befehle, Anordnungen oder Anweisungen.

Artikel 11

a) Die hauptsächlichen Naziführer, die von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht werden, und alle Personen, die von Zeit zu Zeit von den Alliierten Vertretern genannt oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden, weil sie im Verdacht stehen, Kriegs- oder ähnliche Verbrechen begangen, befohlen oder ihnen Vorschub geleistet zu haben, sind festzunehmen und den Alliierten Vertretern zu übergeben.

b) Dasselbe trifft zu für alle die Angehörigen irgendeiner der Vereinten Nationen, von denen behauptet wird, daß sie sich gegen die Gesetze ihres Landes vergangen haben, und die jederzeit von den Alliierten Vertretern namhaft gemacht oder nach Dienstgrad, Amt oder Stellung beschrieben werden können.

c) Allen Anweisungen der Alliierten Vertreter, die zur Ergreifung und Übergabe solcher Personen zweckdienlich sind, ist von den deutschen Behörden und dem deutschen Volke nachzukommen.

Artikel 12

Die Alliierten Vertreter werden nach eigenem Ermessen Streitkräfte und zivile Dienststellen in jedem beliebigen Teil oder auch in allen Teilen Deutschlands stationieren.

Artikel 13

a) In Ausübung der obersten Regierungsgewalt in Deutschland, die von den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik übernommen wird, werden die vier Alliierten Regierungen diejenigen Maßnahmen treffen, die sie zum künftigen Frieden und zur künftigen Sicherheit für erforderlich halten, darunter auch die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands.

b) Die Alliierten Vertreter werden Deutschland zusätzliche politische, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Forderungen auferlegen, die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands ergeben. Die Alliierten Vertreter bzw. die ordnungsmäßig dazu ermächtigten Personen oder Dienststellen werden Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Anweisungen ergehen lassen, um solche zusätzlichen Forderungen festzulegen und die übrigen Bestimmungen dieser Erklärung auszuführen. Alle deutschen Behörden und das deutsche Volk haben den Forderungen der Alliierten Vertreter bedingungslos nachzu-

kommen und alle solche Proklamationen, Befehle, Anordnungen und Anweisungen uneingeschränkt zu befolgen.

Artikel 14

Diese Erklärung tritt in Kraft und Wirkung an dem Tage und zu der Stunde, die nachstehend angegeben werden. Im Fall einer Versäumnis seitens der deutschen Behörden oder des deutschen Volkes, ihre hierdurch oder hiernach auferlegten Verpflichtungen pünktlich und vollständig zu erfüllen, werden die Alliierten Vertreter die Maßnahmen treffen, die sie unter den Umständen für zweckmäßig halten.

Artikel 15

Diese Erklärung ist in englischer, russischer, französischer und deutscher Sprache ausgefertigt. Die englischen, russischen und französischen Fassungen sind allein maßgebend.

Berlin, den 5. Juni 1945.

18:00 Uhr mitteleuropäischer Zeit.

(Die in den drei maßgebenden Sprachen abgefaßten Texte dieser Erklärung sind von Dwight D. Eisenhower, General der Armee, G. Shukow, Marschall der Sowjetunion, B. L. Montgomery, Feldmarschall, und T. de Lattre-Tassigny, Armeegeneral, unterzeichnet.)<<

Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Fragen, die das gesamte Deutsche Reich betrafen, sollten gemeinsam und einstimmig durch die Mitglieder des alliierten Kontrollrats entschieden werden.

Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 jedenfalls weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde nachweislich durch die Siegermächte nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605).

Es blieben ungelöste staatsrechtliche Fragen, ob die Alliierten nach der "militärischen Kapitulation" überhaupt berechtigt waren, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen.

Prof. Rudolf Laun (deutscher Staats- und Völkerrechtler) schrieb später über den Fortbestand des Deutschen Reiches, daß die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verpflichtet gewesen wären, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden (x063/604).

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>>Viertes Kapitel: Kapitulation

Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. ...

Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet

Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Artikel 44 Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidi-

gungsmittel zu geben.

Artikel 45 Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.

Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Artikel 48 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.

Artikel 49 Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.

Artikel 50 Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.

Artikel 51 Zwangsauflagen können nur auf Grund eines schriftlichen Befehls und unter Verantwortlichkeit eines selbständig kommandierenden Generals erhoben werden. Die Erhebung soll so viel wie möglich nach den Vorschriften über die Ansetzung und Verteilung der bestehenden Abgaben erfolgen. Über jede auferlegte Leistung wird den Leistungspflichtigen eine Empfangsbestätigung erteilt.

Artikel 52 Naturalleistungen und Dienstleistungen können von Gemeinden oder Einwohnern nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gefordert werden. Sie müssen im Verhältnisse zu den Hilfsquellen des Landes stehen und solcher Art sein, daß sie nicht für die Bevölkerung die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen. Derartige Natural- und Dienstleistungen können nur mit Ermächtigung des Befehlshabers der besetzten Örtlichkeit gefordert werden. Die Naturalleistungen sind so viel wie möglich bar zu bezahlen. Andernfalls sind dafür Empfangsbestätigungen auszustellen; die Zahlung der geschuldeten Summen soll möglichst bald bewirkt werden.

Artikel 53 Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das bare Geld und die Wertbestände des Staates sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorrathshäuser und Lebensmittelvorräte sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.

Alle Mittel, die zu Lande, zu Wasser und in der Luft zur Weitergabe von Nachrichten und zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen, mit Ausnahme der durch das Seerecht geregelten Fälle, sowie die Waffenniederlagen und überhaupt jede Art von Kriegsvorräten können, selbst wenn sie Privatpersonen gehören, mit Beschlag belegt werden. Beim Friedensschlusse müssen sie aber zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.

Artikel 54 Die unterseeischen Kabeln, die ein besetztes Gebiet mit einem neutralen Gebiete verbinden dürfen nur im Falle unbedingter Notwendigkeit mit Beschlag belegt oder zerstört werden. Beim Friedensschlusse müssen sie gleichfalls zurückgegeben und die Entschädigungen geregelt werden.

Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in Ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch ("Nicht Rache, nicht Vergeltung ...") über die Folgen der Berliner Deklaration (x024/193-194): >>... Die Direktive JCS/1067, die Berliner Deklaration und die Potsdamer Beschlüsse bildeten ... die politische Grundlage für das Leben der Menschen im Nachkriegsdeutschland.

Der Alltag war vor allem durch die Sorge ums bloße Überleben geprägt – um die Beschaffung von Nahrung, warmer Kleidung und Brennmaterial in den kalten Monaten.

Die Deutschen hatten aufgehört, sich selbst zu bestimmen. Die genaue Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt war auf die Organe der vier Militärregierungen übertragen worden. All ihre Maßnahmen zielten auf die Durchführung der vier großen "D", die fortan das Leben der Deutschen bestimmen sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung.

Da anfangs eine allgemeine Informationssperre herrschte – es gab für Deutsche keinen Rundfunk und keine Zeitungen -, hielten viele Bürger die sofortigen strengen Maßnahmen für Willkürakte und Schikanen der Besatzer.

Bis zum 11. Juli 1945 bestand außerdem das Fraternisierungsverbot, das den Amerikanern verbot, mit deutschen Erwachsenen zu sprechen.

Bis zur Regelung der deutschen Verwaltungen in den einzelnen Ländern, die im Frühjahr 1947 langsam einsetzte, war der deutsche Landrat Partner und Gegenspieler der allmächtigen Kreismilitärregierung. Seine Aufgaben waren wesentlich unfassender, als bisher üblich. Unter der Aufsicht und Weisung der Militärregierung war der Landrat verantwortlich für alle Dienststellen, die im Kreis arbeiteten. Außerdem für die Gerichte, die Banken, die Sparkassen, die Reichsbank, die Eisenbahn, das Zuchthaus, die Zollverwaltung, das Finanzamt, das Bauamt, das Forstamt, die gesamte Wirtschaft und schließlich auch für die Vertriebenen. Eine wahre Flut von Gesetzen und Verordnungen der Militärregierung und Proklamationen des Alliierten Kontrollrates ging auf den Landrat nieder.

Zu den Landräten wurden von den Alliierten meist Personen ernannt, die im jeweiligen Gebiet bereits länger ansässig und als Gegner des Nationalsozialismus bekannt waren. Den Landräten wiederum oblag es, die bisherigen Bürgermeister abzusetzen und neue, für den Demokratisierungsprozeß geeignete Amtspersonen in den Gemeinden zu bestimmen.<<

Oskar Dirlewanger (1895 in Würzburg geboren, SS-Oberführer eines SS-Sonderbataillons, später SS-Sturmbrigade D) starb am 7. Juni 1945 angeblich nach schweren Mißhandlungen in französischer Gefangenschaft (x030/68).

Wilhelm Pieck und weitere kommunistische Emigranten trafen am 8. Juni 1945 aus Moskau ein, um Stalins Pläne zu realisieren.

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notierte am 8. Juni 1945 in ihrem Tagebuch (x111/32): >>... Es ist heiß in Berlin. Mit jedem Tag wird es heißer. Junihitze glüht über der Stadt, brütet auf ihren zahlreichen, frisch aufgeworfenen Gräbern. Unter der dünnen Staubdecke regen sich die Toten. Wie eine Giftwolke hängt der Geruch ihres Sterbens in der Luft. ...

Die "Kulis von Berlin" arbeiten mit Überstunden. Wenn sie ihre traurige Fracht durch die Straßen fahren, blickt man bekloppt beiseite. Der Mensch mag nicht zuschauen, wenn sein Mitmensch verfault. Auf Handkarren und Leiterwagen ziehen sie die Toten zu Grabe. Nur spärlich verhüllt, so wie sie sie ausgeschaufelt haben. Es gibt keine Särge in Berlin. ... Wer heute bestattet wird, dem stiftet man als letzte Ruhestätte im Höchstfall einen Pappkasten.<<

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 8. Juni 1945 über das besetzte Deutschland (x043/75): >>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ...

In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

Die sowjetische Besatzungsmacht übernahm am 9. Juni 1945 in der SBZ sämtliche Verwaltungsaufgaben. Marschall Shukow, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, ließ am 9. Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD) errichten. Dieser Apparat stellte eine zentrale sowjetische Regierung dar (x009/358).

Die SMAD setzte danach lokale und regionale deutsche Verwaltungen ein und befahl die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone (SBZ, Sowjetzone), eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).

Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen (ausgenommen West-Berlin). Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.

Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Be-

satzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR).<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Einsetzung der Sowjetischen Militäradministration in Mitteldeutschland (x046/222-223): >>... Durch Befehl Nr. 1 wurde zum Stellvertreter des Generaldirektors der Sowjetischen Militäradministration (SMA) und Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Shukow, der Generaloberst des NKVD Serov ernannt, nach dem Urteil von Generaloberst Professor Volkogonov "eine der übelsten Gestalten in Berijas Umgebung". Serov, zugleich Bevollmächtigter des NKVD der UdSSR bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, hatte seit Beginn des Krieges als Hauptwerkzeug Stalins bei der technischen Durchführung von Massendeportationen und anderen Gewalttaten fungiert, die alle unter den Begriff des Völkermordes und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit fallen.

Er war es, der einst 1939/1940 1-2 Millionen Polen, Ukrainer, Weißrussen und Juden aus dem annektierten polnischen Staatsgebiet und 1940/1941 Zehntausende von Esten, Letten und Litauern aus den annektierten baltischen Republiken in die unwirtlichen Gebiete der Sowjetunion deportierte, wie üblich unter Zerreißung der Familienbande und, wie im Baltikum, oft nach Liquidierung der Familienväter. ...

Aufgrund des Befehls Nr. 00315 des Volkskommissars Berija vom 18. April 1945 nahm Serov nun auch in okkupierten Teilen Deutschlands umgehend Massenverhaftungen unter der Zivilbevölkerung durch die von ihm geleiteten Operativgruppen des NKVD/NKGB vor. Die Verhafteten, darunter Frauen und Jugendliche, wurden als sogenanntes "Spezialkontingent" in die übernommenen oder sofort eingerichteten Konzentrationslager (Special'nye lageri NKVD SSSR) überführt, wo Zehntausende von ihnen an den unmenschlichen Lebensbedingungen zugrunde gingen.

Die Ernennung Serovs zu der politisch ausschlaggebenden Figur des sowjetischen Besatzungsgebietes und die sofort durchgeführte brutale Ausschaltung aller, die irgendwie als oppositionell eingeschätzt wurden, ließ jedenfalls keinen Zweifel daran, welche Art von Politik die Sowjetunion in Deutschland künftig zu betreiben gedachte. ...<<

Durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erfolgte die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften (x111/33): >>1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird die Bildung und Betätigung aller antifaschistischen Parteien gestattet, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste der faschistischen Elemente, die Festigung der demokratischen Grundlagen und die Entwicklung der Initiative der breiten Bevölkerung zum Ziele setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird das Recht zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen gegeben.<<

Die kommunistische Partei (KPD) schaltet danach bis April 1946 jegliche Opposition konsequent aus.

Feldmarschall Bernhard L. Montgomery (1887-1976, Befehlshaber der britischen Besatzungstruppen und Mitglied des Alliierten Kontrollrats) ließ am 10. Juni 1945 folgende Mitteilung in der britischen Besatzungszone veröffentlichen (x105/287-288): >>Ihr habt Euch oft gewundert, warum unsere Soldaten Euch gar nicht beachten, wenn Ihr ihnen zuwinkt oder auf der Straße guten Morgen wünscht und warum sie nicht mit Euren Kindern spielen.

Unsere Soldaten handeln gemäß ihren Befehlen. Ihr habt dieses Verhalten nicht gerne. Auch unsere Soldaten nicht, da wir von Natur aus ein freundliches und entgegenkommendes Volk sind. Aber der Befehl war notwendig, und ich will Euch erklären, warum.

Im Weltkrieg 1914, der durch Eure Führer begonnen wurde, wurden Eure Armeen im Felde geschlagen. Eure Generale ergaben sich, und Eure Führer gestanden im Vertrag von Versailles zu, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war.

Die Kapitulation fand jedoch in Frankreich statt. Es kam zu keinen Kampfhandlungen auf deutschem Boden. Dies veranlaßte Eure Führer, das Märchen zu verbreiten, daß Eure Wehrmacht niemals geschlagen wurde; in der Folge lehnten Eure Führer auch den Paragraphen über die Kriegsschuld des Vertrages von Versailles ab. Sie versicherten Euch, daß Deutschland weder für den Krieg verantwortlich war noch besiegt wurde. Dies glaubten viele von Euch, weil Ihr niemals Kriegshandlungen in Eurem Lande erlebt hattet.

Als Eure Führer abermals diesen Krieg mutwillig auslösten, habt Ihr ihnen Beifall gezollt. Abermals wurden Eure Armeen nach Jahren von Zerstörung und Elend geschlagen. Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, daß Ihr Eure Lektion lernen sollt, und zwar nicht nur, daß Ihr geschlagen wurdet, was Ihr jetzt wohl wissen müßt, sondern auch, daß Ihr als Nation schuld am Beginn des Krieges wart. Denn wenn dies Euch und Euren Kindern nicht klargemacht wird, mögt Ihr Euch noch einmal durch Eure Beherrscher dazu verleiten lassen, einen neuen Krieg zu führen.

Unsere Soldaten haben schreckliche Dinge in vielen Ländern gesehen, wo Eure Beherrscher Krieg führten. Ihr denkt, daß nicht Ihr, sondern Eure Führer für diese Dinge verantwortlich sind. Aber diese Führer sind aus dem deutschen Volk gewachsen. Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt ihr frohlockt, gefeiert und gelacht.

Das ist der Grund, weshalb unsere Soldaten sich Euch gegenüber nicht freundlich verhalten. Wir haben dies befohlen, um Euch, Eure Kinder und die ganze Welt vor einem neuen Krieg zu bewahren. Dies wird nicht stets so bleiben, denn wir sind ein christliches Volk, das gerne vergibt. Wir schätzen es, zu lachen und freundlich zu sein. Aber es ist unser Ziel, das Übel des nationalsozialistischen Systems zu zerstören. Es ist noch zu früh, um gewiß zu sein, daß wir dieses Ziel erreicht haben. Ihr sollt dieses Euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind, und dazu sehen, daß sie es verstehen.<<

Die deutsche Journalistin Martha Maria Gehrke (1904-1986) schrieb am 10. Juni 1945 über die Wanderschaft der deutschen Bevölkerung (x111/33-34): >>... Ich mußte eine Beschäftigung haben. Allmählich begaben sich unsere Evakuierten auf die Rückwanderung in die zerbombten Heimatstädte. Ich tat mich mit einer Bekannten und ihren drei Kindern zusammen, wir bekamen einen Passierschein, drängten uns in einen Lastwagen, der uns bis Immenstadt mitnahm. Dort fanden wir einen Zug. Die Franzosen hatten in ihrer Zone als erstes die Eisenbahn wieder in Betrieb gesetzt. Freilich dauerte das Vergnügen nur bis Lindau. Von dort brauchte man einen neuen Passierschein. Und den gab es erst am nächsten Morgen. ...

Ich trampelte los, fand das Schloßchen und traf dort auch die Freundin, die mit Mann und drei Kindern von Riga bis an den Bodensee geflüchtet war. Das Ehepaar, völlig abgemagert, zog gerade los, um bei einem Bauern, der zwei Fußstunden entfernt wohnte, etwas Milch zu erbeteln ... Sogar ein Bett ... In der Erinnerung scheint mir das am wichtigsten gewesen zu sein. Ein Bett zu finden war in jenen Zeiten ein Glücksfall.

Am nächsten Tag dann anstehen um den Passierschein für das nächste Stück Weiterfahrt. Wir fanden einen Lastwagen, der uns mitnahm. Am Abend suchten wir irgendwo in einer Halle mit ausgeschlagenen Fenstern einen Schlafplatz. In der Nacht bin ich weinend vor Kälte aufgewacht. Die 13jährige Tochter von Frau R. kroch zu mir und versuchte mich zu wärmen.

Eine Reise in vielen Etappen, so wie alle Reisen in diesem Land zu jener Zeit.<<

Walter Ulbricht trat in Ost-Berlin mit einem völlig neuen Parteiprogramm vor die Öffentlichkeit und gründete am 11. Juni 1945 die KPD.

Der Gründungsaufruf wurde von 16 KPD-Funktionären unterzeichnet, die sich mehrheitlich in den Jahren 1933 bis 1945 in der Sowjetunion aufhielten (x111/35): >>Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Franz Dahlem, Anton Ackermann, Gustav Sobottka, Ottomar Geschke, Johannes R. Becher, Edwin Hörnle, Hans Jendretzky, Michel Niederkirchner, Hermann Matern, Irene Gärtner, Bernhard Koenen, Martha Arendsee, Otto Winzer und Hans Mahle.<<

Walter Ulbricht erklärte am 11. Juni 1945 vor den KPD-Delegierten (x111/34-35): >>... Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen. ...

Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrüstung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" war, berichtete später über die Neugründung der KPD in Berlin (x111/35): >>Ein Genosse aus dem roten Wedding fragt: "Genosse Ulbricht, so richtig und notwendig dieses Programm ist ... so ist doch eines unklar: Worin unterscheidet es sich von dem Programm irgendeiner beliebigen demokratischen Partei?"

Ulbricht erwidert darauf (nun selber augenzwinkernd): "Das wirst Du schon bald merken, Genosse! Wart nur mal ein bißchen ab." ...<<

General Eisenhower meldete am 11. Juni 1945, daß die nordamerikanischen Streitkräfte insgesamt 5.224.310 Kriegsgefangene eingebracht hätten (x131/219).

Ein ehemaliger tschechischer Funktionär der Aussiger Verwaltungskommission berichtete über die Austreibungsaktion im Bezirk Aussig/Sudetenland vom 11. Juni 1945 (x005/284): >>Lidice war ein Fanal zur Aufrüttlung der ganzen zivilisierten Welt gegen die grausamste Tyrannei und die Entartung eines totalitären Regimes. Die Wahrheit und die Menschlichkeit standen damals in der Welt auf unserer Seite. Wir hatten das Recht und die Pflicht, uns nach der Beendigung des Krieges mit den Verbrechern gegen die Menschlichkeit auseinanderzusetzen.

Allerdings wurde diese Auseinandersetzung in den Grenzgebieten durch eine noch größere Unmenschlichkeit überschattet als die, die die nazistischen Verbrecher in sich trugen. So z.B. wurden die ersten Evakuierungen, eigentlich Auspeitschungen am 11. Juni 1945 durchgeführt. Die Ortsnationalausschüsse waren verpflichtet, die Personen deutscher Nationalität, die Angehörigen der Naziartei zum Abschub auszuschreiben. Man arbeitete an den Verzeichnissen bis in die Nacht. In den frühen Morgenstunden kamen in die betreffenden Gemeinden Militärabteilungen, zusammengesetzt aus den Revolutionsgarden und sogenannten Partisanen.

Auf die Aufforderung der Mitglieder der Ortsnationalausschüsse, die Deutschen nach den angefertigten Verzeichnissen zu evakuieren, bekamen sie von den vielfach betrunkenen "Offizieren" die Antwort: "Das stecken Sie sich in den ..."

Die Aktion begann. Man ging in die Wohnungen, und in einer halben Stunde mußte jede Familie auf dem Versammlungsplatz der Gemeinde sein. Schmuckstücke wurden abgenommen, und zur Sicherheit wurden Mädchen auch die Geschlechtsorgane durchsucht, ob sie dort nicht weitere Wertstücke verbergen. Danach steckte man die "Transporte" in Straßenbahnwagen nach Telnitz, und von dort mußten sie über das Erzgebirge zu Fuß nach Deutschland. Auch 78- bis 81jährigen blieb dieser Kalvarienweg nicht erspart. ...<<

Die Londoner Zeitung "Daily Mirror" berichtete am 11. Juni 1945 (x044/219): >>... Wenn man aus Deutschland kommt, so verblüfft einen als erstes, daß die Leute Geld als Bezahlung erwarten, kabelt David Walker aus Paris: Es kommt ein wenig wie ein Schock.

Die derzeitige Grundwährung in Deutschland – oder, auf jeden Fall die vertrauenswürdigste – ist eine gewöhnliche Zigarette. Für ein paar Zigaretten kann man einen ausführlichen Rundgang durch Buchenwald unternehmen; für sechs bekam ich einen sorgfältigen Haarschnitt von

einem uniformierten deutschen Polizisten.

Ein Päckchen Zigaretten hat die Kaufkraft von mindestens einem Pfund Sterling. Kaffee, Tee, Kaugummi oder Seife sind Ersatzwährungen, die alle auf dem offenen Markt gelten. Ich habe gesehen, wie eine Flasche Brandy für 40 englische Zigaretten den Besitzer wechselte.

Wer in England Freunde oder Verwandte hat, die dazu verdammt sind, eine Weile auf deutschem Territorium zu bleiben, möge dies im Auge behalten.<<

US-Botschafter William A. Harriman (1891-19869 berichtete am 11. Juni 1945 über das Schicksal der heimgekehrten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (x133/449-450): >>... Obwohl keine Beweise vorliegen, die die Berichte über die strenge Behandlung der aus den alliierten Gebieten repatriierten Sowjetbürger bestätigen, wäre es jedoch unklug, die Prämissen dieser Berichte in Frage zu stellen.

Die sowjetische Regierung und die Militärs haben aus ihrer Verachtung für die in Kriegsgefangenschaft geratenen sowjetischen Truppen nie ein Hehl gemacht. Die Sowjetregierung hat die Genfer Konvention nicht unterzeichnet und während des ganzen Krieges alle Annäherungen der Feindmächte zurückgewiesen, eine Vereinbarung über die Behandlung der Kriegsgefangenen zu erreichen, die auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der sowjetischen Gefangenen in Deutschland bedeutet hätte.

Obwohl die Repatriierung bereits seit Monaten stattfindet, ist der Botschaft nur ein einziger Fall eines Gefangenen bekannt, der zu seiner Familie nach Moskau heimgekehrt ist und seiner Vorkriegsbeschäftigung wieder nachgeht. Dieser Mann litt unter Tuberkulose und wurde nach viermonatiger Haft in einem Lager bei Moskau entlassen.

Es ist bekannt, daß die Repatriierten an den Ankunftshäfen von Polizeiwachen in Empfang genommen werden. Ganze Eisenbahntransporte mit Rückkehrern kommen durch Moskau und fahren weiter nach Osten. Während sie auf Moskauer Güterbahnhöfen halten, wird den Passagieren keinerlei Verbindung mit der Außenwelt erlaubt. Obgleich es nur wenige Informationen hierüber gibt, wird jedoch angenommen, daß die Repatriierten zunächst einer intensiven polizeilichen Überprüfung unterzogen werden. ...

Es ist durchaus möglich, daß Leute, die der vorsätzlichen Desertion oder staatsfeindlicher Akte angeklagt sind, erschossen werden, während einige, die sich im Krieg gut geführt haben und entweder als Verwundete oder unter ähnlichen Umständen in Gefangenschaft gerieten und sich geweigert haben, für die Deutschen zu arbeiten, nach Hause entlassen werden. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Mehrzahl der Repatriierten in Zwangsarbeiter-Bataillone kommt und unter polizeilicher Aufsicht zu Umbauprojekten im Ural, Innerasien, Sibirien und im hohen Norden herangezogen wird.<<

Mehrere Naturwissenschaftler schrieben am 11. Juni 1945 an den US-Kriegsminister, um den Einsatz von Atombomben zu verhindern (x191/109): >>Wir meinen, daß die Überlegungen nicht dafür sprechen, nukleare Bomben in einem baldigen, unvorhergesehenen Angriff gegen Japan einzusetzen. Wenn die Vereinigten Staaten das erste Land wären, welches die neuen Mittel zur rücksichtslosen Zerstörung der Menschheit anwendete, würden sie auf die Unterstützung aller Welt verzichten, den Aufrüstungswettlauf beschleunigen und die Chancen für ein zukünftiges internationales Abkommen zur Kontrolle derartiger Waffen zunichte machen. ...<<

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 12. Juni 1945 (x043/32): >>Radio Moskau gab Kenntnis von einer Botschaft, die Marschall Stalin anlässlich des 3. Jahrestages des sowjetisch-amerikanischen Paktes an Präsident Truman gesandt hat. In der Botschaft heißt es: Dieses Abkommen, auf dessen Grundlage die Vereinigten Staaten der Sowjetunion während des Krieges in Europa Leih- und Pachtrüstungen, strategisches Material und Lebensmittel geliefert haben, war von großer Bedeutung und trug in beträchtlichem Ausmaß zur erfolgreichen Beendigung des Krieges gegen Hitler-Deutschland bei.<<

US-General Eisenhower erklärte während der Verleihung der Londoner Ehrenbürgerrechte am 12. Juni 1945 (x114/1.43): >>... Viele Wochen eingehender Studien in dem verfallenen Deutschen Reich haben in mir die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nie wieder zu einem Zustand zurückkehren wird, den die Deutschen selbst als "normal" empfinden. Die Deutschen verstehen unter dem Begriff "normal" die Vorstellung, daß Deutschland imstande ist, mit jeder anderen hochzivilisierten und stark industrialisierten Nation der Welt konkurrieren zu können.

Dieses Ziel wird Deutschland, obgleich es heute Millionen Reichsangehörigen vorschwebt, nie wieder erreichen, das heißt, wenn die Anregungen befolgt werden, die von mir und meinem Stab ausgehen. Rußland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten sind zweifellos entschlossen, es Deutschland für alle Zeiten unmöglich zu machen, wieder einen Krieg zu führen, und damit ergeben sich zwangsläufig Vorsichtsmaßregeln, die Deutschland aus der Reihe der großen Industriestaaten ausschalten.<<

Die "Yorkshire Post" berichtete am 12. Juni 1945 über die Vertreibung der Sudetendeutschen (x111/35): >>... Zehntausende strömen in hilflosen Gruppen durch die Berge zurück in das zerfallene Reich. Sie ziehen zu Fuß oder auf Ochsenkarren, in die sie ihr spärliches Hab und Gut und ihre zerlumpten Kinder hineingepfercht haben. Sie werden vom Hunger gepeinigt und von der Furcht gejagt und sind ohne Hoffnung.

Zuerst mußten die Sudetendeutschen gehen, die offen ihre Sympathie für Hitler bekundet hatten, dann folgten auch die, die 20 und 30 Jahre lang im Land einen festen Wohnsitz gehabt hatten, und schließlich selbst die zweite Generation.<<

Die "Tägliche Rundschau" veröffentlichte am 14. Juni 1945 zehn wesentliche Forderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (x111/36): >>1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitler-Regimes und der Hitler- Partei.

2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit.

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes.

4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- bzw. Länderverwaltungen und der entsprechenden Landtage.

5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung.

6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes zur Verfügung der kommunalen oder provinziellen Selbstverwaltungsorgane.

7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens sowie des lebenden und toten Inventars an die Provinzial- bzw. Landesverwaltung zur Zuteilung an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern.

8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, sowie jener Betriebe, die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder.

9. Friedliches und gut nachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern.

10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitler-Aggression den anderen Völkern zugefügten Schäden. Gerechte Verteilung der sich daraus ergebenden Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach dem Grundsatz, daß die Reicheren auch eine größere Last tragen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien dienen kann.<<

Das SHAEF-Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte in Europa wurde am 14. Juni 1945 aufgelöst. General Eisenhower (US-Militärgouverneur in Deutschland) blieb Oberbefehlshaber

der nordamerikanischen Streitkräfte in Europa.

Die US-Militärregierung erleichterte am 14. Juni 1945 die bisherigen Reiseverkehrsbeschränkungen der bayerischen Bevölkerung (im Kreis des Wohnortes entfielen z.B. Passierscheine). Die britischen Soldaten erhielten am 14. Juni 1945 die Erlaubnis, mit deutschen Kindern zu sprechen und zu spielen (x111/36).

Der deutsche Schriftsteller Erich Kästner (1899-1974) notierte damals in seinem Tagebuch (x111/37): >>Der Frieden macht die ersten Gehversuche. Er lernt laufen. Wie ein kleines Kind. Wir dürfen an den Gehversuchen teilnehmen. Vor ein paar Tagen wurde die Spazierzone erweitert. ...<<

Die tschechoslowakische Regierung forderte von Polen am 14. Juni 1945 die Abtretung der Gebiete um Glatz, Ratibor und das Hultschiner Ländchen (x111/36).

Tschechische Militärkommandanten ordneten am 14. Juni 1945 "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an.

Am 14. Juni 1945 wurde z.B. folgender Ausweisungsbefehl für Böhmisches Leipa/Sudetenland erteilt (x004/325-327): >>Befehl des Militärortskommandanten.

Die Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit, ... ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, verlassen am 15. Juni 1945, um 5 Uhr früh, ihre Wohnungen und marschieren ... auf den Sammelplatz beim Bräuhaus in Ceske Lipe. ...

Die Anordnung betrifft nicht die nachstehend angeführten Personen und die Familien derselben:

1. Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Feuerwehr. ...

5. Angestellte der Eisenbahn, der Post sowie der Verkehrsunternehmen. ...

Jeder Einzelperson, auf die sich die Ausweisung bezieht, ist es gestattet mitzunehmen:

a) Lebensmittel auf 7 Tage und

b) die allernotwendigsten Sachen für ihren persönlichen Bedarf in einer Menge, die sie selbst tragen kann; ...

Wertsachen: Gold, Silber und alle aus diesen Metallen hergestellten Gegenstände (Ringe, Broschen usw.), ... Einlagebücher, Versicherungen, Bargeld, mit Ausnahme von 100 RM pro Kopf sowie Photoapparate sind in ein Säckchen einzulegen oder in verschnürte Papierpäckchen einzupacken. ... Diese Wertsachen ... werden an der Versammlungsstelle abgegeben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß jede Einzelperson einer strengen Leibesvisite unterzogen wird. Auch der Inhalt der Gepäckstücke wird genau überprüft werden. Es ist daher jede Verheimlichung der angeführten Gegenstände ... zwecklos und wird bestraft werden.

Haustiere bleiben an Ort und Stelle, das Verzeichnis der Tiere ist unter Angabe der Hausnummer und der Straße gleichzeitig mit den Schlüsseln an der Versammlungsstelle abzugeben.

Unbewegliches Eigentum und Einrichtung, wie ... Maschinen und Geräte, ist an Ort und Stelle zu belassen, jede absichtliche Beschädigung dieses Eigentums oder Einrichtung wird streng bestraft werden. Desgleichen wird die Übergabe ... an andere Personen, zwecks Aufbewahrung, bestraft werden. ... Beim Abgang sind alle Haus- und Wohnzimmereingänge ... zu verschließen. ... Vor dem Verlassen ... der Gebäude muß jede Eingangstür verschlossen und mit einem Streifen Papier so verklebt werden, daß dieser beide Türflügel verbindet und das Schlüsselloch überdeckt. ...

Nach Übernahme der Schlüssel werden alle Gebäude sofort von Militär- und Gendarmerieorganen durchsucht werden. Personen, welche unberechtigt und absichtlich die Gebäude nicht verlassen haben, haben eine strenge Strafe zu erwarten. ...<<

In Berlin erfolgte am 15. Juni 1945 die Neugründung der SPD.

Otto Grotewohl (1894-1964, 1925-1933 Mitglied des Reichstages, 1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ) forderte im Gründungsaufruf vom 15. Juni 1945 (x111/37): >>... Demokra-

tie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sind bereit und entschlossen, hierbei mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten. Wir begrüßen daher auf das wärmste den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, der zutreffend davon ausgeht, daß der Weg für den Neubau Deutschlands von den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen abhängig ist und daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage die Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten, Freiheiten und Pflichten für das Volk erfordern.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 15. Juni 1945 in ihrem Tagebuch über deutsche Vertriebene auf der Autobahn Berlin-Frankfurt/Oder (x111/37): >>... Barmherziger Himmel. Sind wir in die Völkerwanderung geraten?

In endlosem Elendszug wälzt es sich vor uns von Osten nach Westen. Frauen und Männer, Alte und Junge wahllos durcheinandergewürfelt, wie das Schicksal sie zusammentrieb. Aus Posen die einen, die anderen aus Ostpreußen. Diese aus Schlesien, jene aus Pommern. Sie schleppen ihre Habe auf dem Rücken. Irgendwohin, wohin die Füße sie tragen.

Ein Kind wankt vorüber. Ein jämmerliches Bürschchen. "Tut mir so weh", schluchzt es in sich hinein. Kläglich balanciert es auf nackten Hacken und reckt seine blutenden Fußsohlen spitzwinkelig in die Luft. ...

Da stirbt doch jemand, denke ich und schaue bestürzt auf den wackeligen Leiterwagen, den ein Mann hinter sich herkarrt. ... Man hat zwei Kissen hineingestopft, ein Bündel Stroh und eine wattierte Decke. Auf der Decke liegt eine Greisin. Weißhaarig, in dörflichem Sonntagsstaat. Die Hände über der Brust gefaltet, blickt sie feierlich hinauf in den Himmel. Um ihre Nase dämmern blaue Schatten. Der Wagen holpert. Kraftlos schlenkert ihr Kopf hin und her. Noch zehn, zwölf Atemzüge, dann wird der Mann eine Leiche ziehen. Er dreht sich nicht um. Schwerfällig tritt er seines Weges. Er merkt es wohl kaum, daß ein Mensch hinter ihm stirbt. ...

Was fragt die Weltpolitik danach, ob deutsche Flüchtlinge ohne Schuhe gehen, ohne Strümpfe, auf blutenden Füßen? Andere Dinge stehen auf dem Spiel. Größere ... entscheidendere. Und hat es uns denn etwas ausgemacht, als Hitler die Ukraine entvölkerte?<<

Der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer (1888-1967, CSU-Politiker) erklärte am 15. Juni 1945 während einer Rundfunkansprache (x073/219): >>Keine nationalsozialistische Lüge, kein Massenterror darf mehr sein; auch der Zwilling Bruder des Nationalsozialismus, der Militarismus und Kadavergehorsam, muß verschwinden. ...<<

Staatspräsident Benesch erklärte am 15. Juni 1945 in Pilsen (x004/114): >>... Die Regierung ist sich der Bedeutung des Verrats der Deutschen und Ungarn im Jahre 1938 wohl bewußt, und sie hat deshalb mit Recht den Beschluß gefaßt, die Republik von diesen verräterischen Elementen zu säubern. ...

Es ist uns bekannt, daß die Deutschen viele Gebiete unseres Landes aus eigenem Antrieb und im Bewußtsein ihrer Schuld verlassen haben, aber in einer Reihe von Fällen hat man auch unsererseits nicht korrekt gehandelt. Ich habe deshalb angeordnet, daß diese Mißstände abgestellt werden. ...

Ich kann euch zusichern, daß dieses große (sudetendeutsche) Problem eine befriedigende Erledigung finden wird.<<

Ausweisungsbefehl vom 15. Juni 1945 für die Einwohner von Ebersdorf/Sudetenland (x004/-325): >>... Es wird Ihnen aufgetragen, sich mit der ganzen Familie bis zum 18.6.1945, 10 Uhr, zwecks Abreise aus dem Gebiete der CSR vorzubereiten.

Jede Person kann höchstens 30 kg Gepäck mitnehmen. Die Aufforderung zum Abgang wird noch am morgigen Tage erfolgen, vor der Aufforderung dürfen Sie die Wohnung nicht verlas-

sen.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß jedwede Beschädigung, Vernichtung u.ä. des Eigentums und der Einrichtung des Haushalts sogar mit dem Tode bestraft wird.

Diese Auswanderung erfolgt in voller Übereinstimmung mit dem Kommando der Russischen Armee. Die bestimmten Personen sammeln sich ... vor dem Gasthaus K. um 11 Uhr. ...<<

Die alliierten Militärbehörden veröffentlichten am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >>Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.

Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<<

Generaloberst Nikolaj E. Bersarin (ein entschlußfreudiger sowjetischer Offizier, der die sowjetisch-deutsche Verständigung suchte und Verbesserungen der Lebensmittelversorgung förderte) "verunglückte" am 16. Juni 1945 während einer Inspektionsfahrt mit einem Motorrad tödlich. Die Umstände des tragischen Todes des ersten Berliner Stadtkommandanten, der von einem sowjetischen Militärlastkraftwagen überrollt wurde, wurden nie restlos aufgeklärt (x116/63).

Die deutsche Schriftstellerin Karla Höcker (1901-1992) schrieb am 16. Juni 1945 in ihrem Tagebuch (x111/38): >>Erste Radfahrt mit Gerry nach Potsdam. Unvorstellbar! Von der Langen Brücke standen nichts als Trümmer. Stadtschloß, Kolonnaden, ganze Straßenzüge vernichtet. Kirchenschiff und Marmorkuppe der Garnisonskirche zerstört, der Turm ohne Spitze. Erst vom Nauener Tor an wird es besser, und auf der Fahrt nach Wildpark kommt man durch fast heile Straßen. In Sanssouci soll nichts passiert sein. ...

Später wieder die wilde Kulisse neben der Straße: Wald mit zerschossenen Baumkronen, gestrandete Tanks, hier und da tote Soldaten.<<

Die US-Militärregierung entließ am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten waren (x111/38).

In der "Münchener Zeitung" schrieb der Historiker Friedrich Meinecke (1862-1954) am 16. Juni 1945 über das NS-Regime (x111/38): >>Es war doch ein in der Geschichte niemals vorher so ingeniös (erfinderisch) geübter und unentrinnbarer Terror, der uns überwältigte. ...<<

Die schwedische Regierung erklärte sich am 16. Juni 1945 bereit, alle deutschen und baltischen Kriegsgefangenen an die UdSSR auszuliefern.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später (x130/194): >>Sehr bald wurde erschreckend klar, daß der Auslieferungsbeschluß der (schwedischen) Regierung in eklatantem Widerspruch zu den laut verkündeten Grundsätzen von Humanität und Neutralität stehe, ganz zu schweigen von der Tatsache, hierbei von völkerrechtlichen Normen abgewichen zu sein.

Die am 31. Juli 1945 angetretene rein sozialdemokratische Regierung (Schwedens), die behauptete, betreffend der Auslieferung nur einen Beschluß der von ihr abgelösten Koalitionsregierung zu erfüllen, war angelegentlich darum bemüht, mit der Sowjetunion einen Handelsvertrag abzuschließen. Das ganz öffentlich ventilierte Gerücht, die Regierung hätte deswegen an der Auslieferung festgehalten, um Rußland in jeder Weise günstig zu stimmen, dürfte vieles für sich haben.

Zwei Umstände sind da beachtenswert: daß erstens Schweden mehr Soldaten auslieferte, als Rußland für billig erachtete, und daß zweitens Rußland in keiner Weise übermäßig an der Übernahme der Soldaten interessiert war. ...<<

Stalin telegrafierte am 16. Juni 1945 an US-Präsident Truman und forderte, die US-Truppen

ab 1. Juli 1945 aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abziehen (x116/58).

Das Statut der Vereinten Nationen wurde am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377-378):
>>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.

Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;
2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen;
3. Zusammenarbeit der Nationen zu erzielen in der Lösung internationaler, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme und bei der Förderung und Unterstützung des Respekts für die Grund- und Freiheitsrechte des Menschen für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und
4. ein Mittelpunkt zu sein, von dem aus die Handlungen der Nationen zur Erreichung dieser gemeinsamen Ziele in Einklang gebracht werden.

Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder sollen entsprechend den in Artikel 1 festgestellten Zielen in ihren Handlungen folgende Grundsätze beobachten:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz gleicher Souveränität aller ihrer Mitglieder.
2. Um die aus der Mitgliedschaft sich ergebenden Rechte und Rechtsvorteile für alle Mitglieder zu sichern, sollen alle Mitglieder die von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Pakt übernommenen Verpflichtungen in Treu und Glauben erfüllen.
3. Alle Mitglieder sollen ihre zwischenstaatlichen Streitigkeiten auf friedlichem Wege auf eine solche Weise schlichten, daß internationaler Friede und internationale Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder sollen in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Unversehrtheit des Gebietes oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder sonst irgendeine andere mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Handlungsweise unterlassen. ...

Artikel 4:

1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in dem gegenwärtigen Pakte enthaltenen Verpflichtungen übernehmen und nach Ansicht der Organisation fähig und willig sind, diese Verpflichtungen zu erfüllen. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 17. Juni 1945 in ihrem Tagebuch über ihre Fahrt nach Berlin (x111/38): >>... Zerfetzte Wälder, besät mit Kriegsmaterial, Kolonnen verlassener Fahrzeuge, zu Wracks geschossene Panzer, Stahlhelme auf Soldatengräbern, tote Pferde und Gestank nach Verwesung – das ist der Kessel von Halbe. ... Ragt dort nicht ein Bein aus der Erde? Stumm streckt es sich gegen lichtgrünen Buchenwipfel. ...

Am Abend liegt der Kessel von Halbe hinter uns. Vor uns breiten sich Wiesen und Felder in unberührtem Frieden. Immer von neuem erstaunt uns dieses Wunder. Daß der Krieg so sporadisch ist; daß er schont und vernichtet in übergangslosem Gegensatz. Chaos setzt er neben Idylle, Idylle neben Chaos.<<

In Köln wurde am 17. Juni 1945 die rheinische CDU (CDVP) gegründet.

Die britische Regierung forderte die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktio-

nen zu beenden und erklärte (x004/113): >>1. ... (daß Großbritannien) nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.

2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

In der Stadt Prerau (ein Bahnknotenpunkt in Mähren) wurden 247 Karpatendeutsche, die in ihre Heimat zurückkehren wollten, von Revolutionsgardisten aus einem Zug gezerrt und erschossen (x004/173).

Das State Department legte US-Präsident Truman am 18. Juni 1945 ein Memorandum über die "Umsiedlung" der Sudetendeutschen vor (x028/111): >>... Eines der schwierigsten Probleme wird aus der bereits ausgesprochenen Absicht der tschechischen Regierung entstehen, Deutsche in großer Anzahl zu vertreiben.

In diesem Punkt können die Interessen der Tschechoslowakei und die der Besatzungsmächte aufeinanderstoßen. Die Tschechen sind daran interessiert, die Vertreibung möglichst zu beschleunigen, das entspräche dem Volksempfinden den Deutschen gegenüber und würde die Besatzungsmächte vor vollendete Tatsachen stellen. Andererseits könnte es das Interesse der Besatzungsmächte fordern, solche Umsiedlungen in großem Maßstab zu vermeiden oder hinauszuschieben, um nicht mit dieser zusätzlichen Verantwortung belastet zu werden.<<

Die von der Berliner SPD unterbreiteten Vorschläge für eine gemeinsame Zusammenarbeit mit der KPD wurden von den Vertretern des Zentralkomitees der KPD am 19. Juni 1945 abgelehnt.

Walter Ulbricht (KPD) erklärte am 19. Juni 1945 (x111/39): >>Die Zeit für eine organisatorische Vereinigung ist noch nicht gekommen. Eine verfrühte Vereinigung trägt den Keim neuer Zersplitterung in sich und diskreditiert dadurch den Gedanken der Einheit. ...<<

Der Präsident der tschechischen Republik erließ am 19. Juni 1945 ein Dekret über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte (x004/211-223): >>Nach unnachsichtiger Gerechtigkeit rufen die unerhörten Verbrechen, welche die Nazisten und ihre verräterischen Mitschuldigen der Tschechoslowakei gegenüber begangen haben.

Die Verknechtung des Vaterlandes, das Morden, die Versklavung, die Plünderungen und die Demütigungen, deren Opfer das tschechoslowakische Volk war, und alle diese qualifizierten deutschen Bestialitäten, bei denen leider auch untreu gewordene tschechoslowakische Bürger mitgeholfen oder mitgewirkt haben, wobei einige von ihnen auch hohe Ämter, Mandate oder Ränge mißbrauchten, müssen unverzüglich die verdiente Strafe erhalten, damit das nazistische und faschistische Übel von den Wurzeln her zerstört wird. Deshalb bestimme ich auf Vorschlag der Regierung folgendes: ...

Verbrechen gegen den Staat.

§ 1 ... Anschläge gegen die Republik (§ 1), (werden) mit dem Tode bestraft; ...

§ 3 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) die faschistische Bewegung oder nazistische Bewegung propagiert oder unterstützt hat, ... wird, wenn er keine strenger zu bestrafende Handlung begangen hat, wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 20 Jahren bestraft, hat er jedoch ein solches Verbrechen in der Absicht begangen, das nationale oder staatliche Bewußtsein des tschechoslowakischen Volkes, insbesondere der tschechoslowakischen Jugend zu zerstören, so wird er mit schwerem Kerker von 10 bis 20 Jahren und bei Vorliegen besonders erschwerender Umstände mit schwerem Kerker von 20 Jahren bis lebenslänglich oder mit dem Tode bestraft. ...

Verbrechen gegen Personen.

§ 5 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten ... folgende Verbrechen begangen hat:

a) Nach dem Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852, ... das Verbrechen der öffentlichen Gewalt-

tätigkeit durch Menschenraub, der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Behandlung eines Menschen als Sklaven, des Mordes, des Totschlages und der schweren körperlichen Beschädigung ... und des Kindesraubes, wird mit dem Tode bestraft. ...

§ 6 (1) Wer in dem gleichen Zeitraum der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) zugunsten der Kriegsanstrengungen Deutschlands oder seiner Verbündeten Zwangs- und Pflichtarbeit angeordnet sowie derjenige, welcher beim Erlassen und bei der Durchführung einer solchen Anordnung mitgewirkt hat, wird, wenn er kein strenger zu bestrafendes Verbrechen begangen hat, wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 10 Jahren bestraft. ...

Verbrechen wieder das Vermögen.

§ 8 (1) Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18) im Dienste oder im Interesse Deutschlands oder seiner Verbündeten ... folgende Verbrechen begangen hat:

a) Nach dem Strafgesetzbuch vom 27. Mai 1852, ... das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Beschädigung fremden Eigentums, ... Verbrechen der Brandstiftung, des Raubes, ... wird mit dem Tode bestraft. ...

Denunziantentum.

§ 11 Wer in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik im Dienste oder im Interesse des Feindes ... einen anderen wegen irgendeiner wirklichen oder erfundenen Tat angezeigt hat, wird wegen Verbrechens mit schwerem Kerker von 5 bis 10 Jahren bestraft. ... Hatte die Anzeige zur mittelbaren oder unmittelbaren Folge den Verlust der Freiheit einer größeren Zahl von Menschen oder eine schwere Gesundheitsschädigung, so wird als Strafe lebenslänglicher Kerker, hatte sie den Tod irgend jemandes zur Folge, die Todesstrafe verhängt. ...

§ 14 Verurteilt das Gericht wegen eines in diesem Dekret genannten Verbrechens und nimmt es nicht von einer Bestrafung Abstand, so spricht es zugleich aus:

a) daß der Verurteilte für eine bestimmte Zeit oder für immer die bürgerlichen Ehrenrechte verliert;

b) daß der Verurteilte einen Teil der Freiheitsstrafe oder die ganze Strafe in besonderen Zwangsarbeitsabteilungen verbüßt, die durch ein besonderes Gesetz errichtet werden;

c) daß sein gesamtes Vermögen oder ein Teil seines Vermögens zugunsten des Staates verfällt. ...

§ 16 (1) Eine Freiheitsstrafe darf nicht unter die Grenze des Strafmaßes herabgesetzt, und ihre Art darf nicht in eine mildere umgewandelt werden. ...

§ 17 Die nach diesem Dekret strafbaren Verbrechen und die Vollstreckung der Strafe verjähren nicht. ...

§ 20 ... 1. Bei Verbrechen gegen den Staat wird die Begünstigung in gleicher Weise wie das Verbrechen bestraft;

2. Bei diesen Verbrechen ist auch die Begünstigung durch Verbergen nahestehender Personen ebenso wie das Verbrechen strafbar und wird mit schwerem Kerker von einem Jahr bis zu 10 Jahren, wenn dieses Dekret jedoch das Verbrechen selbst mit der Todesstrafe belegt, mit schwerem Kerker von 5 bis 20 Jahren bestraft. ...

Die außerordentlichen Volksgerichte.

§ 21 Den außerordentlichen Volksgerichten steht die Gerichtsbarkeit über alle Verbrechen zu, die nach diesem Dekret strafbar sind ...

§ 22 (1) Das außerordentliche Volksgericht ... (besteht) aus einem Vorsitzenden, der Berufsrichter sein muß und 4 Laienrichtern. ...

§ 23 Bei der Abstimmung geben zuerst die Laienrichter die Stimme ab, und zwar die älteren vor den jüngeren. ...

§ 27 Das Verfahren vor dem außerordentlichen Volksgericht ist mündlich und öffentlich. ...

§ 31 (1) Gegen ein Urteil der außerordentlichen Volksgerichte gibt es keine Rechtsmittel. Ein von wem auch immer eingereichtes Gnadengesuch hat keine aufschiebende Wirkung.

(2) Die Todesstrafe wird in der Regel innerhalb von 2 Stunden nach der Verkündung vollstreckt. Auf ausdrückliches Ansuchen des Verurteilten kann die Frist um eine weitere Stunde verlängert werden. ...

Das außerordentliche Volksgericht kann auch entscheiden, daß die Todesstrafe öffentlich vollzogen wird. Dies geschieht insbesondere dann, wenn die grausame Art, in der das Verbrechen begangen wurde, oder der ruchlose Charakter des Täters, die Zahl seiner Verbrechen oder seine Stellung für eine öffentliche Vollstreckung des Urteils sprechen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die willkürlichen Strafverfahren und die Lebensverhältnisse der Deutschen in der Tschechoslowakei (x004/73-83): >>... Schon im Kaschauer Programm war die Bestrafung von Personen, die sich entweder eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht oder sich gegen den tschechoslowakischen Staat und das tschechoslowakische Volk vergangen hatten, als notwendige Maßnahme angekündigt worden.

Diese Forderung wurde dann durch eine Reihe von Dekreten des Präsidenten der Republik vom Mai bis Oktober 1945 erfüllt. ... Hierher ist vor allem das Dekret vom 19. Juni 1945 über "die Bestrafung nazistischer Verbrecher, Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte" zu rechnen. ...

... Analog der gleichzeitigen Regelungen in anderen Ländern hat der tschechische Staat die Verfolgung individueller Verbrechen und Vergehen mit kollektiven Strafmaßnahmen vermischt, die um so schwerer zu rechtfertigen waren, als sie von der Hypothese einer ungebrochenen staatlichen Autorität und Kontinuität ausgingen, die auch nach internationalem Recht nicht angenommen werden konnte.

Den Weg, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verfolgen, weil sie unabhängig von staatlichen Rechtssetzungen Verurteilung verlangen konnten, ist die tschechische Regierung nicht gegangen. Sie stellte vielmehr im Sinne einer nationalistischen Politik Verbrechen gegen den tschechischen Staat unter Strafe, womit sie nichts anderes erstrebte als die juristische Begründung für kollektive Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen. ...

Für alle hier als verbrecherisch bezeichneten Handlungen oder deren Begünstigung wurden Freiheitsstrafen von 5 bis 10 Jahren, bei erschwerenden Umständen bis zu lebenslänglichem schweren Kerker bzw. die Todesstrafe festgesetzt. ...

Wo lagen hier die genau fixierbaren Grenzen für strafbare Handlungen und solche, die es nicht waren? ... Hier wie an anderen Stellen ließen die vagen Bestimmungen des Gesetzes weiten Raum für die verschiedensten Auslegungen.

Das zeigte sich schon bei den Verhaftungsaktionen gegen Sudetendeutsche, die gerade im Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dekrets des Präsidenten ihren Höhepunkt erreichten und den im Dekret bezeichneten Personenkreis zu erfassen vorgaben.

Nicht nur Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen und Angehörige des ehemaligen Sudetendeutschen Freikorps, gegen die man besonders scharf vorging, wurden von ihnen betroffen, sondern auch in örtlich verschiedenem Grade eine beträchtliche Anzahl politisch nicht belasteter Personen. Politische Beschuldigungen dienten vielfach als Vorwand für die Entfernung wohlhabender Deutscher und ihrer Familien aus ihrem Besitztum, um es ungestörter ausplündern oder tschechischen Interessenten übergeben zu können. ...

Die ... eines Verbrechens beschuldigten oder nur verdächtigen Personen wurden in die Gefängnisse und, als diese überfüllt waren, in die zahlreich errichteten Lager eingewiesen, wo viele von ihnen unmenschlichen Behandlungs- und Verhörmethoden, Epidemien und Mangelkrankheiten zum Opfer fielen.

Es kommt des weiteren hinzu, daß die unterschiedliche Praxis der mit dem Dekret vom 19. Juni 1945 eingerichteten außerordentlichen Volksgerichte, die sofort ihre Tätigkeit aufnahmen, bei den Sudetendeutschen den Eindruck verstärkte, auch in der Rechtsprechung reiner

Willkür ausgeliefert zu sein.

Gegen die Urteile der Volksgerichte, die bei jedem Kreisgericht errichtet wurden, gab es keine Berufung; sie entschieden unmittelbar über Leben und Tod. Unter den 5 Richtern eines Senats war nur ein Berufsrichter. "Dem Beschuldigten werden", wie es in einem Bericht über die Volksgerichtsverfahren heißt, "ex offo-Verteidiger" zugeteilt, die sich aber in der Regel bei der herrschenden Stimmung in keiner Weise exponieren.

Die Verfahren werden rechtlich und prozessual ganz verschieden durchgeführt, meist herrscht ein Massenbetrieb, der die Führung von Zeugen noch mehr erschwert, als es die damals gegebenen Verhältnisse begründen. Sprachliche Schwierigkeiten, Unkenntnis des Dekrets; Voreingenommenheit der Richter und Staatsanwälte verursachen eine Unmenge von Unrecht und unnötiger Härte."

Die eines Verbrechens im Sinne des Dekretes vom 19. Juni (1945) Beschuldigten warteten oft monatelang unter härtesten Haftbedingungen auf ihr Verfahren. Oft erfuhren sie überhaupt nicht, wessen man sie beschuldigte. Manche der Verhafteten wurden nach vielen Monaten mit der Erklärung entlassen, es läge nichts gegen sie vor. Viele Prozesse wurden im Schnellverfahren durchgeführt und dauerten oft nur 15 Minuten wobei meist langjährige Freiheitsstrafen verhängt wurden.

Die auf solche Weise Abgeurteilten hatten einen Teil oder die ganze Strafe in Zwangsarbeits-Sonderabteilungen zu verbüßen, die vorwiegend zur Beseitigung von Kriegsmaterial und Trümmern, beim Bau von öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt wurden. Solche Abteilungen bildete man auch aus den noch nicht verurteilten Häftlingen in den Gefängnissen und Strafanstalten.

Gegen Ende der organisierten Ausweisungsaktion wurde ein großer Teil der bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe Verurteilten und Untersuchungshäftlinge, die keine höhere Strafe zu erwarten hatten, in die Ausweisungstransporte eingewiesen.

Justizminister Drtina, der im Juni/Juli 1947 im Parlament wegen dieser Maßnahmen heftig angegriffen wurde, begründete sie mit dem Hinweis, daß man die Häftlinge deswegen ausgewiesen habe, um nicht für ihre Familien, die auf Grund der tschechoslowakischen Vereinbarungen nicht ohne ihren Ernährer ausgewiesen werden konnten, sorgen zu müssen. Die einzelnen Fälle seien im Justizministerium sorgfältig geprüft worden. Man wollte vor allem auch verhindern, daß die Häftlinge nach der Verbüßung ihrer Strafe in der CSR blieben und vielleicht nicht mehr abgeschoben werden konnten. ...

Gewiß mußten alle diejenigen, die wirklicher Verbrechen überführt waren, bestraft werden, aber die politischen und rechtlichen Hypothesen auf denen das Retributionsdekret beruhte, ebenso wie die Verfahrenspraxis schufen statt Recht in vielen Fällen neues Unrecht.

So gerieten auch eine Reihe der großen Prozesse gegen Repräsentanten des deutschen Regimes in das Zwielficht politischer Vergeltungsmaßnahmen. Das gilt z.B. für die Verhandlung, die vom 10. Dezember 1946 bis 15. Februar 1947 im Kriegsgericht Prag-Süd in Pankrac gegen 16 Abgeordnete und Senatoren der Sudetendeutschen Partei geführt wurde, den sog. "Abgeordnetenprozeß".

Das Retributionsdekret, das zur Bestrafung und Ausschaltung vorwiegend der Deutschen und ihrer tschechischen Kollaborateure erlassen worden war, wurde nach dem kommunistischen Umsturz erneuert und als Instrument der neuen Machthaber diesmal fast ausschließlich gegen ihre tschechischen politischen Gegner angewandt. Wie eine Reihe weiterer gegen die Deutschen gerichteten Dekrete und Gesetze erwies es sich als Hilfsmittel der Kommunisten zur Verwirklichung ihrer politischen und sozialrevolutionären Ziele. ...

Bei 24 außerordentlichen Volksgerichtshöfen wurden insgesamt 132.549 Verfahren eingeleitet, von denen 130.111 erledigt wurden. Von diesen wurden 38.316 Fälle behandelt und 4.592 ordentlichen Gerichten übergeben. 40.534 Fälle wurden nicht aufgenommen, die übrigen fie-

len unter das sog. kleine Retributionsdekret (... das Dekret betraf allein Tschechen und Slowaken und befaßte sich mit geringfügigeren Vergehen). 713 Personen, darunter 475 Deutsche und 234 Tschechen, wurden zum Tode, 741 Personen, darunter 443 Deutsche und 293 Tschechen, zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. 19.888 Personen erhielten Freiheitsstrafen von insgesamt 206.334 Jahren. 745 Verurteilten wurden die Strafen erlassen, 9.132 Personen freigesprochen.

Von der Idee kollektiver Schuld und Verantwortung gingen auch eine Reihe weiterer gegen die Deutschen (und Madjaren) insgesamt gerichteter demütigender und diskriminierender Maßnahmen aus, die zum großen Teil der nationalsozialistischen Judenpolitik nachgeahmt waren und mit ihr gerechtfertigt wurden.

Dazu gehörte die befohlene Kennzeichnung der Deutschen durch besondere weiße oder gelbe Armbinden oder weiße Stoffflecken mit einem aufgezeichneten N (Nemec = Deutscher), das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen, die Behinderung der Bewegungsfreiheit durch Sperrstunden mit der Anordnung, den Wohnort über einen Umkreis von 7 km hinaus nicht zu verlassen, und weitere Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Existenz. Auch die Festsetzung der Verpflegungssätze nach den im Dritten Reich für Juden festgesetzten Rationen ist hier zu nennen, ebenso die Einschränkung der Einkaufszeiten für Deutsche auf so knapp bemessene Fristen, daß oft die zum Arbeitseinsatz herangezogenen Frauen sie gar nicht wahrnehmen konnten.

Eine weitere Maßnahme, die über das Dekret vom 19. Juni betroffenen Personenkreis weit hinausging, war die systematische Internierung der Deutschen. ...

In vielen Fällen bildete sie im innertschechischen Gebiet wie im Sudetenland den Auftakt zur Austreibung in die sowjetischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs oder zum Zwangsarbeitseinsatz im innertschechischen Gebiet. So wurden auch durchweg die bald nach Kriegsende und später aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Sudetendeutschen, ohne Rücksicht darauf, daß sie von den alliierten Gewahrsamsmächten und auch von den Sowjets einzeln oder in geschlossenen Transporten in ihre Heimat entlassen worden waren, gleich nach der Ankunft in der CSR wieder gefangengesetzt und in die zahlreichen Lager geschafft, wo sie dann oft ein härteres Los zu erleiden hatten als das ihrer bisherigen Kriegsgefangenschaft. ...

In einigen dieser Lager, wie vor allem in Theresienstadt, wechselten nur die Opfer: Wo vorher jüdische Gefangene unter dem nationalsozialistischen Zwangssystem litten, wurden jetzt Deutsche gequält und mißhandelt.

"Bestimmt gab es unter ihnen welche", so lesen wir in dem erschütternden Bericht eines jüdischen Mitgefangenen (H. G. Adler) über das Lager Theresienstadt, "die sich während der Besatzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren.

Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt; man hatte bloß das Wort "Juden" mit "Deutsche" vertauscht. Die Fetzen, in die man die Deutschen hüllte, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. Der Unterschied bestand lediglich darin, daß der herzlosen Rache, die hier am Werke war, das von der SS zugrunde gelegte "großzügige Vernichtungssystem" fehlte".

... Als einige der ärgsten Schinder wegen Unterschlagung und persönlicher Bereicherung verhaftet worden waren, besserten sich seit Ende des Jahres dann auch die Zustände in einzelnen Lagern.

Die Änderung der anfänglichen Bezeichnung Konzentrationslager in Internierungs-, Arbeits- und schließlich Sammellager scheint aus Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit vorgenommen worden zu sein, da man mit dem Begriff des Konzentrationslagers zwangsläufig die Vorstel-

lung von Massengrausamkeiten verband.

Die Änderung der Lagerbezeichnung bedeutete aber keineswegs eine gleichzeitige Änderung der geübten Praktiken, denn die Bewachungsmannschaften setzten sich hier wie in den Gefängnissen in der ersten Zeit nach der Wiedererrichtung des Staates aus Angehörigen der Revolutionsgarde und später der Straz (Sbor) Narodni Bezpecnosti (SNB, Wache der nationalen Sicherheit) zusammen.

Die SNB, die die Funktionen des Staatssicherheitsdienstes und zugleich der Gendarmerie und Polizei ausübte, war genauso gefürchtet wie die Revolutionsgarde. Bei ihrer überstürzten Aufstellung waren zweifelhafte Elemente in ihre Reihen eingeströmt. ...

Den tiefsten Eingriff in die Lebensverhältnisse von Millionen bildete die Gruppe von Dekreten, die die völlige und entschädigungslose Enteignung aller Personen deutscher (und madjarischer) Nationalität verfügten.

Schon das Dekret des Präsidenten vom 19. Mai 1945 "über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit ..." bestimmte, daß das Vermögen "staatlich unzuverlässiger Personen" unter nationale Verwaltung gestellt werden solle (§ 2), was faktisch die Enteignung fast aller Deutschen und Madjaren bedeutete. ...<<

In Königsberg führten die Sowjets am 20. Juni 1945 öffentliche Hinrichtungen durch (x111/39).

Die Berliner "Tägliche Rundschau" veröffentlichte am 20. Juni 1945 Forderungen des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) für Groß-Berlin (x111/39): >>1. Entschlossener Kampf gegen die nazistische Ideologie und das Gift des deutschen Militarismus.

2. Einsatz aller Arbeitskräfte, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Berlin durch angestrengte Arbeit wieder aufzubauen.

3. Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Rahmen der Bestimmungen der Besatzungsbehörden durch Abschlüsse von Tarifverträgen und organisierten Arbeitsschutz des Arbeitseinsatzes.

4. Erziehung der Arbeiterschaft im Geiste des Antifaschismus, des demokratischen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage. Pflege der Verbundenheit mit den Arbeitern der anderen Völker und Festigung der Freundschaft zu den anderen Völkern.<<

Nach langen Streitereien zwischen Polen und der CSR schaltete sich am 20. Juni 1945 die UdSSR ein. Polen mußte schließlich die im Oktober 1938 besetzten Gebiete in Teschen räumen und an die CSR abtreten (x040/288).

Ein Befehlshaber der 5. polnischen Infanteriedivision ordnete am 21. Juni 1945 in den deutschen Ostgebieten Vertreibungsaktionen an (x024/127): >>Nun ist in der Geschichte Polens der historische Tag angebrochen, um den deutschen Unflat aus diesen ewig polnischen Gebieten hinauszuerwerfen. ...<<

Der Präsident der Republik erließ am 21. Juni 1945 ein Dekret über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren wie auch der tschechischen und slowakischen Landesverräter (x004/225-227): >>Um dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach einer konsequenten Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenzukommen und geleitet vor allem von dem Streben, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen und ihn in die Hände der Landlosen zu geben, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:

§ 1 (1) Mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos wird für die Zwecke der Bodenreform das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht:

a) aller Personen deutscher und madjarischer Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit. ...

§ 4 Unter landwirtschaftlichem Vermögen (§ 1 Abs. 1) ist zu verstehen: der land- und forstwirtschaftlich genutzte Boden, ... wie auch das bewegliche Zubehör (lebendes und totes Inventar) ...

§ 6 Auf Grund von § 1 konfisziertes landwirtschaftliches Vermögen wird bis zur Übergabe an die Zuteilungsempfänger vom Nationalen Bodenfond beim Landwirtschaftsministerium verwaltet ...<<

In einem polnischen Militärbefehl vom 22. Juni 1945 hieß es (x024/127): >>Die Aussiedlung der Deutschen, die östlich der Oder wohnen, muß entschieden durchgeführt werden. Man muß daran denken, daß hier eine Aufgabe von großer Bedeutung vor uns liegt. ...<<

Am 4. Jahrestag des deutschen Überfalls enthüllten die Sowjets am 22. Juni 1945 in Frohnau ein Ehrenmal für Gefallene der Roten Armee.

80 deutsche Ingenieure und Techniker der Zeiss-Werke wurden am 22. Juni 1945 nach Nordamerika deportiert (x111/40).

Konrad Adenauer kritisierte am 22. Juni 1945 die unmenschlichen Zustände in den nordamerikanischen Kriegsgefangenenlagern am Rhein (x131/217-218): >>Einige deutsche Kriegsgefangene werden in Lagern unter Bedingungen gehalten, die allen humanitären Prinzipien und eindeutig den Bestimmungen der Haager und Genfer Konvention widersprechen.

Den ganzen Rhein entlang, von Remagen-Sinzig bis nach Ludwigshafen, wurden die deutschen Kriegsgefangenen eingepfercht, hatten wochenlang keinerlei Schutz vor der Witterung, kein Trinkwasser, keine medizinische Versorgung und nur ein paar Scheiben Brot zu essen. Sie konnten sich nicht einmal auf den Erdboden legen. Vielen Hunderttausenden ging es so. ... Diese Menschen starben zu Tausenden. Sie standen Tag und Nacht bis zu den Knöcheln im nassen Schlamm!

Die Zustände sind in den letzten Wochen besser geworden. Natürlich ist die enorme Zahl der Gefangennahmen einer der Gründe für diese Zustände, aber es ist bemerkenswert, daß es meines Wissens doch viele Wochen dauerte, bis zumindest die schlimmsten Zustände etwas besser wurden. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Tatsachen über die Konzentrationslager auf die Deutschen gemacht hatte, wurde durch diese Tatsache gewaltig geschwächt.

Natürlich gab es keine tatsächlichen Grausamkeiten in den Kriegsgefangenenlagern, aber die Leute sagen "Jeder, der die Kriegsgefangenen so behandelt, ist nicht besser als die Nazis".

Ich weiß, daß die russischen Gefangenen im Winter 1941/42 sehr schlecht von den Deutschen behandelt wurden, und wir sollten uns dieser Tatsache schämen, aber ich denke, daß sie nicht in gleicher Weise verfahren sollten. Deutsche Gefangene aßen in den Lagern auch Gras und pflückten die Blätter von den Bäumen, weil sie Hunger hatten, genauso, wie es leider die Russen taten. ...

Bitte erlauben Sie mir, offen zu sagen, in dringender Angelegenheit, ... die Alliierten haben dieselben Methoden wie leider auch die Deutschen benutzt. Es ist wahr, daß sie beim Gebrauch dieser Methoden nicht genauso weit gegangen sind, aber die Methoden sind dieselben.<<

Bekanntmachung des tschechischen Finanzministeriums vom 22. Juni 1945 über die Sicherstellung des deutschen Vermögens (x004/231-233): >>... § 1 Auszahlungen oder Überweisungen aller Art aus Einlagen oder Konten, welche bei den Geldinstituten für Deutsche, für deutsche Unternehmungen und deutsche Institutionen gleich welcher Art geführt werden, sind verboten. ...

§ 3 Jegliche Übertragung inländischer Einlagen (Spar-) Bücher und Einlagescheine, welche Deutschen gehören, auf andere Personen, ist verboten. ...

§ 4 Entnahmen aus Schließfächern und Depositen, wie auch die Entnahme von Kautionen, welche Deutschen gehören, sind verboten. ...

§ 5 Sämtliche Zahlungen zugunsten von Deutschen dürfen nur auf ein Sperrkonto des Emp-

fängers bei irgendeiner Geldanstalt erfolgen, welche dazu vom Finanzministerium ermächtigt wird. ...

§ 8 Die Deutschen sind verpflichtet, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in ein auf ihren Namen lautendes Sperrdepot bei irgendeinem hierzu vom Finanzministerium ermächtigten Geldinstitut zu hinterlegen:

- a) in- und ausländische Aktien, Kuxe und andere Wertpapiere,
- b) Edelmetalle und aus ihnen verfertigte Gegenstände,
- c) Edelsteine und Perlen,
- d) Wert- und Kunstgegenstände, wie auch Sammlungen solcher Gegenstände,
- e) Briefmarkensammlungen und -sätze. ...

§ 10 (1) Die zur Verwahrung verpflichteten Personen übergeben der Geldanstalt, bei der das Depot errichtet wird, ein Verzeichnis der hinterlegten Gegenstände in dreifacher Ausfertigung. ...

§ 12 (1) Als Deutsche gelten Personen, die sich bei irgendeiner Volkszählung seit dem Jahr 1929 zur deutschen Nationalität bekannt haben oder Mitglieder nationaler Gruppen oder Formationen oder politischer Parteien geworden sind, in denen sich Personen deutscher Nationalität zusammengeschlossen haben.

(2) Was für die Deutschen gilt, gilt auch für das Reich, für die öffentlich-rechtlichen Verbände des Reiches und für andere Organisationen des Reiches. ...<<

Der britische Außenminister warnte am 22. Juni 1945 vor überhasteten Umsiedlungen der Deutschen (x150/10): >>... Nach unserer Meinung müssen wir den Tschechen klarmachen, daß es Sache des Alliierten Kontrollrats in Deutschland sein wird, nachdem die prinzipiellen Hauptfragen von den Regierungen geklärt sind, darüber zu entscheiden, wann und in welchen Etappen deutsche Minderheiten von außerhalb der Grenzen Deutschlands in dieses Land hereingenommen werden können. ...

Es scheint uns, daß ein umfassender Meinungsaustausch mit den Amerikanern über die gesamte Frage der Umsiedlung von ethnischen Minderheitengruppen in Europa wünschenswert ist.<<

Das US-Kriegsministerium berichtete am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hätte (x106/440).

Der österreichische Schriftsteller Isaac Deutscher (1907-1967) schrieb am 23. Juni 1945 über seine persönlichen Eindrücke in Bayern (x111/21): >>Wenn die Straßen Bayerns von dem sprechen könnten, was sie in den letzten Monaten und Wochen gesehen haben, dann würden sie eine Geschichte erzählen, die ebenso umfassend, einfach und bewegend wäre wie die Tolstois "Krieg und Frieden", furchtbarer als Dantes Inferno oder die Erscheinungen Edgar Allen Poes und gelegentlich so tragikomisch wie Haseks "Der brave Soldat Schwejk". ...<<

Tito forderte am 23. Juni 1945 nochmals Gebiete in Istrien und Kärnten (x040/289).

Der spätere SED-Mitbegründer Walter Ulbricht (1893-1973) erklärte am 25. Juni 1945 während der 1. Funktionärskonferenz der KPD (x243/202): >>... Unsere Partei ist die Partei des Friedens, denn sie hat ... für die Freundschaft mit dem großen Sowjetvolk (gekämpft), dem wir zu tiefem Dank verpflichtet sind. Unsere Partei ist die Partei des Volkes, denn sie ist die einzige Partei, die von einer fortschrittlichen wissenschaftlichen Theorie geleitet ist.

Auf Grund der Theorie des Marxismus-Leninismus war unsere Partei imstande, den Lauf der Ereignisse vorauszusehen, unser Volk rechtzeitig zum Kampf gegen die nazistische Kriegspolitik wachzurufen, und sie ist imstande, den Weg der künftigen Entwicklung zu erkennen.<<

In Berlin erfolgte am 26. Juni 1945 die Gründung der Ost-CDU.

Während der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Berlin erklärten Sprecher der Partei am 26. Juni 1945 (x111/40): >>... Das unermeßliche Elend in

unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran.

Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballung zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere Schlüsselunternehmen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden. Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

...

Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen.<<

Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärte am 26. Juni 1945, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rund 2,5 Millionen Deutsche aufhalten würden, die ausgewiesen werden sollten (x111/40).

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).



Abb. 70 (x297/203): Sonderbriefmarke mit dem Gebäude der UNO.

Die UN-Satzung begann mit folgenden Worten (x069/202): >>Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, die nachfolgenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, der zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Elend über die Menschen gebracht hat, und den Glauben an die fundamentalen Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und der großen wie der kleinen Völker erneut zu bekräftigen und Verhältnisse herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen aufrechterhalten werden können, die sich

aus den Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts ergeben.<<

Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Vereinten Nationen (x051/599-600): >>Vereinte Nationen, englisch United Nations (UN) oder United Nations Organization (UNO), Organisation fast aller Staaten der Erde mit Sitz in New York, gegründet am 26.6.45 durch die Unterzeichnung der - am 24.10.45 in Kraft getretenen - "Charta der Vereinten Nationen" durch 50 Staaten (alle Gegner des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg) zum Abschluß einer Konferenz in San Francisco (25.4.-26.6.).

Initiator der Gründung der Vereinten Nationen war US-Präsident Roosevelt; ihm wird auch die Prägung des Begriffs "Vereinte Nationen" zugeschrieben, der erstmals als Bezeichnung für die Gegner der Achsenmächte in der im Anschluß an die Atlantik-Charta abgegebenen "Erklärung der Vereinten Nationen" vom 1.1.42 auftauchte.

Die Charta nennt als Zweck der Vereinten Nationen die Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, ihre Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme sowie die Förderung der Achtung der Menschenrechte. Grundsätze der Vereinten Nationen sind:

Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten; ihre Verpflichtung, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich gegeneinander jeder Gewaltanwendung und -drohung zu enthalten und die Maßnahmen der Vereinten Nationen zu unterstützen; die Nichteinmischung der Vereinten Nationen in die inneren Angelegenheiten eines Staates; das Recht aller Staaten, die die Charta der Vereinten Nationen anerkennen, auf Aufnahme in die Organisation.

Die ursprünglich antideutsche Absicht der Vereinten Nationen, ausgedrückt in den sogenannten Feindstaatenklauseln, ist spätestens seit Aufnahme der Bundesrepublik und der DDR 1972 überwunden.<<

Das Arbeitsamt Mährisch Schönberg im Sudetenland ordnete am 27. Juni 1945 die Arbeitsdienstpflicht für Deutsche an (x004/322-323): >>Kundmachung über die Arbeitsdienstpflicht im Kreis Mährisch Schönberg.

A. Totale Arbeitspflicht für Personen deutscher Nationalität. Unter diese Arbeitspflicht fallen:

1. Sämtliche Personen deutscher Nationalität ohne Unterschied des Geschlechtes, die das 10. Lebensjahr vollendet und das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben und sich derzeit in ihren Wohnungen oder in Arbeitslagern befinden.

Die Arbeitspflicht bezieht sich nicht: ...

5. Auf alle, die sich im Internierungslager oder in Untersuchungshaft befinden. ...

C. Personen deutscher Nationalität sollen nach Möglichkeit verwendet werden:

1. Zu manuellen Arbeiten gleich welcher Art.

2. Facharbeiter und Handwerker zu Arbeiten, die in ihr Fach fallen ...

D. Arbeitszeit:

1. Die Arbeitszeit dauert für die ganztägig Verpflichteten 12 Stunden täglich ...

2. Die Arbeitszeit kann durch den Arbeitgeber oder die Kommandanten der einzelnen Arbeitsgruppen im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt ... bis zu 15 Stunden verlängert werden.

E. Strafbestimmungen:

1. Nachlässige Ausführung der Arbeit wird bestraft: durch Entzug der Lebensmittelkarten, in schwereren Fällen durch schweren Kerker.

2. Sabotage an den Arbeitsstätten, Verlassen des Arbeitsplatzes und Widerstand gegen die Bewachung wird mit den höchsten Strafen geahndet, in schweren Fällen mit der Todesstrafe.

...<<

In Warschau wurde am 28. Juni 1945 die kommunistische Regierung der Nationalen Einheit gebildet.

Die Anerkennung der alleinigen polnischen Regierung durch die UdSSR und Frankreich erfolgte am 29.06.1945. Die USA und Großbritannien erkannten diese Regierung jedoch erst am 5. Juli 1945 an (x040/289).

Marschall Stalin ernannte sich am 28. Juni 1945 selbst zum Generalissimus.

Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhielten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Im Verlauf der Konferenz vom 29. Juni 1945 gaben die Vertreter des Alliierten Oberkommandos folgende Stellungnahmen über die Verkehrswege nach Berlin ab (x058/396-397):

>>... Der britische Vertreter: Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es über die Verkehrswege von der englischen und amerikanischen Zone zu den entsprechenden Sektoren in Berlin. Von anglo-amerikanischer Seite wurde die absolute Notwendigkeit eines freien, ungehinderten Zugangs unterstrichen; daraufhin erklärten sich die Russen bereit, eine Straße und eine Eisenbahnlinie zuzuteilen, auf denen Engländer und Amerikaner das uneingeschränkte Verkehrsrecht haben sollten; die Verantwortung für die Instandhaltung und Kontrolle behielten dagegen die Russen. ...

Der sowjetische Vertreter: Es wird notwendig sein, daß die Fahrzeuge die russischen Verkehrszeichen beachten, den Anordnungen der Militärpolizei Folge leisten und sich einer Ausweiskontrolle unterziehen, jedoch keiner Prüfung der Ladung. ... Die Sowjets interessieren sich nicht dafür, was oder welche Menschen transportiert werden oder wie viele Lastkraftwagen unterwegs sind. ...

Der amerikanische Vertreter: Es ist aufschlußreich festzustellen, daß in allen diesen Dokumenten die gemeinsame Besetzung Berlins stand, daß aber in keinem der Zugang garantiert oder besondere Rechte zum Verkehr auf den Straßen, Schienen oder dem Luftweg festgelegt wurden. ...

Wir hatten unsere Absicht dargetan, in Berlin unter Benutzung von 3 Eisenbahnlinien, 2 Landstraßen und dem erforderlichen Luftraum einzuziehen. Schukow wollte nicht anerkennen, daß diese Routen notwendig seien. Er wies darauf hin, daß die Demobilisierung der sowjetischen Streitkräfte die verfügbaren Verkehrswege beanspruche. Ich entgegnete, daß wir ja nicht die ausschließliche Benutzung dieser Strecken verlangten, sondern nur den Mitgebrauch ... General Weeks unterstützte mich kräftig. ... Wir hatten selbst schon gemerkt, daß das Transportproblem ein Engpaß bei der Truppenverlagerung war. Darum waren Weeks und ich damit einverstanden, vorläufig eine Fernverkehrsstraße, eine Eisenbahnstrecke und 2 Luftkorridore angewiesen zu bekommen; wir behielten uns vor, die Frage im Alliierten Kontrollrat wieder aufzurollen.

Da von diesem Treffen kein Protokoll aufgenommen wurde, diktierte ich abends meine Notizen. Darin stand: "Es wurde vereinbart, daß aller Verkehr – Luft, Straße, Schiene ... frei sein soll von Grenzkontrollen oder der Kontrolle durch Zollbeamte oder militärische Behörden."<<

Nach schwierigen sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen übernahm die Sowjetunion am 29. Juni 1945 die Karpato-Ukraine.

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportieren das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 30. Juni 1945 über die Auslieferung von

russischen Kriegsgefangenen (x043/76): >>... Unter den Russen, die als Angehörige des Nazi-Heeres gefangenommen wurden und jetzt in Fort Dix in New Jersey untergebracht sind, von wo sie (in die Sowjetunion) repatriert werden sollen, kam es zu einem Aufruhr. 3 der Soldaten verübten Selbstmord, 154 verbarrikadierten sich und protestierten gegen ihre Heimsendung.

Die Wachmannschaften feuerten Tränengasbomben ab, worauf die Russen mit Messern und Stuhlbeinen herauskamen. Erst nachdem die Wachmannschaften das Feuer eröffneten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.<<

Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt lebten, wurden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).

Der Woiwode (Chef der polnischen Verwaltung) in Schlesien ordnete im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 (sind) sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die Entdeutschung in den schlesischen Gebieten (x294/97-98): >>... Die Vorstellung, wie man die nationalpolitisch unübersichtliche Lage vor Ort in den Griff bekommt, dürfte sich schnell herauskristallisiert haben. Zwar sei das Nationalbewußtsein "schwach ausgeprägt", klagten die polnischen Behörden schon im Mai 1945 ("die Stimmung ist nicht so sehr antideutsch wie antihitleristisch"), um so bessere Ergebnisse versprach man sich von einer energischen "Entdeutschung", die die Zweifler auf die Seite der Sieger zwingen würde.

Die Aktion im Oppelner Schlesien begann auch sofort, im Juni, mit der Zwangsumsiedlung der Deutschen innerhalb der Städte, wo sie massenhaft in schlechtere Bezirke ausgewiesen wurden. ...

Die Vorstellung, auch nur die sichtbarsten Zeichen der deutschen materiellen Kultur innerhalb eines Monats zu beseitigen, erwies sich natürlich als illusorisch. Vielmehr begann im Juni 1945 ein jahrelanger Prozeß der "Entdeutschung", in dem die Behörden immer wieder auf irritierende, neue Spuren des Deutschtums stießen, die das Bild des polnischen Oppeln trübten. Noch 1947 forderte eine diesbezügliche Anordnung "deutsche Aschenbecher, deutsche Bierglasuntersetzer, deutsche Hinweisschilder, Rechnungen in Restaurants in deutscher Sprache, Inschriften in Kapellen am Straßenrand oder auf Wegekreuzen" zu entfernen; ebenso wurden "deutsche Schlager und deutsche Musikstücke" verboten. Polonisiert wurden nicht nur Friedhöfe und Kneipen, sondern auch Orts-, Familien und Vornamen.

Der Kampf gegen den Gebrauch deutscher Sprache zog sich ebenfalls jahrelang hin. Im Dezember 1949 klagte das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiter Partei (PVAP), daß "immer mehr deutsche Bücher gelesen" werden und in den Städten noch immer deutsch gesprochen wird: Man höre die "deutsche Sprache auf den Hauptstraßen, in den Lokalen, in den Schlagen vor Geschäften usw. Es kommt häufig vor, daß nachts laut deutsch gesungen wird".

In derselben Bestandsaufnahme stellten die Parteifunktionäre eine massive Benachteiligung der "Autochthonen" in der Verwaltung fest, wo die Schlesier ebenso wie im Parteiapparat kaum vertreten waren. ...<<

Die US-Soldatenzeitung "Stars und Stripes" warnte im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu pöppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und

die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Eine US-Informationsschrift berichtete im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93):

>>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.

So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.

Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!

Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.

Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.

... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda geworden. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...

Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

Der deutsche Journalist und Politiker Fritz Eberhard (1896-1982) schrieb im Juni 1945

(x114/2.58): >>... Bei Zuffenhausen leben noch etwa 8.000 Russen in mehreren Lagern. Auch in der ersten Junihälfte gehen sie noch in einzelstehende Häuser und Gärten, um zu plündern und zu verwüsten, sie knicken Kronen von Obstbäumchen ab, reißen Setzlinge aus der Erde, sie geben Schüsse ab und machen die Gegend so unsicher, daß Bauern es nicht wagen, auf manche einsameren Felder zur Arbeit zu gehen. Die Russen holen sich auch aus Betrieben, was ihnen beliebt – z.B. Ledertreibriemen – auch aus Betrieben, die nach Anordnung der Militärregierung arbeiten sollen.

In der Nacht vom 2./3. Juni kamen 2 Bewohner meines Hauses nicht heim, weil sie durch eine Schießerei zwischen Münster und Zuffenhausen daran gehindert wurden. Sie wären dabei beinahe auch ums Leben gekommen. Getötet wurden 6 Deutsche aus den Teilgemeinden Münster, Zuffenhausen und Cannstatt, sowie ein Russe.

Wie berichtet wird, hat der Russe dem Deutschen D. aus Fellbach sein Fahrrad wegnehmen

wollen. Der Deutsche wehrte sich dagegen. Dabei ging ein Gewehr los (des Russen?) und tötete den Russen. Darauf rotteten sich Russen zusammen und drängten in den umliegenden Gärten arbeitende Deutsche zusammen in die Richtung auf die Kaserne, in der die Russen wohnten. 6 Deutsche wurden verstümmelt und totgeschlagen.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später über eine Zugfahrt durch das zerstörte Deutschland im Juni 1945 (x114/2.86): >>... Juni 1945. Die erste Fahrt nach der Kapitulation durch Deutschland. Im Viehwagen als entlassener englischer Kriegsgefangener. Von Neustadt in Holstein bis Marburg an der Lahn. Fahrtdauer 48 Stunden. Wir machten Kreidestriche.

Bei 165 zerschossenen Lokomotiven, 1.350 ausgebrannten Güterwagen, 965 zerdepperten D- und Personenzugwagen hörten wir auf. Wir hatten keine Kreide mehr.

Auf den großen Bahnhöfen standen die Gleisanlagen himmelwärts. Viele Bahnhöfe und Stellwerke nur noch Trümmerhaufen. Brücken sahen wir in den Flußläufen liegen. "Vor Ablauf von 10 Jahren ist in Deutschland an keinen geordneten Verkehr zu denken", meinte der Nachbar. ...<<

Infolge der Entscheidung der US-Regierung, die jüdischen Asylanten als Einwanderer anzuerkennen, veröffentlichten die Tageszeitungen im Sommer 1945 zahlreiche Leserbriefe, die sich mit der Eingliederung der jüdischen Flüchtlinge beschäftigten (x042/315): >>Ihr Versuch, diese Flüchtlingsbande aus dem Fort Oswego (US-Kleinstadt) in unser Land einbürgern zu lassen, ist bloß ein Fuß in der Tür, mit dem Sie den Weg für mehr von diesem "Abschaum" aus Europa freimachen wollen. Die Folge werden antijüdische Rassenunruhen sein.

Wir haben jetzt schon zuviel von diesem Gesindel hier. Ich frage mich, warum kein Land der Welt sie haben will? ...

Diese Horden Fluchtjuden ("refujews") hier im Land zu belassen ... war der Dreh, auf den Mister F. D. Rosenblatt es von Anfang an abgesehen hatte; zum Glück ist er gestorben, bevor sein schäbiger Plan von Ihnen und Ihresgleichen ausgeführt werden konnte. ... Wir sind nicht gewillt, tatenlos zuzusehen, wie man uns diese Bande von Schmarotzern hier aufhalst. Wir haben dafür gekämpft, Amerika den Amerikanern und unseren Kindern zu bewahren, und nicht für eine Horde Fluchtjuden.

Sie hergelaufener Drecksjude, was wollen Sie damit bezwecken, daß sie dieses Pack in unserem Land halten wollen. ...<<

Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumten die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Der Weimarer Oberbürgermeister Fritz Behr begrüßte am 1. Juli 1945 die sowjetischen Truppen der Roten Armee (111/42): >>Wir empfangen die Soldaten der Roten Armee in Weimar, der Stadt Goethes und Schillers, voll Vertrauen und Hoffnung. ...<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisierte später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhinderten zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Besatzungszonen" (x051/73): >>Besatzungszonen, die nach der Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.45) aufgrund der Junideklaration vom 5.6.45 gebildeten vier, jeweils von den Truppen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA besetzten Zonen.

Im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vom 12.9.44 waren noch drei Besatzungszonen vorgesehen, eine vierte, französische, wurde erst in Jalta (11.2.45) vereinbart. Endgültige Festlegung der Zonengrenzen im 3. Zonenprotokoll der EAC (26.7.45). Ihm

zufolge umfaßte die sowjetische Besatzungszone die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die amerikanische Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und (als Exklave) Bremen, die britische Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die französische Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

Formelle Aufhebung der Besatzungszonen mit der Gründung der BRD (September 49) und der DDR (Oktober 49). Ähnlich wie Deutschland wurde auch Österreich am 4.7.45 in vier Besatzungszonen aufgeteilt.<<

Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Verhandlungen eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.

Nach dem Rückzug der westlichen Alliierten besaßen die Sowjets nicht nur Ostdeutschland, sondern sie kontrollierten auch alle mitteldeutschen Gebiete und standen sprungbereit an der Elbe. Infolge der Zerschlagung des Deutschen Reiches fehlte eine westeuropäische Pufferzone gegenüber der UdSSR, denn Polen konnte die ursprünglich geplante Nachfolge der Deutschen nicht übernehmen. Ein bis dahin unvorstellbarer europäischer Alptraum war plötzlich Wirklichkeit geworden.

Der jugoslawische General Milovan Djilas kommentierte bereits im April 1945 Stalins Nachkriegsziele wie folgt (x149/114): >>... Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.<<

Andrej A. Shdanow (1896-1948, sowjetischer Spitzenfunktionär), der ursprünglich Stalins Nachfolger werden sollte, betrachtet die sowjetische Besatzungszone damals als ein "Sprungbrett", um die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach Westeuropas zu realisieren (x128/195).

Der deutsche Journalist Michael Klonovsky und der deutsche Historiker Jan von Flocken berichteten später in ihrem Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950" über "die Austreibung des Faschismus mit dem Stalinismus" (x126/11-15): >>Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Osten Deutschlands der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben.

Besiegt und zerstört, ausgeblutet und blutbesudelt, moralisch auf unabsehbare Zeit diskreditiert und auf Gnade und Ungnade den Siegern ausgeliefert – das war die Lage des Deutschen Reiches im Frühling des Jahres 1945. Aufgebrochen, um die Welt zu beherrschen, war es nun selbst ein beherrschtes Land, ein Fremdkörper in der europäischen Zivilisation, der fortan unter strenger Kontrolle gehalten werden mußte.

Nach der totalen militärischen Niederlage lag das Geschick des Landes ausschließlich in den Händen der Alliierten. Die Greueltaten des Nationalsozialismus hatten den Abscheu der gesamten zivilisierten Welt auf Deutschland gerichtet. Die an der Zerschlagung des Hitlerregimes beteiligten Staaten konnten somit von vornherein den Befreierstatus für sich in Anspruch nehmen. Sämtliche Maßnahmen der Besatzungsmächte waren legitimiert, sofern sie nur unter dem Vorzeichen des Antifaschismus standen.

Auch der Stalinschen Sowjetunion fiel infolge ihrer antifaschistischen Orientierung automatisch eine historisch progressive Rolle zu. Dieses verhängnisvolle Zusammenfallen von Antifaschismus und Stalinismus wurde der entscheidende Faktor bei der Installierung eines neuen Unrechtssystems im Ostteil Deutschlands. Während sich in den westlichen Besatzungsmächten nach Kriegsende allmählich demokratische Verhältnisse durchzusetzen begannen, geriet

der Osten in das importierte Räderwerk einer quasikommunistischen Diktatur. Von einer selbständigen oder gar demokratischen Entwicklung konnte keine Rede sein.

Was zwischen 1945 und 1949 wirklich stattfand, war die Annexion Ostdeutschlands mit dem Ziel, den sowjetkommunistischen Machtbereich bis an die Elbe auszudehnen und die eroberten deutschen Gebiete entweder zu "slawisieren" (Schlesien, Pommern, Posen, Ostpreußen) oder zu kolonisieren (Mitteldeutschland). Bei dieser Eroberung Ostdeutschlands durch die Stalinsche UdSSR und die von dort zurückkehrenden domestizierten deutschen Exilkommunisten diente der Antifaschismus als Vorwand für eine Welle politischer Repressionen.

Unter dem Deckmantel der "antifaschistisch-demokratischen Umwälzung" wurde dem Land ein Regime oktroyiert, welches zwar durchaus antifaschistisch, nichtsdestoweniger aber ein undemokratisches Regime war.

Um diese gewaltsame "Revolution von oben" als historisch notwendig zu begründen, verbreiteten die neuen Machthaber die These, der Faschismus sei ein gesetzmäßiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung, der Parlamentarismus habe versagt, und jeder bürgerliche Staat trage den Keim einer neuerlichen faschistischen Variante gleichsam in sich.

Demgegenüber verkörpere der Sozialismus, wie sich der Stalinismus nannte, eine höhere Stufe der Menschheitsentwicklung und die einzige Alternative zu einem Rückfall in die faschistische Barbarei.

Nach dem Schrecken des Krieges waren viele Menschen geneigt, solchen Darstellungen Glauben zu schenken. Doch im Ostteil Deutschlands sollten sie schnell am eigenen Leibe spüren, mit welcher Rigorosität und Menschenverachtung die "Sieger der Geschichte" ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen gedachten. Noch vor der ideologischen Rechtfertigung hatte bereits deren praktische Realisierung begonnen.

Millionen Deutsche wurden – mit Billigung der Westalliierten – aus ihren angestammten Heimatgebieten westlich der Oder vertrieben. In der sowjetischen Besatzungszone, die sich selbst gern als demokratischer Teil Deutschlands titulierte, erstickten die Eroberer Hand in Hand mit den deutschen Kommunisten aller ihrer Gleichschaltungspolitik zuwiderlaufenden Bestrebungen im Keime. Eine Hauptrolle in diesem Prozeß spielten die Internierungspraktiken des sowjetischen Geheimdienstes NKWD/MWD.

Als Resultat des Zweiten Weltkrieges war ganz Osteuropa unter die Herrschaft des Stalinschen Machapparates geraten. Der Stalinismus hatte sich somit von einer spezifisch russischen zu einer internationalen Erscheinung ausgeweitet, die sich unabhängig von nationalen Besonderheiten quer durch alle Staaten Osteuropas zog. Die anfängliche Freude dieser Völker über die Befreiung vom Hitlerjoch währte nur kurz. Stalins Repressionsapparat folgte der Roten Armee auf dem Fuße. In den besetzten Ländern wurden moskauhörige Satellitendiktaturen installiert.

Den eroberten Gebieten auf dem Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches widmeten die Sowjets besonderes Augenmerk. ...

... Es wäre verfehlt, in der sowjetischen Besatzungspolitik lediglich eine Reaktion auf die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR zu sehen. Im Mittelpunkt dieser Politik stand vielmehr die Herrschaftssicherung in einem okkupierten Gebiet, was sich mit wachsender zeitlicher Distanz immer deutlicher zeigte.

So schloß die Verfolgung ehemaliger Nazis zugleich die Verfolgung von mutmaßlichen oder tatsächlichen Gegnern der kommunistischen Umwälzung ein. Typisch für diese Parallelität war die Instrumentalisierung des Antifaschismus gegen Nichtfaschisten. Da sich nach 1945 Menschen am besten diskreditieren ließen, indem man Nazis aus ihnen machte, wurden Tausende Gegner der stalinistischen Neuordnung zu Hitleranhängern erklärt und verschleppt. Dieser Aspekt spielte auch bei den sowjetischen Internierungspraktiken in Deutschland eine zentrale Rolle. Alle politisch motivierten Säuberungen geschahen unter dem Deckmantel der

Entnazifizierung.

Die Errichtung der NKWD/MWD-Lager läßt sich also keinesfalls nur auf die Existenz der Nazi-Konzentrationslager zurückführen. Vielmehr war mit der Roten Armee auch das Stalin-sche Lagersystem nach Deutschland gelangt. Die sibirischen GULAGs, in denen der Sowjet-diktator ganze Bevölkerungsgruppen verschwinden ließ, existierten bereits zu einer Zeit, als an die Machtergreifung Hitlers noch gar nicht zu denken war.

Nichtsdestoweniger war die Internierung zunächst tatsächlich ein Mittel der Entnazifizierung das alliierten Regelungen entsprach. In einer nach der deutschen Kapitulation von Präsident Roosevelt erlassenen Weisung an den Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Deutsch-land heißt es unter anderem:

"Personen werden mehr als nominelle Parteimitglieder ... betrachtet, wenn sie ein Amt oder irgendeine Aktivität auf irgendeiner Ebene ausgeübt haben. Alle Personen ... werden ... verhaftet und bis zu einem Gerichtsverfahren vor einem entsprechenden, von Ihnen zu errichten-den halbjuristischen Forum in Haft gehalten."

Ähnliches besagt das am 1. August 1945 unterzeichnete Protokoll der Berliner Dreimächte-Konferenz, wo unter Punkt 5 des Abschnitts über politische Grundsätze für die Behandlung Deutschlands folgendes festgelegt wird:

"Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung und Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. nazistische Parteifüh- rer, einflußreiche Nazianhänger und Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen, die für ihre Besetzung und Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren."

Auch in den Westzonen wurden Internierungslager in Betrieb genommen. Formell entspra- chen sowohl die Lager im Osten als auch die im Westen der Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats vom 12. Oktober 1946 über die "Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbre- chern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen".

An der Interpretation freilich schieden sich die Geister. Da die neuen Machthaber in der So- wjetischen Besatzungszone die selbsternannten "eigentlichen" Antifaschisten waren, galt qua- si jeder ihrer Gegner als potentieller Faschist. Interniert wurden keineswegs nur Anhänger und Kriegsverbrecher. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Ok- tober 2019) über die Internierung von Mitteldeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone (x358/67-70): >>Das stille Sterben unter dem Roten Stern

_ von Gero Bernhardt

Nicht nur in Polen, auch in der Tschechoslowakei und sogar in der Sowjetischen Besatzungs- zone wurden nach dem Krieg KZs weiter genutzt. Die Opfer gehen in die Hunderttausende.

... Buchenwald und Sachsenhausen

Sogar auf weiterhin deutschem Boden, in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), wurden NS-Konzentrationslager weiter genutzt, so Buchenwald und Sachsenhausen. Wie der Histori- ker Jan von Flocken und der Publizist Michael Klonovsky in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* anmerken, hatte dort "nur ein relativ geringer Prozentsatz der Inter- nierten eine aktive nazistische Vergangenheit". Weiter schreiben sie: "Tausende Jugendliche wurden unschuldig in die NKWD-Lager gebracht, wo viele von ihnen elend umkamen. ...

Unter den Gefangenen befanden sich Kinder im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren, die als "Wehrwolf-Verdächtige" galten. ... Auch Schwangere wurden in die Lager eingeliefert und brachten dort ihre Kinder zur Welt."

Von Flocken und Klonovsky fahren fort: "Das Unrechtssystem verselbständigte sich so sehr, daß sich sogar Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur unversehens in sowjetischen La-

gern wiederfanden. Zu ihnen gehörten Männer des 20. Juli 1944 wie Justus Delbrück und Ulrich Freiherr von Sell, die in Jamlitz starben. (Das Lager Jamlitz bei Lieberose war ursprünglich ein SS-Straflager.) Horst von Einsiedel, Angehöriger des Kreisauer Kreises, kam 1946 in Sachsenhausen ums Leben. Herzog Joachim Ernst von Anhalt, den die Nazis im KZ Dachau gefangen hielten, starb 1947 im NKWD-Lager Buchenwald. ...

Zu den Insassen des Lagers Fünfeichen gehörte auch der schon von den Nazis verfolgte Schriftsteller und Schliemann-Forscher Heinrich Alexander Stoll aus Potsdam."

Viele entschlossene Hitler-Gegner waren allerdings schon beim Einmarsch der Roten Armee ermordet worden. Der britische Militärhistoriker Antony Beevor nennt in seinem Werk Berlin 1945 das Beispiel des Widerständlers Eberhard von Braunschweig:

"Er nahm an, daß er wenig zu befürchten hatte, erwartete mit seiner Familie die Ankunft der Roten Armee in ihrem Gutshaus in Lübzow bei Karzin. Aber sein Ruf und seine zahlreichen Verhaftungen durch die Gestapo nutzten ihm wenig. Die ganze Familie wurde hinausgeführt und erschossen."

Sozialisten hinter Stacheldraht

In seinem Buch *Lager des Grauens. Sowjetische KZs in der DDR nach 1945* schreibt der Publizist und frühere schleswig-holsteinische CDU-Landtagsabgeordnete Uwe Greve: "Den schärfsten Terror richteten die Sowjets und ihre kommunistischen Handlanger in der Sowjetzone gegen die Sozialdemokratie, ihre Funktionäre und Mitglieder. Widerstandskämpfer gegen Hitler, die erst im Mai 1945 aus dem KZ befreit worden waren, wurden bereits im gleichen Jahre wieder in die gleichen Lager und Zuchthäuser zurückgebracht. ...

Selbst vor den schon unter Zwang gewählten sozialdemokratischen Delegierten zum "Vereinigungsparteitag" (von KPD und SPD zur SED) machte dieser Terror nicht Halt; einige von ihnen wurden vor der Abreise, andere im Zug oder sogar noch kurz vor Erreichen des Parteitages festgenommen."

Helmut Herles bemerkte 1987 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Es leben Sozialdemokraten, die in Buchenwald gefangen waren, weil sie Sozialdemokraten waren, und die in der Sowjetischen Besatzungszone wieder im gleichen Lager eingekerkert wurden, weil sie sich nicht in die SED pressen lassen, sondern Sozialdemokraten bleiben wollten. ... Es ist eine Schizophrenie der Geschichte, daß in Buchenwald auch Kommunisten saßen, die dort schon vor 1945 waren und nun wieder dort eingesperrt wurden."

Darüber schreiben auch von Flocken und Klonovsky: "Selbst Kommunisten, die sich unter ihrem Gesellschaftsideal etwas anderes vorgestellt hatten als das, was die Sowjets und ihre deutschen Helfershelfer praktizierten oder zumindest stillschweigend duldeten, gehörten zu den Lagerhäftlingen."

Dazu zitieren sie aus einem Bericht von Hans-Peter Range über Fünfeichen: "Ein Barackenältester im Nordlager war Bürgermeister einer Stadt in Vorpommern geworden, weil die Russen ihn als Mitglied der KPD einsetzten; sie vergaßen nur, daß der Mann zwar überzeugter Kommunist, nicht aber Verteidiger russischer krimineller Übergriffe auf seine Landsleute war; so kam er als Häftling nach Fünfeichen.

Und auch ein Stadtrat aus Ost-Berlin, der als uralter Kommunist beim russischen Stadtkommandanten gegen die zahllosen Vergewaltigungen deutscher Frauen durch russische Soldaten protestiert hatte, erschien eines Tages im KZ Fünfeichen als Häftling des NKWD." Es handelte sich dabei um Ewald Pieck, Bruder des späteren DDR-Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Bezeichnend ist auch folgendes Schicksal:

Am 16. September 1949 kam im Sowjet-Lager Sachsenhausen Emil Unfried ums Leben. Er gehörte zu den Gründervätern der KPD und galt in Weimarer Zeit als rechte Hand des kommunistischen Medienchefs Willi Münzenberg, der ihm die Leitung der Filmabteilung seines Propaganda-Apparates übertrug. Die NS-Jahre überstand Unfried unbeschadet als Filmkauf-

mann. 1945 schloß er sich wieder der KPD an. Noch Ende jenes Jahres aber erfolgte seine Verhaftung durch die sowjetische Besatzungsmacht.

Doch nicht nur Verfolgte des Nazi-Regimes wurden von den Sowjets in weiterbetriebenen KZs eingesperrt. In den Internierungslagern des NKWD befanden sich auch Personen, die unter Hitler aus "rassischen" Gründen um ihr Leben fürchten mußten.

"Einige von ihnen überlebten den nationalsozialistischen Terror, nicht aber die kommunistische Verfolgung", schrieb Karl Wilhelm Fricke 1979 in der Deutschen Zeitung. Ein Beispiel ist Georg Krausz, einst roter Räterepublikaner in Ungarn, dann Redakteur des KPD-Zentralorgans Rote Fahne. Unter Hitler saß er im KZ Buchenwald, in der SBZ kam er ins KZ Mühlberg. Im Gegensatz zu anderen Betroffenen jüdischer Herkunft hatte er jedoch Glück: 1948 erfolgte seine Freilassung; später wurde er Chef des DDR-Journalistenverbandes.

Eine Viertelmillion Opfer

Über das Sowjet-Lager Sachsenhausen, wo die Gefangenen immer noch - wie unter den Nationalsozialisten - bei ihrer Einlieferung das Tor mit der Losung "Arbeit macht frei" passieren mußten, heißt es bei von Flocken und Klonovsky: "Das ehemalige Nazi-Konzentrationslager bei Oranienburg wurde am 10. August 1945 von einem 150 Mann zählenden Vorkommando aus Weesow wiederhergerichtet und sechs Tage später mit 2.000 Häftlingen aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow als Speziallager Nr. 7 in Betrieb genommen. ...

Als zentral gelegenes KZ hatte Sachsenhausen die größte Durchgangszahl von Strafgefangenen und Internierten: Insgesamt saßen etwa 50.000 Männer und Frauen im Lager, die Belegung schwankte zwischen 12.000 und 16.000. Die Zahl der von hier aus in die Sowjetunion deportierten Männer und Frauen wird auf 5.000 bis 7.000 geschätzt. Vom Herbst 1945 bis 1947 gehörte zu Sachsenhausen auch ein Offizierslager, in dem ehemalige Wehrmachtsoffiziere gesammelt und in den Osten deportiert wurden."

Sachsenhausen, aufgelöst am 10. März 1950, habe die größte Zahl an Opfern in den SBZ-Lagern gefordert: "Zwischen 15.000 und 20.000 fanden hier den Tod", schreiben die Autoren. Zum Sowjet-KZ Buchenwald heißt es in *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950*:

"Das im Juli 1937 von der SS am Nordhang des Ettersberges bei Weimar errichtete Konzentrationslager bestand aus fünfzehn doppelgeschossigen Steinbaracken und 32 eingeschossigen Holzbaracken. Am 12. August 1945 wurde es als Speziallager Nr. 2 vom NKWD wieder in Betrieb genommen. ... Im Durchschnitt befanden sich danach 10.000 bis 12.000 Häftlinge in Buchenwald, etwa 32.000 Internierte durchliefen insgesamt das Sowjet-Lager. Die Haft in Buchenwald überlebten mehr als 12.000 Häftlinge nicht."

Überdies wurden auch aus Buchenwald tausende Insassen in den Archipel Gulag deportiert.

Alfred M. de Zayas und Franz W. Seidler beziffern in ihrem Buch *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert* die Internierten- und Todesopferzahlen der übrigen Sowjet-Lager auf deutschem Boden wie folgt:

Bautzen (28.000 Durchgänge, 12.000 Todesopfer), Mühlberg (22.000/7.000), Fünfeichen (20.000/6.000), Ketschendorf (18.000/6.000), Jamlitz (12.000/5.000), Hohenschönhausen (10.000/3.000), Weesow (14.000/1.500).

Abschließend heißt es in dem Lexikon: "In den noch nicht vollständig erschlossenen sowjetischen Archivmaterialien sind bisher die Namenslisten von 122.671 Inhaftierten und 42.889 in den Lagern umgekommenen Häftlingen gefunden worden." Bei der russischen Quelle, auf die hier Bezug genommen wird, handelt es sich um eine interne Ausarbeitung des Moskauer Innenministeriums vom Juli 1990.

Der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und spätere Bundespräsident Joachim Gauck schrieb dazu in seinem Aufsatz "Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR" im Schwarzbuch des Kommunismus von Stephane Courtois, daß es sich bei den russischen Angaben "um Mindestzahlen handelt, die inzwischen korrigiert werden mußten".

Gauck weiter: "1993 wurden als Höchstzahlen 234.300 Gefangene angegeben, von denen 105.500 ums Leben kamen. In diesen Zahlen sind nicht die Menschen erfasst, die unmittelbar nach ihrer Entlassung an den Folgen der Haft starben oder nach ihrer Verschleppung in die UdSSR dort ums Leben kamen."

Die sowjetische Besatzungsmacht in Deutschland habe "circa 128.000 Zivilisten unmittelbar nach Kriegsende in sowjetische Arbeitslager verschleppt", wobei es "bei diesen Menschen oft überhaupt keinen NS-Bezug gegeben" habe. Der spätere Bundespräsident fährt fort: "Überwiegend Frauen und Jugendliche wurden häufig ... aufgegriffen und sofort deportiert. Von ihnen sollen über 47.000 umgekommen sein."

Demzufolge muß insgesamt wohl von rund einer Viertelmillion deutscher Zivilpersonen aus der SBZ ausgegangen werden, die nach der sogenannten Befreiung im Mai 1945 in Lagern starben.

Der Tod des großen Mimen

Das wohl bekannteste Opfer des KZ-Terrors in Sachsenhausen nach 1945 ist der große deutsche Schauspieler Heinrich George, Vater von Götz George. Der 1893 in Stettin geborene Mime, der in 35 Filmen wie *Der Blaue Engel*, *Friedrich Schiller*, *Der Postmeister*, *Der Biberpelz*, aber auch in Veit Harlans antisemitischem Propagandastreifen *Jud Süß* Hauptrollen spielte, wurde nach Kriegsende in der SBZ verhaftet und kam am 26. September 1946 im Lager Sachsenhausen um.

Jan von Flocken und Michael Klonovsky zitieren in ihrem Buch *Stalins Lager in Deutschland 1945-1950* den Zeitzeugen Peter Schumann aus Dresden:

"Meinem Vater, dem praktischen Arzt Dr. Erich Schumann, wurde eines Tages der Leichnam Heinrich Georges vorgeführt und von ihm verlangt, einen Totenschein auszufüllen - mit der Todesursache "an den Folgen einer Blinddarmoperation". Mein Vater hat das abgelehnt. George war keinesfalls operiert worden. Die totale Entkräftung des ehemals massigen Mannes ließ als Todesursache offenbar ein Hungerödem vermuten."<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, Militärgouverneur der britischen Besatzungszone und Hoher Kommissar in der Bundesrepublik) kritisierte später die nordamerikanische Außenpolitik (x128/193): >>... Von allen falschen Vorstellungen hatten die, denen sich Präsident Roosevelt hingab, die schwerwiegendsten Folgen, denn sie beherrschten das amerikanische Denken und Handeln in den ersten 2 sehr wichtigen Jahren nach dem deutschen Zusammenbruch. ... Präsident Roosevelts "Großer Plan" für den künftigen Frieden der Welt beruhte auf einer die Vereinten Nationen beherrschenden russisch-amerikanischen Partnerschaft. ...

Hand in Hand mit dieser Konzeption ging eine harte Deutschlandpolitik. Die grausame Unmenschlichkeit des Morgenthau-Plans, Deutschland seine gesamte Industrie zu nehmen, ging Roosevelt zu weit, aber der Plan wurde eigentlich nur aufgeschoben und nicht fallengelassen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.

Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.

In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle"

ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".

In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".

Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unverehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"

Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?

Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.

Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".

In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht.

Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.

Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".

Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet

hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".

Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungsturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszahlen würde.)

Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.

Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.

Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (hold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an.

Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:

Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabs) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.

Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US-Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Bischof Clemens August Graf von Galen (1878-1946, im Dezember 1945 vom Papst zum

Kardinal ernannt, Beiname: "Löwe von Münster") erklärte am 1. Juli 1945 vor katholischen Pilgern (x268/44-45): >>... Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen, für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt.

Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 11 - 2005 über die Rede des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 1. Juli 1945 (x853/...): >>... Hatte Bischof Clemens August Graf Galen mit seinen mutigen Predigten gegen die NS-Machthaber in besonders gefährlicher Zeit seine Furchtlosigkeit unter Beweis gestellt und damit in eindrucksvoller Weise Zeugnis für Glauben und Menschenrecht abgelegt, zeigte er nach dem Krieg, daß er sich auch durch mögliche Lobsprüche für sein beispielhaft tapferes Verhalten gegenüber dem braunen Regime nicht von gebotener Kritik an den Siegern abhalten ließ.

Das erfuhren die Besatzungsherren schon knapp zwei Monate nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 1. Juli 1945. Da hielt Bischof Graf Galen anlässlich einer Diözesanwallfahrt nach Teltge eine Ansprache, die an Mut und Furchtlosigkeit seinen Predigten während der Kriegszeit kaum nachstand. Thema seiner ersten Wallfahrtspredigt nach dem Kriege war neben dem "Gott sei Dank dafür, daß die Kriegshandlungen aufgehört haben und auch die Bedrückungen und Einengungen der religiösen Freiheit beendet sind", die Zurückweisung des von den Siegern erhobenen Vorwurfs der Kollektivschuld. Von Galen dazu wörtlich:

"Fort mit der unwahren Beschuldigung, die behauptet, alle Deutschen seien mitschuldig an den Schandtaten, die im Kriege geschehen sind, seien mitverantwortlich für die Greuelthaten in den Konzentrationslagern. Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, daß Häuser und Höfe auf dem Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertier-ten Wüstlingen vergewaltigt werden."

Und als ob der "Löwe von Münster" die von den Nachgeborenen immer wieder erhobenen Vorwürfe gegen das vermeintliche Versagen der Väter-Generation voraus geahnt hätte, stellte er bei gleicher Gelegenheit am 1. Juli 1945 in Teltge klar:

"Gerade die Konzentrationslager mit ihren zahlreichen deutschen Insassen und Opfern zeigen doch, mit welchen Mitteln jeder Widerstand gegen die Gewaltmaßnahmen der Machthaber, ja sogar jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, bestraft und eigentlich fast ganz unmöglich gemacht worden ist." ...<<

In Hannover-Herrenhausen fand am 1. Juli 1945 das erste Symphoniekonzert nach dem Krieg statt.

Churchill kritisierte am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger forderte am 2. Juli 1945 in einer Rundfunkrede die von Polen besetzten Glatzer Gebiete (Glatz, Leobschütz und Ratibor). Die polnisch-tschechischen Auseinandersetzungen erhielten dadurch neuen Auftrieb (x005/587).

Die SMAD befahl am 3. Juli 1945 die Errichtung von Landes- bzw. Provinzialverwaltungen. Die Nordamerikaner und Briten besetzten am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.

Johannes R. Becher (1891-1958; Schriftsteller, seit 1919 KPD-Mitglied, erhielt 1952 den "Stalin-Friedenspreis", 1954 Kulturminister in der DDR) erklärte am 4. Juli 1945 während einer Rede im Berliner Rundfunkhaus (x073/219, x111/44): >>Eine solche Niederlage wie wir Deutsche sie erlitten haben, stellt die Frage an die ganze Nation. Unsere gesamte geschichtliche Entwicklung ist in Frage gestellt, muß neu überprüft und neu beantwortet werden. Wie konnte das geschehen?

Wie konnte das möglich werden?

Wie ist es möglich geworden, daß Millionen Deutscher - und die meisten wider besseres Wissen - einem Hitler nachfolgten ins Verderben bis zuletzt?

Es ist eine Lebensfrage, eine Frage auf Leben und Tod unseres Volkes. Jeder einzelne von uns, die ganze Nation muß über sich selbst Gerichtstag halten. ...<<

>>... Wir erstreben eine neue, freiheitliche, demokratische Weltanschauung. Wir fordern die Erziehung unseres deutschen Volkes im Geist der Wahrheit, im Geist eines streitbaren Demokratismus: Wir wollen das deutsche Volk mit den kulturellen Errungenschaften aller Nationen, vor allem auch mit denen der Sowjetunion, bekannt machen.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 4. Juli 1945 in ihrem Tagebuch über die Reden zur Gründung des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" (x111/44): >>... Fast keiner der acht Prominenten, die hier mit der Vergangenheit abrechnen und sich um die Bereinigung unseres Kulturlebens bemühen, scheint zu bemerken, wie wenig ihm bisher die Bereinigung des eigenen Sprachstils gelungen ist.

Noch immer geht es ihnen um Höchstes und Letztes, um Gewaltigstes und Erhabenstes. Von Schulung, Einsatz, Planung, Zielsetzung und Marschrichtung sprechen sie mit schöner Unbefangenheit. ... Irgendwie hatte sich jeder von uns den Start in die demokratische Erneuerung anders vorgestellt. Handgreiflicher gewissermaßen, aktiver und tatenvoller.<<

Die westlichen Alliierten berichteten am 4. Juli 1945, daß sie den Sowjets bereits rund 1,5 Millionen russische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene übergeben hätten (x133/427).

Die Alliierten kündigten am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt werden soll (x040/290).

"Befreites Österreich"

Österreich wurde nach dem Kriegsende nicht wie ein besiegt, sondern wie ein befreites Land behandelt. Da Österreich von den Siegermächten offiziell als "Hitler-Opfer" eingestuft wurde, mußte es auch keine Verantwortung für die NS-Verbrechen übernehmen.

Die angeblich "von Hitler gewaltsam unterdrückten Österreicher" sahen diese Befreiungstheorie selbstverständlich genauso. Obwohl fast alle Österreicher den freiwilligen Anschluß begrüßten und "ihren Hitler" jubelnd empfangen hatten, wollten die anpassungsfähigen und "vergeßlichen" Österreicher nach der Niederlage natürlich nichts mehr von den deutschen Verlierern wissen.

Die sowjetischen Befreier wurden damals zwar nicht mit dem donnernden Beifall der deutsch-österreichischen Anschlußfeiern von 1938 begrüßt, aber von Wien bis Graz standen die "befreiten Österreicher" an den Straßen und jubelten den Rotarmisten zu. Die Österreicher, seit jeher der "charmanteste und glücklichste" deutsche Volksstamm, überwandten auch den Zweiten Weltkrieg fast mühelos.

Die wendigen Österreicher rückten sofort von den zertrümmerten deutschen Nachbarn ab und leugneten alle bisherigen freundschaftlichen Beziehungen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die ehemals sieg- und erfolgreichen Deutschen plötzlich nur noch die "ewigen Verlierer" und Unpersonen.

Auch die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen erlebten in Österreich fast überall bittere

Erfahrungen, denn viele "befreite" Österreicher wollten mit den "besiegten" Deutschen nichts mehr zu tun haben. Wohin die deutschen Heimatlosen auch kamen, in Österreich waren sie fast nirgends willkommen und vielerorts kam es zu offenen Feindseligkeiten. Nur wenn die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen genügend Vermögenswerte besaßen, verhielten sich die einheimischen Österreicher wesentlich "freundlicher".

Fast kein Österreicher erinnerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr daran, daß der radikale Nationalsozialismus gerade vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Donaumonarchie besonders erfolgreich gewesen war.

Die Österreicher verdrängten auch die Tatsache, daß der ehemalige Österreicher Adolf Hitler in erster Linie durch die österreichischen Nationalisten bzw. Judenhasser Georg von Schönerer, Karl Lueger und Adolf Lanz geprägt worden war und daß seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Österreich ein ausgeprägter Judenhaß existierte. Die österreichischen "Judenjäger" mußten jedenfalls nachweislich nicht von den deutschen Nationalsozialisten zur Judenjagd gezwungen werden. Zu den "berühmtesten Österreichern" jener Zeit zählten z.B. Adolf Hitler, Odilo Globocnik, Ernst Kaltenbrunner, Arthur Seyß-Inquart, Franz Stangl und Gustav Wagner.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/1962) berichtete später (am 17. Januar 1962) über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>Mieslinge überall

Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."

Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telefonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.

"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."

"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:

In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".

Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biederemännlichem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").

Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kanner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."

Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätt's ja wegwischen müßn") und vor den Amerikanern liebbedienen. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".

Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetsch-

te ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."

Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:

"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."

In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.

Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".

Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:

Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."

Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.

Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (47/1962) berichtete am 21. November 1962 über das "befreite" Österreich: >>50 Jahre fehlen

Die Bürgerschaft eines demokratischen Staates wächst hier mit derselben Vorbildung heran", grollte der Wiener "Express", "die ein Buschneger beim ersten Betreten einer europäischen Großstadt besitzt."

Dieses harte Urteil galt der Art, in der die Schulen der neutralen Alpenrepublik der unbewältigten Vergangenheit ihres Staates ausweichen: Die letzten 50 Jahre österreichischer Geschichte werden schamhaft totgeschwiegen.

Für mindestens 70 von 100 Abiturienten, die beim Eintritt ins österreichische Bundesheer den Eid auf die Republik schwören, endet - trotz der jüngst beschlossenen Schulreform - das historische Wissen mit dem Sturz der Habsburger Monarchie.

Über die nachfolgenden Ereignisse, die politischen Leidenschaften, die Österreich nach 1918 zu einem Staat wider Willen machten und in die Kettenreaktion Bürgerkrieg-Faschismus-Nationalsozialismus stießen, breiten die Lehrkräfte mildes Schweigen.

Ergebnis solcher Behutsamkeit ist eine nationale Unbildung, deren erschreckendes Ausmaß eine Umfrage des Wiener "Kurier" enthüllte: Die Zeitung befragte 30 Realgymnasiasten einer Wiener Abiturklasse nach dem "bedeutendsten Ereignis aus der österreichischen Geschichte des Jahres 1934".

Sieben der Befragten nannten richtig die Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß durch nationalsozialistische Putschisten, einer entsann sich des Bürgerkrieges zwischen Sozialdemokra-

ten und Christlichsozialen.

Die übrigen 22 Primaner tappten hilflos durch das Quiz. Einer schlug den Brand des Justizpalastes vor (1927), ein anderer wähnte, die Uno sei damals in den Völkerbund aufgenommen worden, neun hatten keinerlei Ahnung, ließen sich aber leicht überreden, 1934 als das Jahr der Abtrennung Südtirols (1919) zu betrachten.

So viel Unwissen veranlaßte Österreichs Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, "energisch an die Einhaltung des Lehrplanes zu erinnern, der einen gegenwartsbezogenen Überblick über den Verlauf der allgemeinen Geschichte vorschreibt".

Das Ministerium mahnte die säumigen Lehrer, künftig den korrekten Abschluß des historischen Unterrichts anzustreben.

Dem Einwand der Lehrkräfte, der aktuelle Geschichtsunterricht scheitere an "zuviel Stoff für zuwenig Zeit", begegnete der Minister mit der Parole "'Habt Mut zu Lücken". Er nehme, meinte Drimmel, kleinere Wissensmängel bei den Punischen Kriegen gerne in Kauf, wenn statt dessen das Wissen über die Ereignisse des 20. Jahrhunderts vermehrt werde.

Doch Drimmels Ermunterungen nutzten wenig. Wiens Landesschulinspektor Dr. Ernst Mayer, der - selbst Historiker - die Durchführung des Erlasses kontrollieren sollte, resigniert achselzuckend: "Ich habe auch seither keine höhere Jahreszahl als 1918 gehört."

Das ist freilich nicht allein die Schuld der Lehrkräfte an Österreichs höheren Schulen. Das Dilemma beginnt bereits mit der fragmentarischen Ausbildung der Pädagogen. Ahnungslos betraten sie einst als Abiturienten die Universität, und ahnungslos passierten sie Jahre später auch die Lehramtsprüfung.

Denn: Erst seit 1957 kann der angehende Historiker an der Wiener Hochschule - freiwillig - die Zeitgeschichte ab 1918 studieren. Vorher gab es dafür keinen Lehrstuhl.

Dazu Landesschulinspektor Mayer:

"In Wien hinken die Vorlesungen der Historischen Fakultät traditionsgemäß 30 Jahre hinter ihrer Zeit zurück. Wenn dann noch 20 Jahre seit dem Ende seines Studiums vergangen sind, hat der Geschichtslehrer ein Wissensvakuum von 50 Jahren."

Den Schulmännern macht obendrein die mangelnde innere Distanz zu den (selbst erlebten) Ereignissen der Zeitgeschichte zu schaffen. "Man muß verstehen", erläuterte Minister Drimmel, "daß jeder Historiker selbst am eigenen Leib die Narben der Vergangenheit trägt und fürchtet, sie aufzureißen."

An diese kaum vernarbten Wunden wagt auch kein österreichisches Geschichtslehrbuch zu rühren. Der offizielle historische Lehrbehelf für die Abschlußklasse hat zwar sechs Autoren, aber keine Meinung. Das Büchlein entstand während der Besatzungszeit, als jedes Schulbuch einer Kommission der Besatzer vorzulegen war. Nach Abzug der Besatzungsmächte 1955 unterblieb eine Neufassung, da man sich bis heute nicht auf ein proporzgerechtes schwarz-rotes Autoren-Duo einigen konnte. So wird weiterhin nach einem Provisorium gelehrt und gelernt, das die Ereignisse der letzten 50 Jahre in wenigen unverbindlichen Sätzen zusammenfaßt, so etwa

- die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen von 1927: "Trotz dem Eingreifen besonnener Arbeiterführer konnten Übergriffe nicht verhindert werden. (Brand des Justizpalastes, 15. Juli 1927). Die Regierung Seipel ließ unter Opfern die Ruhe durch den Einsatz bewaffneter Polizeikräfte wiederherstellen."

- Juliputsch von 1934: "Bei einem gewaltsamen Versuch der Nationalsozialisten, die Macht an sich zu reißen, wurde Bundeskanzler Dollfuß in seinem Amt ermordet."

- Österreichs Anschluß an das Deutsche Reich im März 1938: "Obwohl Bundespräsident Miklas nach längerer Weigerung den Nationalsozialisten Dr. Seyß-Inquart zum Kanzler ernannte, besetzten dennoch die deutschen Truppen das ganze Land (Okkupation)."

Mit solch dürftigen Formulierungen werden die Unglücksjahre der Ersten Republik beschrie-

ben. Der junge Österreicher erfährt aus seinem Geschichtsbuch nichts über die schwerbewaffneten Parteigarden, mit denen sich in den Jahren von 1927 bis 1934 die christlichsoziale Regierung und die sozialdemokratische Opposition zeitweise in offenem Bürgerkrieg bekämpften.

Über die Entwicklung, die zu dem dramatischen Versuch der österreichischen Gefolgsleute Hitlers führte, schon im Juli 1934 mit Gewalt die Angliederung an das Reich zu erzwingen, hört er ebensowenig wie über die Ereignisse des Anschluß-Jahres 1938.

Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation. ...<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die fehlende Solidarität der "befreiten österreichischen Nation" (x024/-235-236): >>... Das "befreite Österreich", das sich aus der gesamtdeutschen Verantwortung stehlen und den von den meisten Österreichern lebhaft begrüßten Anschluß an Deutschland vergessen machen wollte, war bestrebt, die lästigen Vertriebenen so bald wie möglich nach "Deutschland", also in die westlichen 3 Besatzungszonen, abzuschieben. Eine Eingliederung der Flüchtlinge sollte verhindert werden. Dazu mußten fragwürdige Mittel herhalten.

"Volksdeutsche" durften nur in untergeordneten Tätigkeiten beschäftigt werden, die Kinder von Vertriebenen wurden vom Schulunterricht ausgeschlossen. Sie durften bestenfalls nachmittags die Räume der österreichischen Schulen benutzen. Die Vertriebenen waren größtenteils in Lagern untergebracht. Wenn dort Plätze frei wurden, weil Flüchtlinge nach Westdeutschland übersiedelten, wurden andere aus mühselig beschafften Privatwohnungen in die Lager eingewiesen.

Angesichts dieser diskriminierenden Maßnahmen zogen es tatsächlich die meisten Vertriebenen vor, nach Westdeutschland zu gehen. Von den 1,4 Millionen Vertriebenen, die nach Österreich kamen, blieben nur 350.000. Für den Erhalt der österreichischen Staatsangehörigkeit mußten sie noch kräftig bezahlen und ausdrücklich auf alle Entschädigungsansprüche an den österreichischen Staat für ihre durch die Vertreibung erlittenen Verluste verzichten.

Der österreichische Nationalismus bot, wie Prof. Wilfried Schlau schrieb, "ein makabres Beispiel moralischer Fragwürdigkeit und das Fehlen jeglicher sozialer Solidarität: Helmut Qualtinger hat dieser Geisteshaltung der 'befreiten österreichischen Nation' in seinem 'Herrn Karl' ein literarisches Denkmal gesetzt." ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" (x075/34): >>... Häufiger kommt es ... vor, daß eine Gruppe, z.B. ein nationaler Verband, danach trachtet, die Verbrechen oder die Beihilfe dazu in Schweigen zu hüllen, weil die Erinnerung daran das gute Gewissen belasten würde.

Österreich pflegte nach 1945 die Erinnerung an das Verbrechen des Anschlusses, die Annexion durch Deutschland 1938; auf diese Weise konnte man sich als Opfer empfinden. Unterschlagen wurden dabei allerdings die massenhafte und weitgehend begeisterte Zustimmung zu dieser Vergewaltigung, sowie die verbrecherischen Handlungen, an denen viele Österreicher nach dem Anschluß beteiligt waren.

Da sie sich in die Opferrolle begeben und dadurch eine Beschuldigung von außen verhindert hatten, wurde das öffentliche Bewußtsein nicht durch die Erinnerung an eine Beteiligung gestört. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.

x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x031	Schön, Heinz: Flucht über die Ostsee 1944/45 im Bild. 3. Auflage. Stuttgart 1994.
x033	Overesch, Manfred: Das III. Reich 1939-1945. Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x042	Wyman, David S.: <u>Das unerwünschte Volk</u> . Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute</u> . Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart</u> . Frankfurt/Main 1986.

x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955. 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x105	Wildermuth, Rosemarie: <u>Als das Gestern heute war</u> . Erzählungen Gedichte und Dokumente zu unserer Geschichte (1789-1949). 3. verbesserte Auflage. München 1978.
x106	Chronik Verlag (Hg.): Chronik des Zweiten Weltkrieges. 1. Auflage. Gütersloh/München 1994.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete</u> . Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x118	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Die Schwarzmarktzeit</u> . Deutschland zwischen 1945 und 1948. Hamburg 1997
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böldcker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta</u> . Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.
x148	Klett, Ernst (Hg.): <u>Politische Weltkunde II</u> . Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. E. Klett Verlag, Stuttgart 1985.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit</u> . 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x292	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Krieg ist nicht an einem Tag vorbei</u> . Weihnachtsgeschichten aus schwerer Zeit. Kassel 2005.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren</u> . Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte</u> . 1. Auflage. Braunschweig 1995.

x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE</u> . Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen</u> . Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015.
x878	http://www.guntram-von-schenck.de/ - September 2016
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015